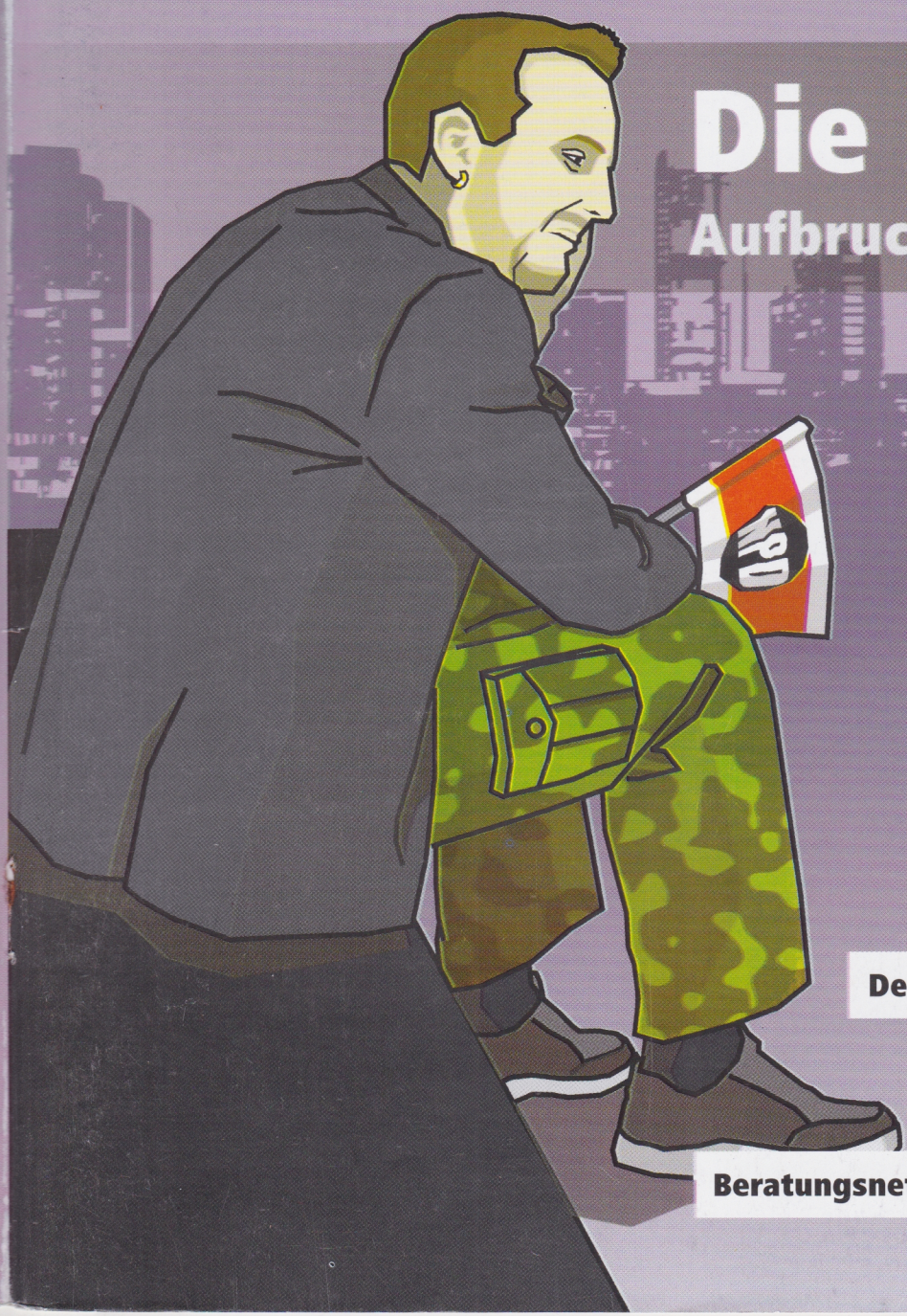
ISSN: 1865-9632

3,00 Euro
(Ausland: 4,00 Euro)

Lotta

antifaschistische zeitung aus nrw

#32
Herbst 2008
projekte.free.de/lotta



Die NPD

Aufbruch oder Abbruch?

Außerdem in dieser Ausgabe:

Deutschbewusste Russlanddeutsche

Gedenkstätten in NRW, Teil 5

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

In ihrer über vierzigjährigen Geschichte wurde die NPD schon einige Male totgesagt. Immer wieder gab es Hinweise auf ein Ende der neonazistischen Partei. Die aktuellen Auseinandersetzungen in der NPD, der Konflikt mit den "Autonomen Nationalisten" und der Skandal beim Begräbnis des Alt-Nazis Friedhelm Busse sind für *LOTTA* Anlass, einen genaueren Blick auf die Partei und ihre internen Konflikte zu werfen. Dabei wird klar, dass die Hoffnungen, das Problem NPD könne sich von selbst erledigen, verfrüht und naiv sind. Selbst in die NPD NRW ist etwas Bewegung gekommen, obwohl NRW nie Stammland der NPD war und wirkliche Erfolge hier bisher ausblieben. In mehreren Artikeln in *LOTTA* #32 wird versucht, den Zustand der Partei bundesweit und in NRW unter die Lupe zu nehmen.

Wie immer möchten wir uns bei allen bedanken, die etwas zum Entstehen dieser Ausgabe beigetragen haben, seien es Artikel, Interviews, Informationen, Einschätzungen, Archiv- und Layoutmaterial, Hilfe beim Korrekturlesen, Schokolade, Kuchen, Kaffee oder was auch immer.

Wir wünschen einen nazifreien Herbst und würden uns freuen, Euch auf unserer nächsten Party ("LOTTA meets AIB") am 4. Oktober in Berlin-Kreuzberg begrüßen zu dürfen. Näheres wird beizeiten auf unserer Homepage *projekte.free.de/lotta* bekanntgegeben.

*Eure **Lotta**-Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 11. August (Kurzberichte und Splitter: 21. August). Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 1. September 2008.

Hohlnazi

"Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung extrem rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette extrem rechten Schwachsinns präsentieren.

Lebensmüde

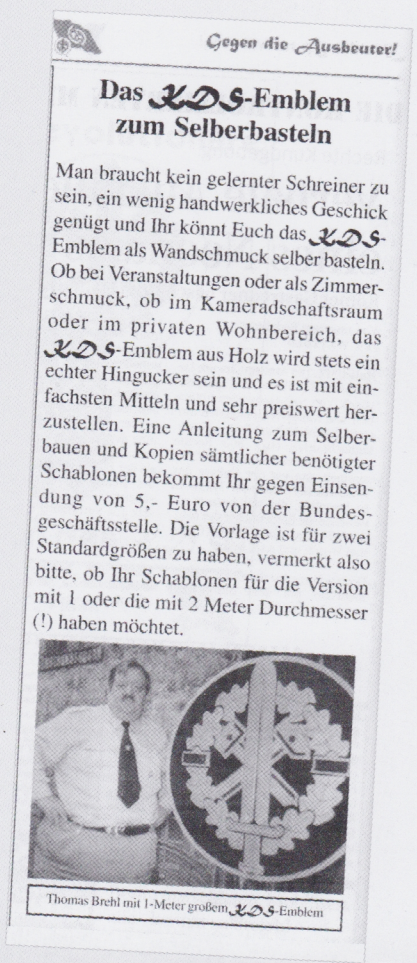
Der "Nationale Widerstand Oberhausen" auf seiner "Heimatseite":
"Der nationale Widerstand Oberhausen hat sich T-Shirts drucken lassen. Wo man auf der Rückseite 'Aktion Kieferbruch' lesen kann. Dieses Projekt dient ausschließlich dazu, dass unsere lieben Mitbürger es endlich kapieren sollen, dass wir unser Mund aufmachen und unser Recht verteidigen. Notfalls mit unseren Leben."

Nazis deformieren!

Die NPD Krefeld auf ihrer Homepage:
"Als Deutsche, die noch Deutsche sein wollen, muss man in diesen Tagen vieles über sich ergehen lassen. Geht es den Herren von der Linken Seite doch nur darum, Nationale Menschen zu deformieren und einzuschüchtern."

KDS-Schlussverkauf

Nach der Auflösung des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" jetzt noch günstiger: Das KDS-Symbol zum Selberbasteln! Quelle: "Der Gegenangriff".


Gegen die Ausbeuter!

Das KDS-Emblem zum Selberbasteln

Man braucht kein gelernter Schreiner zu sein, ein wenig handwerkliches Geschick genügt und Ihr könnt Euch das KDS-Emblem als Wandschmuck selber basteln. Ob bei Veranstaltungen oder als Zimmerschmuck, ob im Kameradschaftsraum oder im privaten Wohnbereich, das KDS-Emblem aus Holz wird stets ein echter Hingucker sein und es ist mit einfachsten Mitteln und sehr preiswert herzustellen. Eine Anleitung zum Selberbauen und Kopien sämtlicher benötigter Schablonen bekommt Ihr gegen Einsendung von 5,- Euro von der Bundesgeschäftsstelle. Die Vorlage ist für zwei Standardgrößen zu haben, vermerkt also bitte, ob Ihr Schablonen für die Version mit 1 oder die mit 2 Meter Durchmesser (!) haben möchtet.

Thomas Brehl mit 1-Meter großem KDS-Emblem

Gesellschaft

Ein weiteres Strohfeuer ..... Seite 4
NRW installiert ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Oberste Zensurbehörde? ..... Seite 6
Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Schwerpunkt

Die NPD – Aufbruch oder Abbruch? ..... Seite 9
Oft totgesagt und doch noch nicht am Ende

Unprofessionell und erfolgreich ..... Seite 11
Die NPD soll totgeschrieben werden – ein Unternehmen mit wenig Aussicht auf Erfolg

Parteitag ohne Königsmord ..... Seite 13
Die NPD nach Bamberg: Spannungen bleiben

»Aktionistischer werden« ..... Seite 14
NPD wechselt ihren Landesvorsitzenden aus

Vier Jahrzehnte Frust ..... Seite 16
NRW-NPD: Zwischen Rechtspopulisten und Rechts-»Autonomen«

Extreme Rechte

Sven Skoda ..... Seite 19
Ein Neonazi unter der Lupe

Ungebrochene Kontinuität ..... Seite 22
Die Zeitschrift »Nation & Europa« aus Coburg

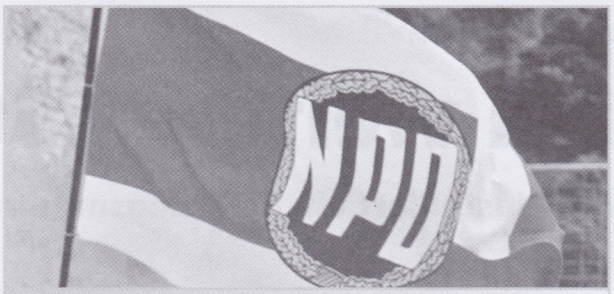
Neonazis mit neuem Aktionsfeld ..... Seite 24
Nationalismus & Tierrecht: »Ein Kampf, ein Gefecht!«

»Anti-Islamisierungskongress« ..... Seite 26
Eine Zusammenstellung der Fakten

»Ästhetisierung von Gewalt, Militanz und Männlichkeit« ..... Seite 28
Eine Replik von LOTTA- Autor Christian Grünert

Risiken und Nebenwirkungen ..... Seite 29
Henryk Dykiers Träume von der goetheanistischen Revolution

Aufmarsch-Splitter ..... Seite 31
RechtsRock-Splitter ..... Seite 32
NPD-Splitter ..... Seite 33
REP-Splitter ..... Seite 34
Pro -Splitter ..... Seite 35
Kurzberichte ..... Seite 37



Schwerpunkt:
Die NPD – Aufbruch oder Abbruch?

In ihrer über vierzigjährigen Geschichte wurde die NPD schon einige Male totgesagt. LOTTA wirft einen genaueren Blick auf die Partei – bundesweit und in NRW – und ihre internen Konflikte.

...ab Seite 9

Braunzone

Heim ins Reich ..... Seite 40
Deutschbewusste Russlanddeutsche

Rechtsintellektuelle auf Expansionskurs ..... Seite 43
Institut für Staatspolitik: Zwischen Theoriearbeit und »Provokation«

International

Die Nationaal Socialistische Actie ..... Seite 45
Autonome Nationalisten in den Niederlanden

Geschichte

Das Kreismuseum Wewelsburg ..... Seite 47
Gedenkstätten in NRW – Teil 5

(Anti)Rassismus

Abschottung eines Kontinents ..... Seite 50
Die europäische Grenzschutzagentur »Frontex«

Linke

Einmischen! ..... Seite 52
Interview zur Interventionistischen Linken

Rezension

Neue Bücher ..... Seite 54

Nachruf

»Nur die Sterne waren wie gestern« ..... Seite 56
Ein Nachruf auf Henryk Mandelbaum

Von Tanja Herrmann

Ein weiteres Strohfeuer

NRW installiert ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Pünktlich zum 8. Mai 2008 teilten das Ministerium für Generationen, Familien, Frauen und Integration und das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mit: "Wir wollen den verstärkten Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien das geballte Engagement der Demokraten entgegensetzen." Dazu wird ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen, das die "hervorragende Arbeit, die der Verfassungsschutz seit Jahren bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus leistet", ergänzen soll.

Kostenloses Engagement

Der Enthusiasmus der Landesregierung ist leicht zu erklären. Das geballte Engagement kostet kaum etwas, denn es wird über das Bundesprogramm *Vielfalt tut gut* bezahlt. Die Idee der "Unterstützungsangebote für lokale Akteure" sieht folgendermaßen aus: "Tritt ein Konflikt mit rechtsextremem Hintergrund auf, können sich Opfer, Ratsuchende und kommunale Ansprechpartnerinnen und -partner direkt an die Landeskoordinierungsstelle [...] wenden." Ein *Mobiles Interventionsteam* soll dann schnell und unmittelbar vor Ort bei der Lösung von Problemen helfen.

In anderen Bundesländern gibt es dazu schon Erfahrungswerte. So konnten Organisationen wie beispielsweise das *Mobile Beratungsteam für demokratische Kultur* in Mecklenburg -Vorpommern oder *Miteinander e.V.* in Sachsen-Anhalt bei aller Kritik an unzureichender Förderung zumindest teilweise Erfolg versprechende Ansätze entwickeln. In NRW zeichnet sich das Konzept hingegen durch Ratlosigkeit und Ignoranz aus.

Zauberwort Netzwerk

Hier werden fünf regionale Netzwerke geschaffen, die sich an den Regierungsbezirken orientieren und das gesamte Landesgebiet abdecken sollen. Die vorgesehenen Träger sind jedoch in den großen Städten angesiedelt und dürften Schwierigkeiten in der Fläche haben. Nicht zuletzt dadurch, dass bis 2010 (also für zweieinhalb Jahre) lediglich 625.000 Euro zur Verfügung stehen, von denen ein nicht geringer Teil für die Landeskoordination sowie Verwaltungskosten verwendet werden dürfte. Professionelle Beratungsarbeit ist dabei nicht zu gewährleisten.

Dem Konzept geht keine Analyse voraus, welche Strukturen der extremen Rechten wo besonders stark sind, welche Gegenstrategien möglich und wie diese in der Praxis umsetzbar sind. Vielmehr kommt das bislang vorliegende Papier über Phraseologie wie die Benennung des Projektziels "Gewährleistung passgenauer und professioneller Beratungsarbeit zur Unterstützung bei der Bewältigung von Krisensituationen vor Ort durch Identifikation der jeweils für die konkrete Situation geeigneten Beratungskompetenzen" nicht hinaus. Wichtig ist zuvorderst, dass sich alle mit allen vernetzen: So gibt es ein landesweites Netzwerk aus staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, das mit den lokalen Beratungsnetzwerken vernetzt ist, die sich wiederum dadurch bilden, dass sich lokale Akteure miteinander vernetzen. Die beteiligten Ministerien sollen sich untereinander noch einmal vernetzen und Fachzirkel innerhalb der Landes- und der Regionsebene bilden. Und natürlich muss auch die Bundesebene einbezogen werden. Nun wird deutlich, wozu die Stelle einer Landeskoordination geschaffen wurde. Deren Aufgabe wird es sein, die Arbeitsfähigkeit eines solchen bürokratischen Wasserkopfes nach außen hin darzustellen.

Alarmismus

Eine der grundlegenden Problematiken des Projektes ist der alarmistische Ansatz, Beratungsarbeit zu Aktivitäten der extremen Rechten als "Kurzzeitintervention" zu verstehen. "In der Praxis wird das ‚Kriseninterventionsteam' selten von den Betroffenen selbst angefordert. Das Angebot wird deshalb weniger als ‚Hilfe' sondern als Einmischung und Bevormundung wahrgenommen", kritisiert das *Mobile Beratungsteam Mecklenburg -Vorpommern.*

Sicherlich hat NRW in Bezug auf die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Kräfte vor Ort eine andere Ausgangslage als die östlichen Bundesländer, dennoch gibt es genügend Beispiele dafür, dass auch im "Westen" die Problematisierung extrem rechter Strukturen als "Nestbeschmutzung" gesehen und zugunsten einer Standortpolitik klein geredet wird.

Der Aufbau tragfähiger Strukturen gegen Rechts und das Zusammenführen relevanter Gruppen und Institutionen vor Ort ist ein langwieriger Prozess, der nicht von ad-hoc-Teams und -Netzwerken mit "Feuerwehrfunktion" begleitet werden kann. Sinnvoller wäre eine Unterstützung kontinuierlicher und unabhängiger Beratungsstellen, die – möglichst auch in der Breite – präventive Angebote mit anstoßen können. Intervention kann bei akuten Vorfällen durchaus Sinn haben. Allerdings ist es kein adäquater Ansatz gegen die "Faschisierung des Alltags", die das Zusam-

menleben und das gesellschaftliche Klima nachhaltiger beeinflusst als z.B. eine neonazistische Demonstration.

Unabhängig?

Die Beratungsnetzwerke sollen aus "namentlich noch nicht feststehende Fachkräfte[n] aus den nordrhein-westfälischen Kommunen, Sozialarbeit, Jugendverbänden, Justiz und Polizei " gebildet werden. Diese, auch vom Bundesprogramm geforderte Zusammenführung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Angebote lässt sich bei diesem Thema erfahrungsgemäß nur schwer organisieren. Das liegt nicht nur daran, dass staatliche und nichtstaatliche Träger und Institutionen unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen und gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten arbeiten. Krisenbezogene Beratung braucht Vertrauen und ein gewisses Maß an Überparteilichkeit und Unabhängigkeit. Das ist aber mit Repressionsorganen wie der Justiz, Polizei und vor allem dem Verfassungsschutz kaum zu gewährleisten.

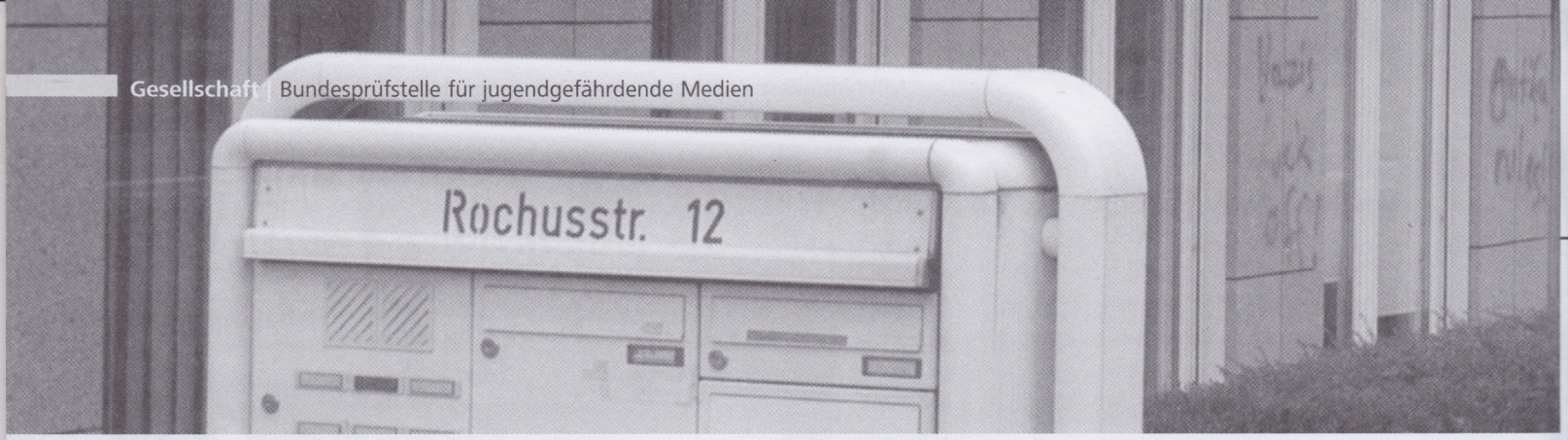
Die Partner der Beratungsnetzwerke sind vom Land mehr oder weniger vorgegeben. Linke Gruppen bleiben selbstverständlich von vornherein ausgeschlossen. So heißt es in der Charta des *Beratungsnetzwerks Nordrhein-Westfalen*, "Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus", dass das Projekt sich zwar gegen Rechtsextremismus richte, Linksextremismus und Islamismus jedoch genauso bekämpfenswert seien.

Für diese inhaltliche Richtlinie sorgt nicht zuletzt **Harald Bergsdorf**, der von der CDU auf den Posten des Landeskoordinators gesetzt wurde. Bergsdorf, ein ideologischer Schüler von **Eckhard Jesse**, ist ein ausgewiesener Extremismustheoretiker, der sich in Publikationen und auf Tagungen u.a. darum bemüht, eine vermeintliche Nähe zwischen der NPD und der *Linkspartei* zu konstruieren. Der extremismustheoretische Ansatz von Bergsdorf kommt auch in der Charta des Netzwerks zum Ausdruck, in der es heißt: "Die wichtigste Grundlage für die Arbeit aller Beteiligten im Beratungsnetzwerk sind die Verfassungen der Bundesrepublik Deutschland und unseres Landes Nordrhein-Westfalens. Verfassungsfeinde jeglicher Art und Ausrichtung dürfen keinen Raum im Netzwerk bekommen. Denn alle Rechtsextremisten sind Verfassungsfeinde, aber nicht alle Verfassungsfeinde sind Rechtsextremisten."

Strohfeuer und Alibiprojekt

Das Land NRW brüstet sich in benannter Pressemitteilung mit der Förderung einer Vielzahl an Projekten gegen Rechtsextremismus. Dazu wird neben der Unterstützung von fünf Antidiskriminierungsbüros und zehn Fußballprojekten jedoch vor allem die Arbeit des Verfassungsschutzes gezählt, also einer Landesbehörde. Dass einerseits deren Arbeit sowieso zu den Aufgaben des Landes gerechnet wird und andererseits die Legitimität und Wirkungsmächtigkeit eines Geheimdienstes in der Bekämpfung extrem rechter Strukturen und Einstellungen getrost bezweifelt werden darf, muss an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Mit gutem Recht kann das Beratungsnetzwerk in dieser Form als weiteres Strohfeuer und Alibiprojekt der Landesregierung charakterisiert werden. Zu befürchten bleibt allerdings, dass am 8. Mai 2010, kurz vor der Landtagswahl, mit den Beratungsnetzwerken ein weiterer Baustein im "geballten Engagement der Demokraten" bejubelt werden wird.

Angesichts einer rigorosen Abschiebe- und Migrationspolitik und in Anbetracht von ausgrenzenden medialen Debatten müssen die Aktivitäten der staatlich gelenkten Strukturen und Aktionen besonders kritisch betrachtet und begleitet werden. Diese dürfen nicht unwidersprochen dazu dienen, eine Zivilgesellschaft vorzuspielen und Engagement und inhaltliche Auseinandersetzung allein auf NPD und RechtsRock zu beschränken. Der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft und sein Auftreten in staatlichen Strukturen müssen weiter thematisiert werden. Netzwerke, die sich der Rechtsentwicklung entgegenstellen, sind wichtig und unverzichtbar, aber diese müssen unabhängig von staatlichen Stellen sein. ★



Von Christoph Böhring

Oberste Zensurbehörde?

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien

Es waren nicht viele Neonazis, die am 12. Juli durch Bonn-Duisdorf zogen, um gegen die Arbeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) zu protestieren. Und ihre Parolen wie "Ali, Mehmet, Mustafa – geht zurück nach Ankara!" lassen durchscheinen, dass nicht viele von ihnen begriffen haben, warum sie am Sitz dieser Bundesbehörde vorbeiziehen. Gerne stellen ihre Führungsaktivisten und Redner die BPjM verkürzt als oberste Zensurbehörde dar – was sie im klassischen Sinne des Begriffs jedoch nicht ist.

Entwicklung

Die BPjM ist direkt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untergeordnet und eine Behörde zum Schutz der Jugend vor gefährdenden Medien. Sie existiert seit 54 Jahren. Ihre Gründung geht zurück auf eine Forderung von Politikern der *Deutschen Partei*, der CDU sowie CSU nach Wiedereinführung eines „Schutzes" der Jugend vor "Schmutz- und Schundliteratur", wie es das "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften" von 1926 in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus bis zur Außerkraftsetzung gewährleistetet hatte. 1953 wurde im Bundestag ohne die Stimmen von SPD und KPD das "Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte" (GjS) beschlossen, dessen Paragraphen 8 (und folgende) die Einrichtung und Zusammensetzung der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften* (BPjS) formulierte. In den ersten Jahrzehnten war die Behörde in erster Linie mit pornografischem – genauer gesagt: mit solchem, was damals vor dem Hintergrund konservativer Moralvorstellungen darunter verstanden wurde – und gewaltverherrlichendem Schriftgut befasst. Als jugendgefährdend wurden beispielsweise auch die unter Jugendlichen beliebten Tarzan-Comics indiziert, nicht weil sie pornographisch gewesen wären, sondern weil sie angeblich "nervenaufpeitschend und verrohend wirken" und Jugendliche "in eine unwirkliche Lügenwelt versetzen" würden. Derartige Darstellungen seien "das Ergebnis einer entarteten Phantasie", hieß es in der Begründung. Die Praxis der BPjS brachte ihr den Ruf einer konservativen "Pharisäervereinigung der Kolle-Jahre" (**Roger Willemsen**) ein.

Spätestens in den 1980er Jahren machte sie mit zwei Entscheidungen im breiterem Umfang öffentlich auf sich aufmerksam. 1986 indizierte die BPjM die LP "Der nette Mann" der rechten Band *Böhse Onkelz*. Die Entscheidung wurde in der bereiten Öffentlichkeit begrüßt, hatten doch im Jahr zuvor rassistische Skinheads in Hamburg einen jungen Türken erschlagen. Im Rahmen der Berichterstattung war auch mehrfach der Name der Frankfurter Band gefallen. Hingegen fand die Indizierung der Alben "Die Ärzte" und "Debil" der Berliner Punkband *Die Ärzte* 1986 und 1987 unter Jugendlichen keinen großen Zuspruch. Die Band reagierte hingegen schnell und veröffentlichte Lieder wie "Claudia hat 'nen Schäferhund" und "Geschwisterliebe" auf einer Mini-LP mit dem Titel "Ab 18", die prompt auch wieder indiziert wurde.

2002 wurde der gesetzliche Jugendschutz, der bisher im GjS sowie im "Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit" geregelt war, in dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) zusammengefasst, das 2003 in Kraft trat. Die BPjM war davon auf zwei Ebenen betroffen. Aus der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften* wurde die *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien* und der Kreis der Antragsberechtigten wurde erweitert. Die BPjM ist nicht, wie beispielsweise die Polizei, dazu berechtigt, selbstständig tätig zu werden. Sie wird erst entweder auf Anregung oder auf Antrag von Behörden tätig. Im ersteren Fall *kann* sie tätig werden, wenn die/der Vorsitzende dies im Interesse des Jugendschutzes für geboten hält, im letzteren Fall *muss* sie tätig werden. Ein Verfahren anregen können alle Behörden und die Träger der freien Jugendhilfe. Beantragen dürfen ein Verfahren nur das Bundesministerium

Aufmarsch gegen die BpjM am 12. Juli 2008 in Bonn

für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, die Obersten Landesjugendbehörden, die zentrale Aufsichtsstelle der Länder für den Jugendmedienschutz (Kommission für Jugendmedienschutz, KJM), die Landesjugendämter und alle örtlichen Jugendämter. Die BPjM entscheiden inzwischen jährlich über rund 1.000 Anträge.

Aufgabe

Die Aufgabe der BPjM besteht nun darin, Medien auf ihren möglicherweise jugendgefährdenden Charakter zu prüfen. Medien sind Tonträger, Bücher, Zeitschriften, Filme, aber auch Internetseiten. Ihre gesetzliche Grundlage ist das JuSchG. Gemäß Paragraph 18 Absatz 1 JuSchG sind "Träger- und Telemedien, die geeignet sind, die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu gefährden, [...] von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in eine Liste jugendgefährdender Medien aufzunehmen. Dazu zählen vor allem unsittliche, verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhass anreizende Medien...". Diese Liste ist in vier Teile gegliedert, von denen die Teile A und B für die Öffentlichkeit bestimmt sind. In Teil A werden alle Trägermedien aufgeführt, die jugendgefährdend sind, aber nicht strafrechtlich relevant sind. In Teil B werden jene Medien aufgenommen, die jugendgefährdend sind und von denen die BPjM einschätzt, dass ihre Inhalte auch strafrechtlich relevant sind (zum Beispiel Verstoß gegen Paragraphen 86a, 130 Strafgesetzbuch). Bevor diese Medien indes in die Listen aufgenommen werden, muss ein Gremium darüber entscheiden, ob eine Indizierung überhaupt notwendig ist. Entsprechend regelt Paragraph 18 Absatz 3 JuSchG, wann ein Medium nicht indiziert werden darf: "Ein Medium darf nicht in die Liste aufgenommen werden 1. allein wegen seines politischen, sozialen, religiösen oder weltanschaulichen Inhalts, 2. wenn es der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre dient, 3. wenn es im öffentlichen Interesse liegt, es sei denn, dass die Art der Darstellung zu beanstanden ist." Der Gesetzgeber hat damit eine Hürde eingefügt, die den im ersten Abschnitt des Grundgesetzes geregelten Grundrechten Rechnung trägt. Bei der Indizierung müssen etwa die Grundrechte des Künstlers, Interpreten, Autors sowie die Informationsfreiheit beachtet werden.

Im Visier: Die extreme Rechte

Die extreme Rechte ist erst in den letzten Jahren verstärkt ins Visier der BPjM gerückt. Zwar hatte die Behörde beispielsweise bereits 1978 das erste Heft aus der Reihe "Historische Tatsachen" mit dem Titel "Starben wirklich sechs Millionen?" von **Richard Harwood** oder 1990 das Buch "Freispruch für Hitler? – 36 ungehörte Zeugen wider die Gaskammer" von **Gerd Honsik** indiziert, doch erst mit dem Boom des RechtsRock Anfang der 1990er Jahre und dem damaligen massiven Anstieg vor allem rassistischer Gewalt stieg auch die Indizierung extrem rechter Medien deutlich an. Einen weiteren Anstieg von Anträgen erlebte die Behörde durch die Neufassung des Jugendschutzgesetzes. Während die Indizierungen von Internetangeboten, Videofilmen/DVDs und Computerspielen aus dem Spektrum der extremen Rechten relativ überschaubar sind und sich neben indizierten Pornoangeboten und Gewaltfilmen äußerst gering ausnehmen, sehen die Zahlen im Bereich der Print- und Audiomedien anders aus. Bis zum Sommer 2008 hat die BPjM mehr als 200 Printmedien und mehr als 600 (!) Tonträger indiziert! Das hat weitreichende Folgen: Medien, die in Teil A der Liste aufgenommen wurden, dürfen Jugendlichen unter 18 Jahren nicht zugänglich gemacht werden. Ferner dürfen sie nicht öffentlich ausgelegt (Ausnahmen Räumlichkeiten, zu denen nur Personen über 18 Jahren Zutritt haben) und beworben werden. Für Trägermedien des Teiles B der Liste gilt hingegen ein absolutes Verbreitungsverbot. Faktisch bedeutet eine Indizierung eine deutliche Einschränkung und Behinderung für Händler und Produzenten. Zwar wäre es möglich, Trägermedien, die nur in Teil A eingetragen sind, gegen Altersnachweis zu verkaufen, doch geschieht das äußerst selten. Im Versandhandel tauchen diese CDs nicht mehr auf, allerdings werden sie weiterhin dort verkauft, wo ein direkter Kundenkontakt besteht, bei Konzerten, Veranstaltungen und Kameradschaftsabenden.

Die Versände informieren die Kunden jedoch über laufende Indizierungsverfahren und werben teils mit bevorstehenden Indizierungen.

Probleme

Problematisiert wird die Arbeit der BPjM zunächst aus dem linksliberalen Spektrum mit dem Vorwurf der Zensur, da der Eingriff auch zum Schutz der Jugend als Eingriff in die freie Meinungsäußerung begriffen und entsprechend abgelehnt wird. Angeführt wird in diesem Zusammenhang auch häufig das Argument, dass die Indizierungen entsprechend dem Sprichwort, dass verbotene Früchte am besten schmecken würden, eher das Interesse von Jugendlichen wecken, als dass sie dadurch geschützt würden. Bei der berechtigten Kritik an jeglicher Form staatlicher Zensur muss allerdings auch beachtet werden, ob eine Gesellschaft es tolerieren will, dass Medien in übelster Form zur politischen Propaganda benutzt werden.

Lässt man die Diskussion um Pro & Contra von Zensur einmal beiseite, ergeben sich zwei Probleme im Umgang mit jugendgefährdenden Medien:

Pädagogen neigen teilweise dazu, eine besondere Form von Toleranz gegenüber politisch propagandistischen Produktionen an den Tag zu legen. Medien, die weder indiziert noch verboten sind, sind ihrer Ansicht nach legal. Daher könne gegen sie an der Schule, im Jugendclub etc. nicht vorgegangen werden. Polizeibeamte hingegen – um diese Situation einmal zu kontrastieren –, die im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit auf Trägermedien stoßen, die den Verdacht einer strafrechtlichen Relevanz erwecken, beschlagnahmen diese zunächst und leiten ein Ermittlungsverfahren ein, in dessen Rahmen der Verdacht überprüft wird. Nicht so Pädagogen, die sich teilweise sogar scheuen, entsprechende CDs oder sonstige Medien nur einmal einer näheren Prüfung zu unterziehen. Dies muss nicht in erster Linie vor dem Hintergrund geschehen, weitere rechtliche Schritte einzuleiten, sondern sollte doch zunächst einmal dem eigenen pädagogischen Interesse dienen, um zu erfahren, was die dem Pädagogen Schutzbefohlenen an politischer Propaganda konsumieren. Bei rund 600 indizierten Tonträgern haben sie außerdem in der Regel gar nicht den Überblick, ob das bei einer Schulveranstaltung abgespielte Lied oder die auf Klassenreise oder in den Jugendclub mitgebrachte CD nun überhaupt indiziert oder verboten ist.

Mit der Delegierung des eigenen Urteilsvermögens an eine andere Instanz, die BPjM, hängt aber noch ein zweites Problem zusammen. Die bei einem Schüler aufgefundene CD mit offenkundig strafrechtlich relevanten Texten oder solchen, die gegen die Jugendschutzbestimmungen verstoßen, muss nicht zwangsläufig indiziert sein! Die BPjM wird nämlich nur auf Anregung oder auf Antrag tätig, d.h., wenn die Indizierung eines extrem rechten Trägermediums nicht angeregt oder beantragt wurde, kann zwangsläufig auch keine Indizierung erfolgen. Und obwohl diversen Behörden dieses Recht zusteht, nehmen es nur, wie den Indizierungsbescheiden zu entnehmen ist, wenige in Anspruch. Hinzu kommt, dass es sich bei den zur Indizierung beantragten Medien im Regelfall nicht um aktuelle Neuveröffentlichungen handelt. **Christian Dornbusch**, **Jan Raabe** und **Michael Weiss** führten in ihrem Jahresrückblick 2007 aus[1], dass im Jahre 2007 127 Tonträger durch die BPjM indiziert wurden, 91 davon aus der Kategorie Rechts. Zwei der inkriminierten Tonträger enthalten Reden und Lieder aus der NS-Zeit, die restlichen 89 sind RechtsRock-CDs. Doch gerade einmal zwölf von ihnen waren im Jahre 2007 auch veröffentlicht worden, die anderen Tonträger waren älter. 17 CDs waren im Jahre 2006 erschienen, 11 im Jahre 2005. Daraus folgt, dass 40 Tonträger länger als zwei Jahre auf dem Markt waren, bevor sie indiziert wurden. Leicht lässt sich daraus ableiten, wie viele aktuell veröffentlichte, vermeintlich ganz legale Tonträger in Wirklichkeit gegen die Bestimmungen des Jugendschutzes verstoßen oder gegen Normen des Strafgesetzbuchs – nur wurde ihre Indizierung noch nicht angeregt oder beantragt.

Diese Feststellung soll nicht als ein Plädoyer für eine strengere Überwachung verstanden werden, sondern aufzeigen, dass jede Form einer rechtlichen Sanktionierung extrem rechter Propaganda erst reaktiv geschieht. Eine in einem Lied geäußerte Verletzung der Jugendschutzbestimmungen oder des Strafgesetzbuches wird erst verfolgt, nachdem dieser Song veröffentlicht wurde, womit er aber im Umlauf ist. Im Zeitalter der neuen Medien bedeutet dies im Regelfall die Weiterverbreitung über virtuelle Tauschbörsen, seine Verbreitung kann nur bedingt eingedämmt werden.

Fazit

Die Vorwürfe von Rechtsaußen, die BPJM sei die "oberste Zensurbehörde", gehen weit an der Praxis der Behörde vorbei. Sie zensiert nicht, sondern setzt Grenzen für das, was die Gesellschaft gegenüber Kindern und Jugendlichen für nicht zumutbar erachtet. Indizierungen als auch Verbote von jugendgefährdenden, volksverhetzenden und ähnlichen Medien sollten daher viel eher als ein Signal begriffen werden, die eben diese Grenze formulieren. Sie zeigen, dass die Leugnung des Holocaust oder die rassistische Hetze gegen Bürger mit anderer Hautfarbe nicht erwünscht sind.

PädagogInnen sollten sich bei ihrer Arbeit jedoch lediglich an den Entscheidungen der BPjM orientieren, nicht aber diese von der Institution bestimmen lassen. PädagogInnen formulieren wie auch Eltern und andere "Erzieher" Grenzen des Zumutbaren vor dem Hintergrund ihres Menschenbildes – sie sind auch in der Pflicht, gegebenenfalls ausgesprochene Verbote gegenüber Jugendlichen zu erklären, um damit die Entscheidung der Grenzziehung nachvollziehbar zu machen. ★

[1] *Der Rechte Rand*, Nr. 111, März/April 2008, S. 25-26: RechtsRock 2007.

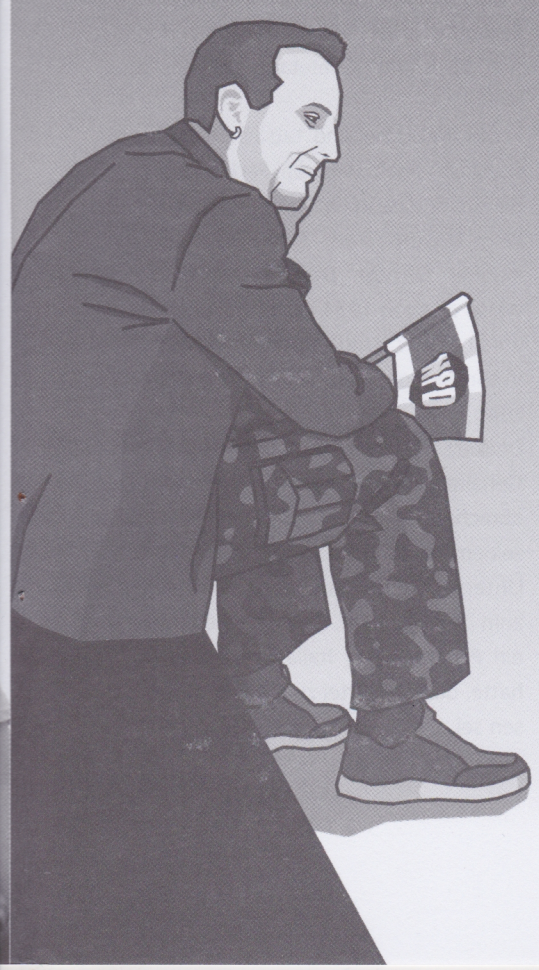
Die NPD – Aufbruch oder Abbruch?

Oft totgesagt und doch noch nicht am Ende

In ihrer über vierzigjährigen Geschichte wurde die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) schon einige Male totgesagt. Ob nun der Zerfallsprozess nach der gescheiterten Bundestagswahl 1969, ihre Bedeutungslosigkeit in den 70er und 80er Jahren, permanente Finanzsorgen, inaktive Parteigliederungen, inkompetentes Personal oder interne Querelen: Immer wieder gab es Hinweise auf ein Ende der neonazistischen Partei. Die aktuellen Auseinandersetzungen in der NPD um die Veruntreuungsvorwürfe gegen Ex-Bundesschatzmeister **Erwin Kemna**, der Konflikt mit den "Autonomen Nationalisten" oder jüngst der Skandal beim Begräbnis des Alt-Nazis **Friedhelm Busse**, als unter den Augen des Parteichefs **Udo Voigt** eine Hakenkreuzfahne ins Grab gelegt wurde, sind für *LOTTA* Anlass, einen genaueren Blick auf die Partei und ihre internen Konflikte zu werfen. Dabei wird klar, dass die Hoffnungen, das Problem NPD könne sich von selbst erledigen, verfrüht und naiv sind. Denn trotz aller Probleme: Unter'm Strich kann die NPD eine positive Bilanz der letzten Jahre ziehen. NPD-Fraktionen sitzen in zwei Landes- und etlichen Kommunalparlamenten, der Parteiaufbau schreitet voran.

Nordrhein-Westfalen aber war nie ein NPD-Stammland. Wirkliche Erfolge blieben aus, wie zuletzt das magere 0,9-Prozent-Ergebnis bei der Landtagswahl 2005 bewies. Nichtsdestotrotz schickt sich die NPD an, bei den Kommunalwahlen im Juni 2009 neue Ratssitze zu erobern. Auch in die NRW-NPD ist Bewegung gekommen. Die Ergebnisse des Landesparteitags können so gedeutet werden.

Aber auch in NRW drohen Unannehmlichkeiten: Die Firma des Ladbergers Kemna ist Besitzer der Landesgeschäftsstelle in Bochum-Wattenscheid, die, sollte er verurteilt werden, der NPD aus den Händen gleiten könnte. Ein Blick auf die lokalen NPD-Strukturen zeigt auch die großen Unterschiede zwischen den Kreisverbänden, hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke, ihrer Aktionsfelder und nicht zuletzt dem Umgang mit anderen Spektren der extremen Rechten wie der Konkurrenz von DVU und *Republikanern* oder den "Freien Kameradschaften".



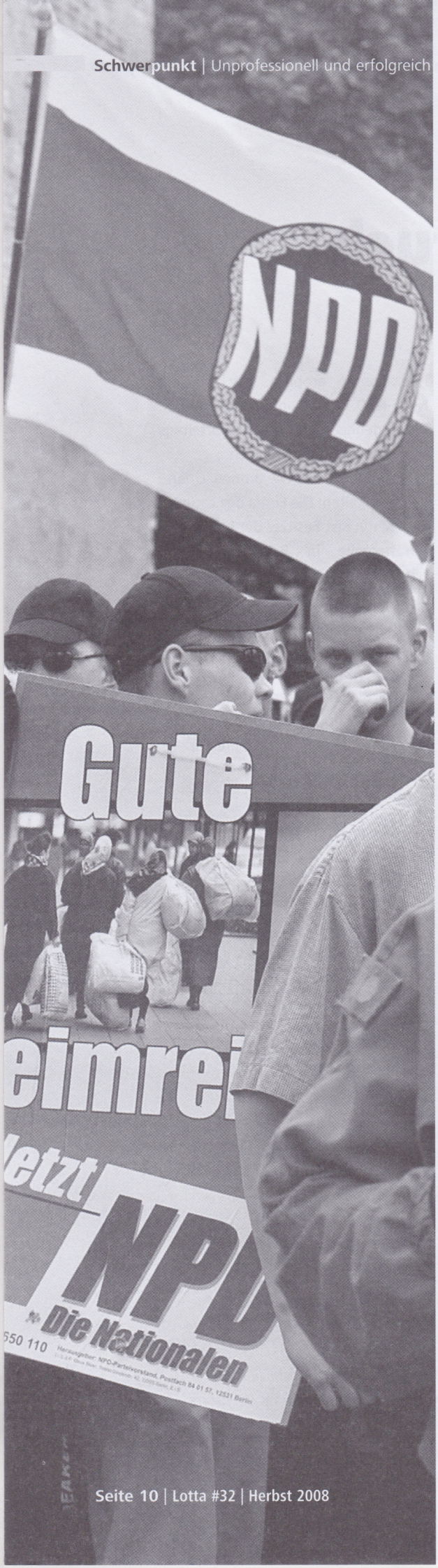
Toni Peters und **Michael Weiss** vom *monitor,* dem Rundbrief des *antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin* (apabiz), beleuchten den Zustand der Bundes-NPD, die sich trotz aller strategischen, finanziellen und personellen Probleme im Aufwind fühlt. .....Seite 10

Andreas Speit blickt auf den Bundesparteitag der NPD in Bamberg zurück: Der "Königsmord" am Parteivorsitzenden blieb aus. Die internen Spannungen konnten aber nicht ausgeräumt werden. .....Seite 13

Über den Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD, bei dem nach sechs Jahren ein neuer Vorsitzender eingesetzt wurde, berichtet **Jan Spreuk**. .....Seite 14

Ein wichtiger Kristallisationspunkt der nordrhein-westfälischen NPD ist deren Parteizentrale in Wattenscheid, wo auch der Landesparteitag stattfand. **Tanja Herrmann** berichtet über die Parteiimmobilie, die derzeit wegen des Strafverfahrens gegen den ehemaligen Bundesschatzmeister unter der Aufsicht der Justiz steht. .....Seite 15

Mit der besonderen Situation der NPD in NRW beschäftigt sich *blick nach rechts*- Autor **Tomas Sager**. **Jan-Henning Schmitt** und **Dominik Clemens** stellen ergänzend und exemplarisch zwei Kreisverbände der Partei vor: die in Unna und Düren. .....S. 16



Von Toni Peters und Michael Weiss (monitor)*

Unprofessionell und erfolgreich

Die NPD soll totgeschrieben werden – ein Unternehmen mit wenig Aussicht auf Erfolg

Die NPD ist – so scheint es – in einem erbärmlichen Zustand. Intrigen und Günstlingswirtschaft prägen das Innenleben, der Schatzmeister klaut, und die Basis muckt auf. Mit Häme registrieren Behörden und Medien diese Entwicklung. Doch es wird nicht funktionieren, die NPD totzusagen oder totzuschreiben: Chaos ist in der Partei nichts Neues; trotz aller Probleme befindet sie sich im Aufwind.

Wohin steuert die NPD? Schenkt man dem Medientenor der letzten Monate Glauben, dann hat sich das Problem mit der neonazistischen Partei bald erledigt. Sie sei bis ins Mark korrupt, zerrissen von Machtkämpfen, finanziell am Ende und dazu noch unfähig, sich von gewalttätigen Neonazis abzugrenzen. Für Wirbel sorgte etwa, als im Januar parteiinterner E-Mailverkehr gleich megabyteweise öffentlich wurde. Genüsslich zitierte der *Spiegel* den oft mehr als rüden Ton in der Partei; die *Frankfurter Rundschau* enttarnte ob solcher Fakten, dass die "NPD im braunen Sumpf" stecke; der *Tagesspiegel* analysierte, dass die Rechtsextremen dabei seien, "sich selbst zu zerlegen". Der *Spiegel* schloss seinen Bericht über die bekannt gewordenen NPD-Mails mit dem Hinweis, man könne die Chaos-Partei getrost ignorieren, so sehr sei sie zerstritten. Tatsächlich?

Alles beim Alten: Zank und Streit

Die letzten eineinhalb Jahre waren für die NPD von Rückschlägen geprägt. Enttäuschende Wahlergebnisse in Niedersachsen und Hessen, 870.000 Euro aus der Parteienfinanzierung wurden wegen Abrechnungsschummeleien einbehalten, und der (Ex-)Schatzmeister **Erwin Kemna** sitzt seit Februar im Knast, weil er über 800.000 Euro veruntreut haben soll. Auch gegen weitere Parteiobere wird ermittelt, die Anschuldigungen reichen von Volksverhetzung bis zum Besitz von Kinderpornografie. Vor dem Bundesparteitag in Bamberg kamen gar Gerüchte über eine bevorstehende Palastrevolte gegen den seit 1996 amtierenden Parteichef **Udo Voigt** auf. Das ungeklärte Verhältnis zu den selbstbewusst gewordenen "Autonomen Nationalisten" belastet die Partei – an der Frage nach Zwirn oder Zwille, Seriosität oder Straßenkampf reden sich Basis und Chefetage die Köpfe heiß.

Die Probleme sind tatsächlich substanziell. Doch wer die Partei kennt, der weiß, dass in ihr Streit und Krawall kein Novum sind. Der Holocaustleugner **Günter Deckert** beispielsweise war von 1991 bis 1996 Bundesvorsitzender und sammelte fleißig Verurteilungen wegen Volksverhetzung, Haftstrafen inklusive. Als Deckert antrat, beklagte er zu hohe Gehälter und großzügige Unkostenabrechnungen seiner Vorgänger. Bei seinem Abgang setzte die Partei eine Untersuchungskommission ein, die zum Schluss kam, dass Deckert sich ein Ferienhaus in Italien zugeschanzt hatte, das der Partei zugedacht gewesen sei.

Richtungsstreitigkeiten und Zwist um Personalien haben ebenfalls eine lange Tradition. Voigt musste das schon selbst erfahren: 2002, als er in Folge des damaligen Verbotsverfahren eine vorübergehende Mäßigung vorgab, sägte eine *Revolutionäre Plattform* an seinem Stuhl, und Voigt konnte sich beim Bundesparteitag erst in einer Kampfabstimmung durchsetzen. Und: Wann jemals war die NPD nicht "im braunen Sumpf"? Viele der rechten Terroristen der frühen 1980er Jahre kamen aus der NPD, und mancher bombte, als er in der Partei in Amt und Würden stand. Die Annäherungsstrategie des biederen **Martin Mußgnug** (Bundeschef von 1971 bis 1991) an national-konservative Kreise wurde schon damals von radikalen Kräften beständig hintertrieben.

Bewegung vs. Parteibonzen

Die derzeitigen Turbulenzen sind mehr als ein vorübergehendes Ärgernis, denn sie sind Ausdruck eines tiefer liegenden strukturellen Mankos, das die NPD mindestens mittelfristig daran hindern wird, die Schwelle zur nächsten Phase in ihrer politischen Aufbauarbeit zu überwinden. Die NPD unter Udo Voigt ist so erfolgreich geworden, weil sie Bewegungspartei ist. Sie hat über die Einbindung von Rechts-Rockfans, Schlägernazis und NS-NostalgikerInnen ihre Basis verbreitert und sich in die Lage versetzt, den "Kampf um die Straße" führen zu können. Dieses Konzept stößt allmählich an seine Grenzen. Will die NPD langfristig tragfähige Strukturen aufbauen, muss sie sich weiter professionalisieren und flächendeckend über geschulte Kader verfügen. Genau das wird bis auf Weiteres kaum machbar sein: Die Partei zieht beinahe zwanghaft narzistische Charaktere an – Personen mit großer Klappe, großen Plänen und ebenso großen politischen und sozialen Defiziten. Interne Materialien belegen, dass die "Schulung" dieser Leute im Wesentlichen darin besteht, ihnen beizubringen, wie man in den Grenzen des Erlaubten politische GegnerInnen beleidigen und den Nationalsozialismus verherrlichen darf. Das Postengeschacher innerhalb eines kleinen Kreises von MultifunktionärInnen zeigt, dass man der "zweiten Reihe" wenig zutraut.

Die Auseinandersetzungen um den "NS Black Block" bei Aufmärschen macht exemplarisch deutlich, dass die Bewegung nach wie vor in der Lage ist, die Partei vor sich herzutreiben. Der Versuch der NPD, den "Black Block" für seinen Ungehorsam gegenüber der Partei abzustrafen, scheiterte. Nach empörten Anti-NPD-Reaktionen musste sich der Parteivorstand von seinem eigenen Abgrenzungsbeschluss distanzieren. Der Zickzack-Kurs ging auf dem Bundesparteitag in Bamberg weiter. Erst schoss Udo Voigt aus vollen Rohren gegen den "Schwarzen Block", dessen Verhalten er als "völlig inakzeptabel" bezeichnete. Dann betonte er die Offenheit der NPD für "alle Nationalisten". Klarer Tenor war: Willkommen ist, wer den Führungsanspruch der NPD anerkennt. Weiterer Streit scheint vorprogrammiert.

Auffallend ist, dass die Konfliktfelder stetig wachsen, seitdem die NPD etwas zu verteilen hat: Mandate, Posten, Stellen in den Landtagen und in den Fraktionen. Insbesondere in Sachsen kommentiert man mit zunehmender Skepsis das Treiben der "Parteibonzen" im Landtag. Doch obgleich sich die NPD dort zunehmend selbst demontiert, zeigen neuere Umfragen, dass sie die Wählergunst auf dem Niveau von 2004 halten kann. Die durchschnittlichen NPD-WählerInnen im mecklenburgischen Lübtheen interessieren die Skandale im Bundesvorstand oder im fernen Sachsen schon gar nicht, solange **Udo Pastörs** ein freundlicher Nachbar bleibt und vorgibt, sich mit Bürgerbüros um Nöte und Interessen der WählerInnen zu kümmern.

Trotz Turbulenzen im Aufwind

Diese Probleme dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die NPD seit 1996 im Aufwind ist. Auch aktuell verbucht sie Erfolge. Erst kürzlich stieg sie mit nunmehr 7.300 Mitgliedern zur größten rechtsextremen Partei auf. Ihre Zeitung *Deutsche Stimme* wird zielstrebig ausgebaut, umfasst jetzt monatlich schon 32 Seiten. Die "Volksfront" zwischen NPD, DVU und "Freien Kameradschaften" ist relativ stabil und wird nur dadurch in Frage gestellt, dass die schwächelnde DVU längst kein gleichberechtigter Partner mehr ist. Inzwischen deuten alle Zeichen darauf, dass bei der Wahl in Thüringen 2009 entgegen der bisherigen Absprachen die DVU der NPD den Vortritt lassen wird – und die NPD dafür lediglich auf den Antritt bei den Landtagswahlen in Brandenburg (ebenfalls ein "DVU-Land") im gleichen Jahr verzichtet.

Foto: Marek Peters, www.marek-peters.com

Ehemaliger Bundesschatzmeister der NPD: Erwin Kemna (re.)

Zuvor, im September 2008, stehen noch Kommunalwahlen in Brandenburg an. Auch dort kandidiert die NPD, und sie kann Umfragen zufolge mit Mandatsgewinnen rechnen. Optimismus saugen kann die NPD dabei auch aus dem Ergebnis der Kreistagswahlen in Sachsen Anfang Juni, als es ihr gelang, landesweit in sämtliche neu gewählten Kreisparlamente einzuziehen. Der Verfassungsschutz nennt die Partei ein "Gravitationsfeld des Rechtsextremismus". Im rechten Lager geht wenig ohne sie. Mancher mag sich an ihr reiben, niemand kommt an ihr vorbei.

Demonstrative Einigkeit beim Bundesparteitag

Auf dem mit viel Spannung erwarteten Bundesparteitag Ende Mai im Bamberg war die NPD eifrig bemüht, sich als seriöse Partei zu inszenieren.

Die Voigt-Schelte gegen gewalttätige "Autonome Nationalisten" wurde selbst von Parteifunktionären abgenickt, die die Gewaltausbrüche am Rande des Aufmarsches am 1. Mai in Hamburg wohlwollend hingenommen hatten. Die Partei demonstrierte Einigkeit, der Königsmord fiel erwartungsgemäß aus. Udo Voigt wurde mit über 90 Prozent der Stimmen als Bundesvorsitzender bestätigt und mit standing ovations gefeiert. Neu auf dem Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden ist der Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. Der gab deutlich zu verstehen, wie abhängig die Partei von seinen Geldquellen ist. Niemand mochte sich Riegers Bewerbung für das zweithöchste Parteiamt entgegenstellen. Für kurze Aufreger sorgte lediglich Pastörs, dessen Forderung nach Einrichtung einer Kommission zur Klärung der Finanzaffären von Voigt und Rieger schroff zurückgewiesen wurde.

Dass ausgerechnet der Vorsitzende und der Geldbeschaffer sich so vehement gegen eine transparente innerparteiliche Aufklärung der Finanzangelegenheiten wenden, stärkt den Verdacht, dass hier noch einige Fälle offen sind, deren Klärung man tunlichst vermeiden möchte. Zu den offenen Fragen gehört zum Beispiel, wer eigentlich beim *Deutsche-Stimme-Verlag* derzeit das Sagen hat. Der *Spiegel* berichtete drei Wochen nach dem Parteitag, das Amtsgericht Münster habe große Teile von Kemnas Privatbesitz unter die Aufsicht der Justiz gestellt, darunter sein Anteil von 99.000 Euro an der *Deutsche Stimme Verlags GmbH*: "Der größte Geschäftsanteil am zentralen Propaganda-Organ der Rechtsextremen wird seitdem faktisch vom Staat kontrolliert."

Die NPD hat jedenfalls bei ihrem Bundesparteitag beschlossen, dass alles so bleibt, wie es ist. Udo Voigt steht als Garant für den Sowohl-als-auch-Kurs: sowohl Straßengewalt, Hitlerismus und subkulturelle Abgrenzung, als auch das Bemühen um ein seriöses Erscheinungsbild für den weiteren Marsch in die gesellschaftliche Mitte. Jeder kann sich "seine" NPD aussuchen.

Daran wird wohl auch der aktuelle Konflikt nichts ändern, der nach der Beerdigung von **Friedhelm Busse** entbrannte. Ex-Bundesvorstandsmitglied **Thomas Wulff** legte eine Hakenkreuzfahne auf den Sarg des Alt-Nazis, angeblich um dessen letzten Willen zu erfüllen. Voigt sah der Aktion tatenlos zu. Als Bilder davon später in den Medien auftauchten, distanzierte sich das Parteipräsidium schnell. Der Einsatz für ein "sozial gerechtes Deutschland" bedürfe "keiner leeren Provokation von Selbstdarstellern" und "keiner Symbolik von gestern". Die offen neonazistische Szene zeigte sich empört und drohte, die Zusammenarbeit mit diesem Parteipräsidium zu beenden. Unterzeichnet wurde der Aufruf auch von einigen den "Freien" nahestehenden Parteimitgliedern wie **Ralph Tegethoff**. Deutlich unterrepräsentiert: Kameradschaften aus Ostdeutschland. Dort scheint das rechte Zweckbündnis durch solche "Skandale" nicht mehr zu erschüttern.

Wie weiter im Umgang mit der NPD?

Politik und Medien haben in den letzten Jahren so manches unternommen, um die NPD zu schwächen. Es wurde versucht, das Problem auszusitzen und die Partei mit Nichtbeachtung zu strafen – das ging nach hinten los. Kampagnen wie "Wölfe im Schafspelz" zielten darauf, der NPD das Biedermann-Image zu nehmen – die Erfolge waren bescheiden, da sich herausstellte, dass die NPD ihren Zuspruch nicht bekommt, weil sie ihren Rassismus so gut tarnen kann, sondern weil sie eben rassistisch ist. In der Diskussion über ein mögliches Parteiverbot wurde die Militanz und der nationalsozialistische Bezug der Partei herausgestellt – wohl nur wenige SympathisantInnen ließen sich abschrecken. Immerhin hatte man aber nun entdeckt, dass es sich bei der NPD nicht um irgendwelche "diffusen Rechtsextremisten" handelt, sondern um eisenharte Neonazis.

Derzeit schwankt der öffentliche Umgang mit der NPD zwischen Schadenfreude und dem Versuch, das zu skandalisieren, was seit jeher Normalzustand in der Partei ist. Die Querelen und Intrigen aufzuzeigen ist richtig und wichtig, um der NPD das vorgeschobene Image "ehrlicher" Politik zu nehmen. Doch die Erwartung, das Problem würde sich nunmehr von selbst erledigen, ist nicht fundiert. Sie fokussiert die NPD auf ihre (geringe) parlamentarische Bedeutung und ignoriert ihre sozialräumliche Verankerung in einer Weltanschauungsgemeinschaft.

Der Druck kommt von der Straße

Die öffentlichen Spekulationen und Versuche, von außen Unruhe hereinzutragen, mögen für die NPD störend sein. Doch insbesondere der anhaltende und oft massive Protest gegen ihre Veranstaltungen zehrt sichtbar an den Nerven ihrer Strategen, verbraucht wertvolle Ressourcen und verhindert, dass die Partei den eingeschlagenen Weg zur ganz gewöhnlichen Nazipartei erfolgreich weitergehen kann. Erst wenn dieser antifaschistische Druck nachließe, würde die NPD Ruhe und Spielräume finden, ihre Krise(n) nachhaltig zu überwinden. ★

---

[*] monitor ist der Rundbrief des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrums berlin [apabiz], *www.apabiz.de*

V.l.n.r.: Jürgen Rieger, Thorsten Heise, Udo Voigt

Von Andreas Speit

Parteitag ohne Königsmord

Die NPD nach Bamberg: Spannungen bleiben

Beim Bundesparteitag der NPD Ende Mai in Bamberg wollte Parteichef Udo Voigt endlich Missstimmungen ausräumen. Bei dem Treffen unter dem Motto "Sozial geht nur national" ließen sich jedoch nicht alle Auseinandersetzungen beenden, neue Streitereien brachen aus – und sie wirken nach.

Schon beim Parteitag wurden neue Feindschaften sichtbar. Gegenüber der Presse hatte Vorstandsmitglied **Andreas Molau** erklärt: "Die Wahl von Herrn **Rieger** zum Stellvertreter ist eine politische Katastrophe." Offen sprach der ehemalige Waldorflehrer aus, was einige in der Partei denken: Jürgen Rieger gefährdet das bemühtbürgerliche Image der NPD. Der neue Bundesvize und Hamburger Landeschef wird das Molau wohl nicht vergessen. **Alfred Zutt**, ein altgedienter Funktionär aus Hessen, meinte sogleich, Molau habe nach dieser Äußerung nichts mehr im Bundesvorstand zu suchen. Dass Molau sich von Rieger eine Distanzierung zu dem gewalttätigen Auftreten beim 1.-Mai-Marsch in Hamburg wünschte, ließ Zutt kalt. Der beklagte auf dem Szeneportal *Altermedia* die Distanzierungsbemühungen der Parteiführung gegenüber den "Autonomen Nationalisten" (AN).

Udo Voigt gab sich in seinem Rechenschaftsbericht als kämpferischer Parteivorsitzender. Stunden später konnte er sich für die Wiederwahl mit 90 Prozent der abgegebenen Stimmen bedanken: "Ich habe noch die Vision, diese Partei in den Reichtag zu ziehen." In den Medien war vor dem Parteitag über Voigts Zukunft breit spekuliert worden und Nachfolger wurden namentlich gehandelt. In dem gesamten "nationalen Lager" hofften aber auch Parteifreunde wie -feinde auf Erklärungen zu der angespannten Finanzlage, den juristischen Verfahren und zum Miteinander mit den AN. Doch wer einen Königsmord erwartete, irrte. Schon vor Bamberg war trotz aller Kritik an Voigt offensichtlich, dass niemand ernsthaft als Kandidat für den Parteivorsitz gegen ihn antreten würde. Die Partei weiß, was Voigt geleistet hat. Seine Strategie, sich mit sozialen Themen auf die gesellschaftliche Mitte auszurichten, greift bislang: Die Mitgliederzahl hat sich seit seinen Amtsantritt auf 7.200 fast verdoppelt, in zwei Landtage ist die NPD nach über 30 Jahren Erfolglosigkeit eingezogen.

Lange blieb es beim Parteitag auch harmonisch. Erst beim Finanzbericht brachen die Grabenkriege offen auf. Dass die NPD wieder jährlich 1,3 Millionen Steuergelder erhält, das beruhigte kaum. Thema waren vor allem die mehr als 800.000 Euro, die Bundesschatzmeister **Erwin Kemna** aus dem münsterländischen Ladbergen womöglich veruntreut hat. Rieger, der die Sachlage klären sollte, blieb wegen der U-Haft Kemnas und der fehlenden Akten vorsichtig. Aber, so seine Zwischenbilanz: Bisher spreche vieles gegen Kemna. **Udo Pastörs**, NPD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern, versuchte einen kaum versteckten Angriff gegen Voigt, der bis dato zu Kemna stand. Er wollte genauer wissen, wie "Hunderttausende von Euro ohne Gegenkontrolle hin- und hergeschoben werden konnten". Doch zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Pastörs und Voigt in dieser Frage kam es nicht, weil Rieger rasch und lautstark Pastörs unterstellte, der Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern habe 2006 seine Wahl zum Bundesvize sabotiert. Was Pastörs konterte: "Sie lügen, Herr Rieger."

Der bollernde Auftritt Riegers gefiel den Delegierten offenbar, so dass die Stimmen bei der Wahl zum Stellvertreter Voigts reichten – zumal Voigt sich ebenfalls für Rieger ausgesprochen hatte. **Sascha Roßmüller** (Bayern) und **Holger Apfel** (Sachsen) wurden die zwei weiteren Stellvertreter.

Die nordrhein-westfälischen NPDler spielten in Bamberg keine Rolle. Zwar stammen Voigt sowie die Vorstandsmitglieder Pastörs, **Jürgen Gansel** und **Stefan Köster** aus NRW, ihre Parteikarriere haben sie allerdings allesamt anderswo gemacht. Und auch die Tatsache, dass **Olaf Rose** das beste Ergebnis aller Beisitzer im neuen Vorstand erreichte, hat mit seiner NRW-Herkunft nichts zu tun, sondern mehr mit seiner NS-nostalgischen Vortragstätigkeit quer durch die Republik. ★

Von Jan Spreuk

»Aktionistischer werden«

NPD wechselt ihren Landesvorsitzenden aus

Der starke Mann der NPD in Nordrhein-Westfalen war er schon seit längerem. Jetzt hat Claus Cremer auch auf dem Papier den Vorsitz des Landesverbandes übernommen.

Während die Bundes-NPD ihren Parteitag (*vgl. S. 7*) diesmal in ungewohnter Öffentlichkeit abhielt, Anträge vorab veröffentlichte und Medienvertreter während der gesamten Tagung weitgehend ihre Arbeit machen ließ, bevorzugten die nordrhein-westfälischen Nationaldemokraten mit ihren rund 100 Delegierten und Gästen am 15. Juni wieder die Abgeschiedenheit ihrer Landesgeschäftsstelle in Bochum-Wattenscheid. Hinterzimmer statt Öffentlichkeit ist in NRW immer noch angesagt. Dafür freut sich die Partei aber, anschließend feststellen zu können, "Störungen durch linksextreme Politchaoten oder die Staatsmacht" habe es nicht gegeben.

Aus, wie es in einer Mitteilung des Landesverbandes hieß, "privaten Gründen" trat der bisherige Landesvorsitzende **Stephan Haase** nicht wieder für dieses Amt an. Haase, der das Amt Ende 2002 übernommen hatte, konnte schon seit Jahren dem Landesverband keine neuen Impulse geben. Wahlerfolge oberhalb der kommunalen Ebene blieben aus, eine "Intellektualisierung" der Partei ist nicht zu erkennen. Zweiter angeblicher Grund für seine Rückzug: Er wolle sich verstärkt um die Arbeit der NPD-Gruppe im Kreistags des Märkischen Kreises kümmern, als deren Geschäftsführer er amtiert. Dass er in die zweite Reihe wechseln wollte, war zuvor in weiten Kreisen der Delegierten offenbar nicht bekannt. In einem Bericht der Dürener NPD jedenfalls heißt es, Haase habe nach seinem Rechenschaftsbericht und der Entlastung "überraschenderweise" auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Gewählt wurde als neuer Landeschef unter den Augen des NPD-Bundesvorsitzenden **Udo Voigt** und des Bundesgeschäftsführers **Eckart Bräuniger** und unter der Leitung des Tagungspräsidenten **Manfred Aengenvoort** (Oberhausen) statt dessen "mit großer Mehrheit" **Claus Cremer** (Bochum-Wattenscheid), bisher Landesvize und Landesgeschäftsführer, ohne den oder gegen den schon in den letzten Jahren in der NRW-NPD nichts ging.

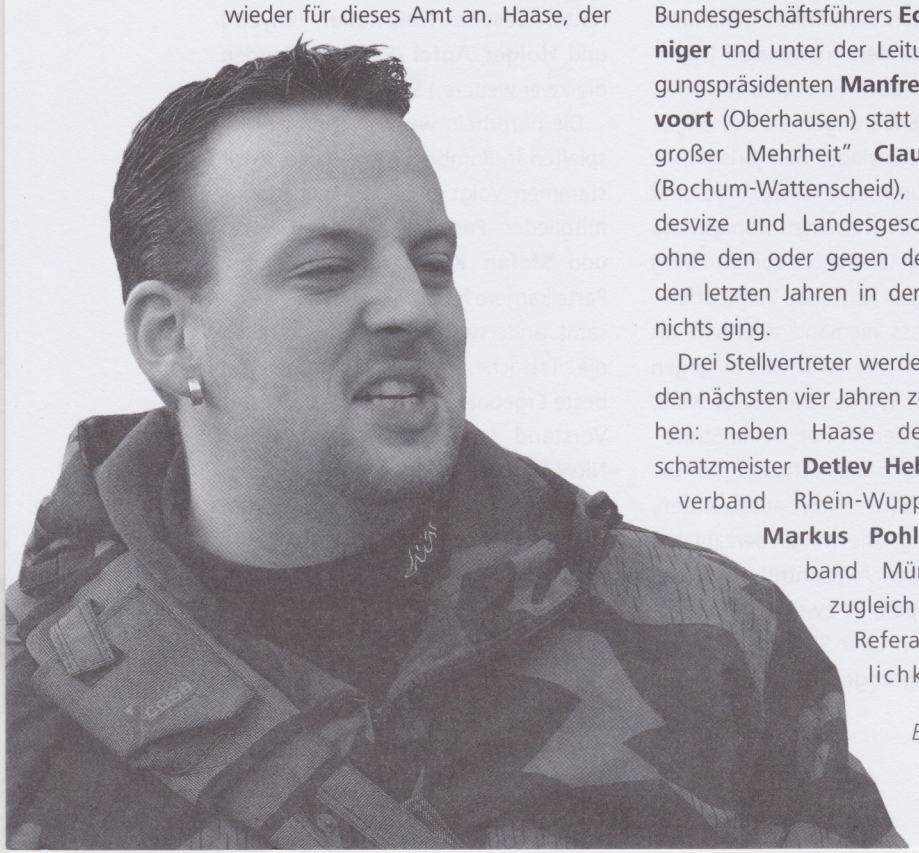
Drei Stellvertreter werden Cremer in den nächsten vier Jahren zur Seite stehen: neben Haase der Landesschatzmeister **Detlev Hebbel** (Kreisverband Rhein-Wupper) sowie **Markus Pohl** (Kreisverband Münster), der zugleich für das Referat Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zeichnet. Alle drei hätten, so die NPD, "die nötige Mehrheit" erhalten, was nicht unbedingt für herausragende Ergebnisse spricht.

Als Beisitzer im Amt bestätigt wurden **Marion Figge** (Hochsauerlandkreis), **Helmut Gudat** (Mönchengladbach), **Matthias Pohl** (Steinfurt) und **Siegfried Schwerdtfeger** (Dortmund). Neu im Kreis der Beisitzer sind **Timo Pradel** (Märkischer Kreis), der bislang stellvertretender Vorsitzender war, sowie als Neulinge im Vorstand **Ingo Haller** (Düren), **Peter Schulze** (Siegen), **Lars Spönlein** (Krefeld), **Benjamin Dahlbeck** (Wattenscheid) und **Manfred Frentzen** (Mönchengladbach).

Ausgeschieden aus dem Gremium sind demnach die beiden Stolberger Ratsmitglieder **Willibert Kunkel** und **Oliver Harf** (beide Kreisverband Aachen), **Stephan Flug** (Siegen), **Liane Berger** (Düsseldorf/Mettmann), **Martin Seelert** (Wattenscheid) und **Markus Schumacher** (Bochum). Damit drückt sich auch in der Zusammensetzung des Vorstands der Trend aus, dass die aktiv(istisch)eren Kreisverbände am Niederrhein und in Düren für die NPD an Bedeutung gewinnen.

Nichts geworden ist aus dem frauenpolitischen Aufbruch, der mit der Gründung des *Ringes Nationaler Frauen* in NRW angebahnt werden sollte. Öffentlich ist vom RNF seit Monaten nichts mehr zu hören, und dem Landesvorstand gehört nach dem Ausscheiden von Liane Berger inzwischen sogar nur noch eine einzige Frau an.

Konfliktfrei scheint auch Kunkels Ausscheiden nicht abgelaufen zu sein. Als der Stolberger Ratsherr eine Woche nach dem Landesparteitag von der *Kommunalpolitischen Vereinigung*



Er repräsentiert die NPD-NRW: Claus Cremer

der NPD wieder in deren Bundesvorstand gewählt worden war, beeilte sich jedenfalls Cremer zu versichern, Kunkels kommunalpolitische Erfahrung sei "für die NPD-NRW von besonderer Bedeutung". So als müsste es Zweifel daran geben, erklärte Cremer, er sei sich "sicher, daß Kamerad Kunkel mit dem Landesvorstand der NPD-NRW zusammen daran arbeiten wird, die zukünftigen Abgeordneten der NPD, die bei den Kommunalwahlen im Jahre 2009 ein Mandat erringen werden, bestens auf die anstehenden Aufgaben vorzubereiten".

Inzwischen hat der neue Landesvorstand auch intern seine Aufgabenbereiche verteilt. Cremer übernimmt die Geschäftsführung und die "außerparteiliche Koordination". Hebbel bleibt Landesschatzmeister. Markus Pohl ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Timo Pradel fungiert als Landesorganisationsleiter, Haller als sein Stellvertreter. Matthias Pohl ist zuständig für die Schulungsarbeit. Haase darf sich "Kommunalpolitischer Sprecher" nennen. Dahlbeck ist "Landesbeauftragter Ordnungsdienst", und Marion Figge kümmert sich um die Veranstaltungen des Landesverbandes und Schriftführung. Keine besonderen Arbeitsbereiche fanden sich offenbar bislang für Gudat, Spönlein, Frentzen, Schulze und Schwerdtfeger.

Der neue Landesvorstand habe sich zum Ziel gesetzt, "die NPD-NRW in ihrer Außendarstellung zu professionalisieren und auch aktionistischer bzw. wahrnehmbarer in der Öffentlichkeit aufzutreten", sagte Cremer in einem Interview mit *Altermedia*. Auf die Kritik in extrem rechten Kreisen am NRW-Landesverband eingehend, meinte Cremer, er wolle "aber auch nicht verschweigen, daß die NPD-NRW in den letzten Jahren auch etwas hinter ihren Möglichkeiten geblieben ist". Bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr erhofft sich der neue Landesvorsitzende, "daß wir unsere bisherigen Mandate halten und etliche neue Mandate hinzugewinnen können". Bei der Landtagswahl im Jahr darauf hält er "ein Ergebnis von 1,5 bis 2 Prozent für realisierbar".

In der Neonaziszene kommt der Landesverband auch nach seinem Parteitag nicht gut weg. In der Diskussion auf *Altermedia* meinte ein "Nationaler Sozialist", die NRW-NPD sei "in den letzten Jahren keinen einzigen Schritt nach vorne gekommen, nur zehn nach hinten. Sinnlose Aktionen, stümperhafte Kampagnen und keine aktiven Mitglieder. (...) Der Vorstand spricht Bände, Claus Cremer ist die Krönung." Ein anderer Autor prophezeite: "Mit Cremer wird der Landesverband entweder in blindem Aktionismus untergehen, weil die Mitglieder verbrannt sind, oder an Starrheit so wie es in Köln, der größten Stadt des größten Bundeslandes der Fall ist." Ein Dritter beklagte das niedrige intellektuelle Niveau des neuen Vorstands. Die in Wattenscheid versammelten Delegierten nannte er eine "Riege von Vollidioten": "Frag Dich doch mal, warum intelligente Leute, die in der Öffentlichkeit repräsentabel sind, nicht zur Wahl angetreten sind? Mir fallen hier zum Beispiel die Namen **Dennis Witt** oder **Martin Laus** ein. (...) Andere qualifizierte Köpfe haben die Partei verlassen, so z. B. das ehemalige LV-Mitglied **Wolfgang Mond**. Woran liegt das wohl?" ★

Von Tanja Herrmann

Die NPD-Landesgeschäftsstelle

Im Rahmen der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Ex-NPD-Schatzmeister **Erwin Kemna** aus dem münsterländischen Ladbergen wegen "gewerbsmäßiger Untreue zum Nachteil der NPD" stellte das Amtsgericht Münster große Teile des Privatbesitzes des langjährigen NPD-Funktionärs unter die Aufsicht der Justiz. Darunter auch eine Immobilie an der Günnigfelder Straße 101a in Wattenscheid, die Landesgeschäftsstelle der NPD NRW.

Am 1. Oktober 1978 wurde dieses Gebäude von dem NPD-nahen Toilettenwagenverleiher **Heinz Heilmann** gekauft und an die NPD vermietet. Seitdem dient das Gebäude dem NPD-Landesvorstand NRW (zeitweilig auch dem Landes- und Bundesvorstand der JN) als Geschäftsstelle, Tagungsstätte (mit Übernachtungsmöglichkeiten) und Lagerraum. Hier finden Feierlichkeiten, Stammtische des örtlichen Kreisverbandes und seit einigen Jahren auch Landesparteitage statt. Mit letzteren dürfte die Kapazität der Räume aber auch erschöpft sein, geht man von einer Teilnehmerzahl von 50 bis 70 Personen aus. Der Hinterhof bietet zudem ausreichend Platz für kleinere "Sommerfeste", am 15. Juli 2007 mit angeblich 120 Personen.

Nachdem Heilmann verstorben war, ging die Immobilie in den Besitz einer Erbengemeinschaft über. "Als ... die Erben das Haus verkaufen wollten, verzichtete die Stadt auf ihr Vorkaufsrecht – schließlich sollte ... eine scheinbar harmlose Immobilienfirma neuer Eigentümer werden", recherchierte kürzlich das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Bei der "harmlosen Immobilienfirma" handelte es sich um die Immobiliengesellschaft KEL, eine der Firmen Kemnas, die das Haus im November 2000 für zirka 300.000 Euro erwarb. Die NPD durfte bleiben. Ob die aktuellen Vorwürfe gegen Kemna allerdings Auswirkungen auf die Vermietung des Gebäudes an die NPD haben wird, bleibt ungewiss. Sollte das Gebäude allerdings nach Kemnas Pleite unter den Hammer kommen, bekäme die öffentliche Hand eine vermutlich letzte Chance, ihren 2000 gemachten Fehler wieder gutzumachen und sich so schnell wie juristisch möglich der braunen Mieter zu entledigen. ★

Von Tomas Sager

Vier Jahrzehnte Frust

NRW-NPD: Zwischen Rechtspopulisten und Rechts-»Autonomen«

Wenn *pro NRW* mit Anti-Islam-Parolen auf Stimmenfang geht und sogar die Rechts-"Autonomen" mit ihrer Kampagne "Wir sagen Nein – zum Wahlrecht für Ausländer zum Moscheenbau und Multikultur!" erkannt haben, dass all ihren "Modernisierungsbemühungen" zum Trotz Rassismus das verbindende Element der extremen Rechten bleibt, will die nordrhein-westfälische NPD nicht zurückstehen. Mitte Juli startete sie eine "landesweite Kampagne" gegen "die immer weiter voranschreitende Überfremdung und die daraus resultierenden Folgen für unser Land" – nach Logik der NPD sind dies "Islamisierung und Ausländerkriminalität".

Die NRW-NPD, ohnehin etwas schwach auf der Brust, droht zerrieben zu werden: auf der einen Seite Rechtspopulisten, die demokratische Seriosität suggerieren, auf der anderen Seite "Autonome Nationalisten", die der NPD das aktionsorientierte Spektrum jugendlicher Rechter abspenstig machen. Verschärft wird das Problem noch dadurch, dass auch jener NS-fi-

Von Jan-Henning Schmitt

Unna: Vier Jahrzehnte NPD

Am 25. April 1965 konstituierte sich der NPD-Landesverband NRW in Bergkamen. Zeitgleich entstand der NPD-Kreisverband Unna/Hamm, der damit auf eine lange Geschichte zurückblicken kann, die mit den Erfolgen und Rückschlägen der Partei verbunden ist.

In den 60er Jahren konnte die NPD in der Region spektakuläre Erfolge erzielen. Bei den Kommunalnachwahlen 1968 zog sie in die Stadträte von Hamm (2 Sitze), Kamen (2 Sitze) und Unna (4 Sitze) ein. In Unna erreichte sie mit 11,5 Prozent ein außerordentlich hohes Ergebnis, das bei den regulären Wahlen ein Jahr später – nach der für die NPD enttäuschend ausgefallenen Bundestagswahl – auf 4,2 Prozent zusammenschrumpfte.

Einen zweiten Höhepunkt der NPD-Aktivitäten bildeten die Jahre 1978 bis 1982. In Kamen war auf dem Bauernhof von **Karl Heinz Harting** ein bundesweit bedeutendes Schulungszentrum für die Partei und die *Jungen Nationaldemokraten*, entstanden. 1978 störte die NPD die Lesung des jüdischen Literaten **Edgar Hilsenrath** und organisierte eine Doppelkundgebung in Kamen und Unna. Nachdem Harting 1982 gerichtlich die Nutzung seines Hofes als "politisches Schulungszentrum" untersagt wurde, wurde es wieder ruhig um die NPD im Kreis Unna.

Von der Öffentlichkeit unbeachtet, arbeiteten die Neonazis aber weiter. Vor der Landtagswahl 2005 trat der Kreisverband Unna/Hamm wieder massiver an die Öffentlichkeit, organisierte Infostände und Verteilaktionen. Seine Personaldecke ist dünn, Anonymität wird geschätzt. Hauptorganisator ist **Hans Jochen Voß** aus Unna, Besitzer der VVZ GmbH, eines Versicherungsbüros in der Kreisstadt. Seit AntifaschistInnen seine Aktivitäten thematisiert haben, tritt er gegenüber den Medien als NPD-Sprecher auf.

Voß ist seit den 60er Jahren Mitglied der NPD. Über die Jahre hat er ein umfangreiches Kontaktnetz aufgebaut, das ihm vor allem bei der Organisation von Schulungen hilft. Monatlich lädt die NPD in einen, meist unter falschen Angaben gemieteten, Gaststätten-Hinterraum ein. Für die Vorträge kann immer wieder Parteiprominenz verpflichtet werden: **Udo Voigt**,

xierte Teil der "parteifreien" Neonazis um **Christian Malcoci** oder **Daniela Wegener**, auf die die NRW-NPD sicher bauen konnte, nach der Auseinandersetzung um das Begräbnis von **Friedhelm Busse** auf Distanz gehen könnte (vgl. S. 12 und S. 21).

Stünde die NPD in NRW so gut da wie ihre starken Landesverbände im Osten, könnte sie diese Probleme verschmerzen. Aber die Geschichte der NPD im größten Bundesland ist – von einigen wenigen lokalen Erfolgen abgesehen – eine Geschichte der Erfolglosigkeit.

> **Wahlpolitisch:** Selbst in den Hochzeiten der NPD Ende der 60er Jahre, als die Partei in sieben von elf Landesparlamente einzog, blieb NRW ein weißer Fleck auf ihrer Landkarte. 3,1 Prozent bei der Bundestagswahl 1969 waren ihr bestes Ergebnis – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Ansonsten gelang es ihr nur ein einziges al bei einer bundesweiten Wahl in NRW, mehr als 1 Prozent zu erreichen.

> **Strukturell:** Gerade einmal 750 Mitglieder zählt die NPD bei rund 18 Millionen Einwohnern: ein NPD-Mitglied auf 24.000 Bürger. Rein rechnerisch verfügt die NPD in jedem der 128 Landtagswahlkreise über gerade einmal sechs Mitglieder. Wirklich flächendeckende Aktivitäten sind so nicht möglich. Das erklärt auch das besondere Bemühen um "parteifreie" Neonazis, setzt aber gleichzeitig dem Drang in die gesellschaftliche "Mitte" Grenzen.

> **Personell:** Viel Glück mit ihren alten "Spitzenkräften" hat die NRW-NPD nicht gehabt. Ihr Ex-Vorsitzender **Udo Holtmann** flog als V-Mann des Verfassungsschutzes auf, sein Stellvertreter **Wolfgang Frentz** ebenfalls. **Erwin Kemna** muss sich demnächst vor Gericht verantworten, weil er als Schatzmeister der Bundes-NPD Parteigelder von mehr als 800.000 Euro auf eigene Konten umgeleitet haben soll. Und der "Nachwuchs"? **Stephan Haase**, von 2002 bis in dieses Jahr Landesvorsitzender: von "parteifreien" Neonazis zuweilen verspottet, als Redner eine Katastrophe, als Mitglied des Bundesvorstands mit dem "Arbeitsbereich" "Besondere Aufgaben" betraut, weil man mit ihm offenbar nichts Rechtes anzufangen wusste. Sein Nachfolger **Claus Cremer**? Der Landesvorsitzende einer Partei, der bei einer Demonstration das Tarnjacken-Outfit bevorzugt. Erfolg sieht jedenfalls anders aus.

Aber: Unter den Blinden ist der Einäugige König. Cremer war bereits der starke Mann des Landesverbandes, als Haase noch offiziell als Vorsitzender amtierte. Vor allem unter Cremers Regie hat sich die Partei in den letzten Jahren um den (Wieder-)Aufbau von Strukturen in NRW bemüht. In 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten verfüge sie inzwischen über "arbeitsfähige Strukturen", die freilich "unter-

Jürgen Gansel, **Andreas Molau**, **Jürgen Rieger, Olaf Rose**... Viele "Spitzenkräfte" der NPD fanden den Weg nach Unna, um vor einem Publikum zu referieren, das auch aus dem Sauer- und Münsterland, dem Ruhrgebiet und Ostwestfalen anreist. Zum Jahresabschluss tritt seit drei Jahren der Liedermacher **Frank Rennicke** auf.

Außerdem unterstützt der Kreisverband die Tagungen der *Deutschen Akademie* um **Martin Laus** und **Jürgen Schwab**, die in den vergangenen zwei Jahren im Raum Unna abgehalten wurden. Überhaupt hat der Kreisverband wenig Berührungsängste zu anderen Gruppen der extremen Rechten. Mit der DVU aus Dortmund wird schon lange eine lokale "Volksfront" praktiziert, zu den "Freien Kameradschaften" bestehen freundschaftliche Kontakte. An den NPD-Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai, 3. Oktober und Volkstrauertag nehmen DVUler, Freie und sogar einige *Republikaner* teil: "Bei aller Meinungsverschiedenheit waren wir uns aber im Kern unseres gemeinsamen Kampfes trotzdem einig. Der Kontakt im östlichen Ruhrgebiet zwischen uns, den freien Kameraden und mit leichten Einschränkungen zur DVU war immer so, dass wir uns bei allen Unterschieden [...] gegenseitig kameradschaftlich unterstützt und akzeptiert haben und auch werden."

Konkret wird die Unterstützung bei Demonstrationen oder im Wahlkampf. Die NPD besucht Aufmärsche der *Kameradschaft Hamm*, im Gegenzug schützt diese ihre Infostände. Die *Kameradschaft Dortmund* verleiht ihren Lautsprecherwagen für eine Werbetour im Kreis Unna, Voß organisiert Räume für eine Veranstaltung des *Aktionsbüros Westdeutschland* in Hamm und eine Rechtsschulung mit **Christian Worch** in Kamen. Und als der Hammer Kameradschaftsführer **Sascha Krolzig** vor Gericht steht, übernimmt der Kreisverband dessen Anwaltskosten.

Die Kooperation mit den "Freien Kameradschaften" ist intensiv, und sie verhindert, dass Szene-Konflikte, zum Beispiel über den "Schwarzen Block" und das Gehabe der "Autonomen Nationalisten", eskalieren. Die "Toleranz" der Unnaer NPD fußt auf einer realistischen Einschätzung ihrer Situation. Die meisten Aktiven sind über 45 Jahre alt, eine Jugendarbeit existiert nicht. Wo es der NPD gelang, sich ein jugendliches Umfeld aufzubauen, wie in Bergkamen, konnte sie die SympathisantInnen nur schlecht in die alltägliche Parteiarbeit einbinden. Ohne die "Freien" fehlt ihr schlicht der Nachwuchs.

Von Dominik Clemens

Düren: Seit 2005 »voller Erfolg«

Der NPD-Kreisverband Düren war in den vergangenen eineinhalb Jahren einer der aktivsten in NRW. Glaubt man der Propaganda, ist die Partei dort nicht mehr aufzuhalten. Jeder Infostand, jede Flugblattaktion ist ein "voller Erfolg", nach jeder Veranstaltung strömen neue Mitglieder in die Organisation. Ein genauerer Blick ergibt jedoch ein differenzierteres Bild.

2005 fanden mit Unterstützung der NPD aus dem Kreis Aachen im Vorfeld der Landtagswahl erstmals Infostände statt. Mit **Rene Laube** und **Ingo Haller** hatte die NPD zwei örtliche Kandidaten aufgestellt. Das Wahlergebnis blieb zwar bescheiden, machte aber dennoch Mut, verstärkt Aktivitäten zu entwickeln. Treibende Kraft war Haller, der im Januar 2006 an die Spitze des neu gegründeten NPD-Ortsverbandes Düren gewählt wurde und seit Dezember 2006 den neuen Kreisverband leitet. Hallers Adlatus Laube ist das Bindeglied der Dürener NPD in die militante Szene. Er ist "Kameradschaftsführer" der *Kameradschaft Aachener Land* (KAL), die eng mit der NPD verwoben ist. Überhaupt haben Neonazis starken Einfluss auf die Dürener NPD.

Aktionismus war angesagt: Mehrere Dutzend Infostände fanden nicht nur in Düren und Jülich statt – die Partei tingelte auch durch die kleineren Städte und Gemeinden im Kreis. Die von ihr – teils gemeinsam mit der KAL – organisierten Veranstaltungen wie "Sommerfeste", "Jul-Feiern" oder "Schlageter-Treffen" lockten manchmal mehr als 100 Neonazis in die Region. "Höhepunkt" des "Kampfes um die Straße" war eine Demonstration gegen "Inländerfeindlichkeit" im September 2007 in Düren, an der 130 Personen teilnahmen. Die NPD will sich für die Kommunalwahl 2009 im Raum Düren in Position bringen. Einen Probelauf unternahm sie im August 2007 bei der vorgezogenen Bürgermeisterwahl in Aldenhoven. Kandidat Haller erhielt 3,2 Prozent der Stimmen.

Ihr Aktivitätsdrang suggeriert allerdings eine Stärke, die die Partei nicht besitzt. Das größte Problem der NPD in Düren ist ihr Personal. Der harte Kern von Aktivisten beträgt kaum mehr als ein Dutzend Personen. Aber es fehlt nicht nur an Quantität, sondern auch an Qualität: Mitglieder und Funktionäre, die über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, sind rar gesät. NPD-Funktionäre fallen in Düren eher als Straftäter denn als charismatische Politiker auf.

Unter Druck gerät die NPD Düren auch, weil sich in der Region die "Autonomen Nationalisten" ausbreiten und der Einfluss der Partei auf junge, aktionistische Neonazis sinkt. Und auch das Verhältnis zur KAL dürfte getrübt sein, seitdem sich die Gruppe im Streit zwischen "Freien" und NPD nach der Beerdigung des Altnazis **Friedhelm Busse** auf die Seite von **Thomas Wulff** stellte. Aber ohne die Unterstützung der Neonazis droht Dürens NPD mit ziemlich leeren Händen dazustehen. Mit Hallers "One-Man-Show" lässt sich der Einzug in die Kommunalparlamente nicht bewerkstelligen.

schiedliche Aktivitäten" aufweisen würden, heißt es im aktuellen Verfassungsschutzbericht. In der Tat ist der Grad der Aktivitäten sehr unterschiedlich. Zu den aktiveren Verbänden zählten in den letzten Monaten u.a. Wattenscheid, der Märkische Kreis, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis, Dortmund und Düren sowie die neuformierten Gliederungen in Krefeld, Borken/Wesel und Kleve. Wahlpolitische Erfolge trotz weitgehender Inaktivität verzeichneten in der Vergangenheit NPD-Gliederungen im Kreis Aachen, in Heinsberg und Mönchengladbach. Im Münsterland musste die NPD feststellen, dass die Aktivistendecke trotz einer Handvoll rühriger Kader zu dünn ist, um flächendeckend agieren zu können, ebenso in weiten Teilen Ostwestfalens und im ländlichen Teil Südwestfalens, wo die NPD nach wie vor darniederliegt. Ebbe herrscht aber sogar in einigen Städten des Ruhrgebiets, beispielsweise in Bochum, Gelsenkirchen, Herne oder Mülheim.

Zu den aktiveren Kreisverbänden zählen auch solche, die schon seit Jahrzehnten existieren, wie beispielsweise **Wolfgang Duda**s Oberhausener NPD oder die NPD Unna, aber auch solche, die sich erst in den letzten Jahren entwickelt haben, wie beispielsweise am Niederrhein oder in Düren. Zwei von ihnen, die Kreisverbände Düren und Unna stellt LOTTA beispielhaft ausführlicher vor. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich um Bündnisse über die Parteigrenzen hinaus bemühen, aber auch entscheidend abhängig sind vom Aktivitätsgrad einzelner handelnder Akteure. Ohne **Ingo Haller** keine NPD Düren, ohne **Hans Jochen Voß** keine NPD Unna. Und umgekehrt: Da wo einzelne aktive Kader – wie beispielsweise **Wolfgang Mond** in Hagen – die Partei verlassen, erlahmen auch die Aktivitäten. Von einer Kontinuität der Arbeit, die unabhängig ist von solchen tragenden Personen, und damit von einem Aufbau wirklich stabiler Strukturen, ist die NPD in NRW nach wie vor weit entfernt. ★

Von Jan Spreuk und Svetlana Bukowsky

Sven Skoda

Ein Neonazi unter der Lupe

Schon länger zählt der Düsseldorfer Sven Skoda zur Führungsriege der neonazistischen Szene in NRW, mit bundesweiten Ambitionen. Kaum ein Aufmarsch in NRW in letzter Zeit, bei dem er nicht als Redner auftrat. Nicht nur in NRW gilt er als Vertreter der Neonazi-Führer Thomas "Steiner" Wulff und Christian Malcoci.

Für den kleinen Mann in seiner etwas zu knappen blauen Trainingsjacke ist es ein historischer Tag. "Kameraden!", schreit **Sven Skoda** an jenem 24. Juni 2004 in Bochum mit seiner etwas dünnen Stimme, die immer kurz vorm Überschlagen ist, "ich begrüße euch auf der wohl ersten Demonstration gegen Synagogenbau in der Geschichte der Bundesrepublik. Für uns als nationale Sozialisten gibt es heutzutage nur noch wenige Tabus, die gebrochen werden können. Heute brechen wir eines davon." Es ist ein denkwürdiger Tag für den heute 30-Jährigen, der sich seit mindestens 13 Jahren in der extrem rechten Szene bewegt. Endlich darf wieder, so scheint es ihm, auf deutschen Straßen offen antisemitisch gehetzt. "Jeder Teilnehmer, der heute hier steht, gibt lebendes Zeugnis davon, schreibt Geschichte und wird in der Kampfzeit Erwähnung gefunden haben." Die "Kampfzeit": Die Nationalsozialisten des vorigen Jahrhunderts meinten damit jene Jahre von der Gründung der NSDAP nach dem Ersten Weltkrieg bis zur "Machtergreifung" 1933, mit ihren Saalschlachten und Straßenkämpfen.

Auf der Straße und unter den Augen der Justiz formuliert Skoda zumeist so, dass er die Klippen des Strafrechts umschiffen kann. Nicht er, sondern **Axel Reitz** und **Claus Cremer** werden sich später wegen der Reden, die sie an jenem Tag in Bochum gehalten haben, vor Gericht verantworten müssen. Wo jedoch die Beweislage schwieriger ist, darf auch klarer formuliert werden. In einer Ansage des von Skoda mitbetriebenen *Nationalen Infotelefon Rheinland* vom 30. Dezember 1997 heißt es: "Nationalsozialisten! Deutsche Volksgenossen! Das Kampfjahr 1997 steht kurz vor seinem Ende. Die Nationale Opposition hat auch 52 Jahre nach der großen Niederlage, nach der Auslöschung der sozialen Gerechtigkeit und Freiheit durch ihren unerbittlichen Einsatz und Opferwillen gezeigt, daß unsere Idee nicht einen Funken an Aktualität verloren hat. [...] Revolutionär im Herzen sein und nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Revolution leben, darauf kommt es an. Heil Deutschland!" Und ein paar Jahre später werden die Kameraden in einer Ansage des NIT Rheinland schon einmal auf künftige Opfer eingeschworen. Rückblickend auf **Adolf Hitler**s "Marsch auf die Feldherrenhalle" am 9. November 1923 heißt es: "Der Aufstand der Widerstandskämpfer brach im Kugelhagel der bayerischen Staatspolizei zusammen.[...] Ihr Opfer darf nicht umsonst gewesen sein. [...] Unsere Opferbereitschaft und die Ernsthaftigkeit unseres Handels wird heute noch viel größer sein müssen wie vor fast 80 Jahren, wenn hier noch Veränderungen für unser Land erreicht werden sollen."

Die Anfänge

Damals, im Dezember 1997, da ist Skoda gerade einmal 19 Jahre alt, baut an einem Düsseldorfer Gymnasium an seinem Abitur und betreibt von seinem Kinderzimmer in der elterlichen Wohnung aus die "Direktleitung" des NIT Rheinland, das heute nur noch als Homepage existiert, lediglich zu besonderen Anlässen aktualisiert. Seine Eltern wissen nichts von seiner politischen Arbeit, seine Lehrer beschreiben ihn als "unauffällig" und "höflich". In der Kameradschaft Düsseldorf, entstanden aus dem Düsseldorfer Kreisverband der 1995 verbotenen FAP, ist er trotz seines noch jugendlichen Alters bereits zu einer Art "Kameradschaftsführer" aufgestiegen. In seinem privaten Umfeld gilt er manchen als "Angeber", Teilen der regionalen Szene als "arrogant" und als "Schleimer". Skoda möchte "mitspielen" in der Liga der "Führer". Auf Demonstrationen irrt er ab 1998 wichtigtuerisch umher, mit Ordnerbinde, aber ohne zu ordnen. Manchmal trägt er hierbei gelbe Bauarbei-

terhandschuhe, ohne dass es hierfür einen ersichtlichen Grund geben würde. Außer, dass auch **Christian Worch**, zu dem er dann später auf Distanz geht, welche trägt. Skodas Widerstandsbüro erweist sich als Papiertiger. Zunehmend gerät er unter Druck: eine antifaschistische Kampagne, eine Hausdurchsuchung und die Verbote zweier von ihm angemeldeter Demonstrationen, mehrere Wohnungswechsel. Erst der dritte Anlauf eines Aufmarsches glückt: Am 28. Oktober 2000 ziehen etwa 280 Neonazis unter dem Motto "Meinungsfreiheit auch für Nationalisten – Argumente statt Verbote" am Düsseldorfer Rheinufer entlang, als Versammlungsleiter fungieren neben dem Anmelder Reinhard Vielmal von der Neusser NPD der Grevenbroicher **Christian Malcoci** und Sven Skoda. Ein weiterer Aufmarsch für eine "Bombenstimmung in Düsseldorf" mit 270 Teilnehmern (Motto: "Das System ist der Fehler"), folgt erst am 3. Juni 2006. Die Formulierung "Bombenstimmung in Düsseldorf" wählte Skoda mit provokativem Bezug auf einen bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag am 27. Juli 2000 in Düsseldorf, bei dem mehrere jüdische osteuropäische MigrantInnen schwer verletzt wurden. Weitere Aufmärsche gab es bis heute nicht.

Go West!

Christian Malcoci hatte es Skoda schon früh angetan, schließlich war und ist der heute 45-Jährige kein Niemand in der Szene (*vgl. LOTTA #25, S. 34 ff.*). Denn auch Skoda strebte nach Höherem, nutzte Malcocis Kontakte und Einfluss. Zu den norddeutschen Kadern **Tobias Thiessen** und **Thomas "Steiner" Wulff** hatte er bereits Kontakte aufgebaut, die er in den Folgejahren und in Abgrenzung zu dem so genannten Worch-Flügel der "Freien" ausbauen konnte. Auf der Strecke blieb dabei oft die Arbeit vor Ort, kaum noch etwas war in den nächsten Jahren aus den Reihen seiner "Kameradschaft" zu hören, die führungslos vor sich hindümpelte und sich dann offenbar auflöste. Skoda folgte Malcoci in die Niederlande, wo sich dieser zum "Partijsecretaris" der *Nederlandse Volkunie* (NVU) hatte ernennen lassen. Die Niederlande boten nicht zuletzt auch eine berufliche Perspektive: Da ein Studium in Deutschland, erst recht in NRW, aufgrund seiner politischen Betätigung nur mit großen Nebenwirkungen zu meistern gewesen wäre, schrieb sich Skoda 2002 an der Fontys-Hochschule in Venlo ein und studierte "Software-Entwicklung", wie er 2006 vor Gericht als Zeuge im Prozess gegen Reitz angab. Offenbar mit einem Studienabschluss in der Tasche verlagerte er seinen Schwerpunkt wieder nach Düsseldorf und arbeitet heute im nahen Hilden für eine Firma, die Software für Mikrocontroller entwickelt, mit Zweitniederlassung in den USA.

Skodas Interesse für Software dürfte vielleicht auch seinem Wunsch nach einer besseren Vernetzung der neonazistischen Szene sowie Sicherheitsaspekten geschuldet sein. Schon 1998 benutzte er als einer der ersten Neonazis digitale Verschlüsselungstechniken. Immer wieder mahnte er in den letzten Jahren seine Kameraden dazu, seinem Beispiel zu folgen. Zumeist vergeblich.

Werkzeug NPD

Dass er sich nicht als "Nationaldemokrat" versteht, sondern als Nationalsozialist, daran lässt Skoda keinen Zweifel. Eine enge Zusammenarbeit mit der NPD schließt das freilich nicht aus, zumal die NPD in NRW deutlich neonazistischer geprägt ist als andere Landesverbände. Gemeinsam mit Malcoci und **Daniela Wegener** gehörte er zu jenem Teil der "Freien" in NRW, die einer Kooperation mit der sich gegenüber der "freien" Neonaziszene noch weiter öffnenden NPD positiver gegenüberstanden als beispielsweise das *Aktionsbüro Westdeutschland* um Reitz. Für ein Bündnis "Freier" mit der NPD setzten sich Skoda, Malcoci und Wegener auch über die Grenzen von NRW hinaus ein. Und das mit klarem Bezug auf den NS. So war Malcoci Anmelder einer Demo, mit der am 14. Oktober 2006 in Nürnberg eine "Revision der Nürnberger Prozesse" gefordert wurde. Auch Skoda gehörte – neben dem damaligen bayerischen JN-Chef **Norman Bordin**, dem hessischen Ex-NPD-Landesvorsitzenden **Marcel Wöll**, **Udo Voigt** und **Jürgen Rieger** zu den Rednern.

"Eine Partei kann im politischen Kampf ein Werkzeug sein", schrieb Skoda im Sommer 2007, zurückblickend auf jene Jahre, in denen er die Nähe der Partei suchte. Man habe "nach einigen Reibereien irgendwann eine Basis für Gespräche über eine Zusammenarbeit" gefunden, "die zumindest in einigen Regionen zu einigen Themen, möglich wurde". Diese Zusammenarbeit habe "auch in Teilen der NPD – ob gewollt oder ungewollt –" einen strategischen Wandel bewirkt. "Viele Aktivisten fassten nach und nach Vertrauen in den Wandel, der im Grunde als reaktionäre wahrgenommenen NPD und entschlossen sich, auch innerhalb der Partei diesen Wandel voranzutreiben, um aus der Partei ein Werkzeug zu machen, mit dem man wirklich arbeiten kann."

In jener Erklärung vom August 2007 – Anlass war die Abgrenzungserklärung des NPD-Parteipräsidiums gegenüber "Autonomen Nationalisten" – überwog aber wieder die Enttäuschung über die real existierende NPD: "In den letzten Monaten häufen sich nun die Ausfälle von einigen maßgeblichen NPD Funktionären. [...] Wer sich nicht angewidert vom Nationalsozialismus abwendet, es sogar noch wagt, den Nationalsozialismus als etwas Positives zu begreifen, bewegt sich offensichtlich auch heute noch auf sehr dünnem Eis bei einigen hochrangigen Funktionsträgern der NPD." Skoda weiter: "Wer wirklich glaubt, daß wir in diesem System irgendetwas geschenkt bekommen werden, weil wir uns stets freundlich und devot gebeugt haben, ist bereits soweit in diesem System angekommen, daß er selbst Teil des Problems

Sven Skoda, ein verfolgter Nationalsozialist...

geworden ist und braucht sich nicht zu wundern, wenn er zukünftig auch so behandelt wird!"

Konsequenterweise fehlte Skoda bei einer im September 2007 in Düren stattfindenden Demonstration der NPD, bei der er eigentlich als Redner angekündigt worden war, nachdem sich die Dürener NPD deutlich hinter die Abgrenzungserklärung des Parteipräsidiums gestellt hatte.

Als Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas "Steiner" Wulff bei der Beerdigung des ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden **Friedhelm Busse** am 26. Juli 2008 in Passau eine Hakenkreuzfahne auf den Sarg des Alt-Nazis legte und sich das NPD-Parteipräsidium hiervon später distanzierte, gehörte der ebenfalls anwesende Skoda zu den Erstunterzeichnern einer "Stellungnahme freier Kräfte": "Wir [...] werden die Zusammenarbeit mit diesem Parteipräsidium beenden, falls es zu keiner Einigung hinsichtlich eines vernünftigen Verhaltens der NPD kommt."

Eine generelle Absage Skodas an die Partei scheint das aber nicht zu sein. Vor allem, wenn es um "historische" Themen geht, arbeitet er weiterhin mit ihr zusammen. Als die NPD für den 13. Januar 2008 in Berlin eine Demonstration zu Ehren der Mörder von **Karl Liebknecht** und **Rosa Luxemburg** anmeldete – sie wurde verboten -, war Skoda als Redner vorgesehen. Und wie bereits beim "Schlagetertreffen" von NPD Düren und *Kameradschaft Aachener Land* im Mai 2007 trat er auch bei der diesjährigen Veranstaltung in Düren ans Mikrofon. Der wegen Sabotage (u.a. Sprengstoffanschläge mit Todesopfer) gegen die französischen Truppen am 26. Mai 1923 in Düsseldorf hingerichtete Freikorpskämpfer und Rechtsterrorist **Albert Leo Schlageter** stellt für Skoda eine Art Vorbild dar, gerne setzt er hinter seine Initialen SS ein "Schlageterstadt" für Düsseldorf. Schon 1996 erschien in der Zeitschrift Freie Stimme der damaligen *Sauerländer Aktionsfront* ein Artikel, hinter dem man Skoda vermuten durfte. Titel: "Albert Leo Schlageter – ein deutscher Freiheitskämpfer gerät in Vergessenheit", verfasst "von der Kameradschaft Düsseldorf". Überhaupt haben es Skoda "Helden" und "Märtyrer" angetan. Neben Schlageter ist das insbesondere der Hitler-Stellvertreter **Rudolf Heß**. An der Organisation mehrerer Rudolf-Heß-Gedenkmärsche beteiligte sich Skoda direkt oder indirekt, in den Niederlanden und auch in Deutschland. Getreu seinem Anspruch, die Szene besser zu vernetzen, initiierte er eigens für diese Märsche einen bundesweiten SMS-Verteiler.

"Direkte Ansprache"

Ähnlich wie die Themen Schlageter und Heß wäre auch die Berliner Demo zu Ehren der Mörder von Liebknecht und Luxemburg ein Demo-Thema ganz nach Skodas Geschmack gewesen: ein Loblied auf Mörder. Auch bei einem Neonazi-Aufmarsch in Neuss im Oktober 2007 hatte er bereits verbal mit der Gewalt gespielt. Um an die Macht zu kommen, müssten alle zur Verfügung stehenden Wege beschritten werden, auf der Straße, in den Parlamenten und gegebenenfalls auf einem "weiteren Weg", der sich noch zeigen werde. Nötig sei es, auf einen "gewaltsamen Umbruch" hinzuarbeiten, um die "Verhältnisse grundlegend [zu] ändern".[1]

Dass es Skoda bei verbalen Gewaltandrohungen nicht belassen möchte, darauf deutet einiges. Bevor Neonazis am 2. August 2005 in Leverkusen-Opladen gegen eine antifaschistische Informationsveranstaltung anlässlich eines bevorstehenden Rudolf-Heß-Gedenkmarsches aufmarschierten, sammelte Skoda ein Dutzend "Kameraden" um sich, um zum nahen linken Zentrum *Kulturausbesserungswerk* zu gehen. Man müsse – so Skoda – nicht "nur den legalen Weg" gehen, sondern auch den "direkten Weg der Ansprache" wählen. Die "Ansprache" scheiterte an einigen Polizeibeamten, bevor es zu einem Zusammentreffen mit den "Anzusprechenden" kommen konnte. Klar ist, dass Skoda dem Thema "Anti-Antifa" hohe Bedeutung beimisst. Seit über zehn Jahren sammelt er Informationen über seine politischen Gegner. Auch in diesem Punkt ist er in die Fußstapfen seines politischen Ziehvaters Malcoci getreten, bei dem bereits in den achtziger Jahren bei einer Hausdurchsuchung eine "Feindkartei" mit 3.000 Datensätzen gefunden worden war (*vgl. LOTTA #21, S. 22 ff.*). ★

[1] http://klarmann.myblog.de/klarmann/art/214787024

Von Joß Fritz

Ungebrochene Kontinuität

Die Zeitschrift »Nation & Europa« aus Coburg

Nation & Europa mit Sitz im bayrischen Coburg ist die älteste, heute noch erscheinende neofaschistische Zeitschrift in Deutschland. 1951 von **Arthur Ehrhardt** (1896-1971) unter dem Namen *Nation Europa* gegründet, sieht sich die Monatsschrift "im Dienst der Europäischen Erneuerung". Dabei knüpfte der ehemalige SS-Sturmbannführer und Spezialist für Partisanenbekämpfung an die europäische Ausrichtung der Waffen-SS an. Ehrhardt verstand Europa als "Heimatland einer vielgestaltigen Völkerfamilie", das "in den Endkämpfen um die Trümmer des stürzenden Reiches im Frühjahr 1945" bereits "mit Blut getauft"[1] worden sei. Ehrhardt unterhielt viele Kontakte zu Gleichgesinnten im In- und Ausland. Der britische Nazi **Oswald Mosley** war es, der Ehrhardt ermunterte, *Nation Europa* zu gründen. Die Einigungsbestrebungen europäischer Neofaschisten erhielten damit eine Plattform für den Meinungsaustausch. Zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz wurde eine GmbH gegründet. Es folgten ein Buchvertrieb und der Verein *Nation Europa-Freunde*.

Generationswechsel

Nach dem Tod Ehrhardts im Jahr 1971 übernahm **Peter Dehoust** die Schriftleitung der Zeitschrift. Dehoust kam aus dem *Bund Nationaler Studenten*, der es sich zum Ziel gesetzt hatte, das Deutsche Reich wieder zu errichten, den Marxismus zu bekämpfen und die "Überfremdung" zu stoppen. Dehoust wurde Vorsitzender des Vereins der *Nation Europa-Freunde*, dem er noch heute vorsteht, und war in den 70er und 80er Jahren für die NPD aktiv. Zu Beginn der 90er Jahre wechselte er – wie viele andere Enttäuschte aus NPD, DVU und *Republikanern* – zur neu gegründeten *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) und wurde Bundesvorstandsmitglied der neuen Partei, die mit dem Ziel gegründet worden war, die extreme Rechte zu einigen. Noch heute ist Dehoust Mitherausgeber der Zeitschrift und der für den Inhalt verantwortliche Redakteur. Weitere Herausgeber von *Nation & Europa* sind heute **Almut Späth**, eine langjährige Gesellschafterin des Verlages, und **Harald Neubauer**. Neubauer hatte früh der NPD angehört und war Anfang der 90er Jahre von den *Republikanern* zur DLVH gekommen, wo er das Amt des Bundesvorsitzenden übernahm. Mit **Karl Richter** aus München gehört ein weiterer ehemaliger Bundesfunktionär der DLVH der Redaktion von *Nation & Europa* an. Auch Verlags-Geschäftsführerin **Inge Winterstetter** war in den 90er Jahren für die DLVH aktiv. Redaktionsmitglied **Detlev Rose** aus Berlin war in der Vergangenheit als Autor u.a. in Sudholts Zeitschrift *Deutsche Geschichte* und dem Jahrbuch *Deutsche Annalen* in Erscheinung getreten. In den 90er Jahren erschien Roses Buch über die *Thule-Gesellschaft* im extrem rechten *Grabert-Verlag*. Weitere Autoren der Zeitschrift sind u.a. die von der "neurechten" Berliner Wochenzeitung Junge Freiheit gekommene Dr. **Angelika Willig** und **Manfred Müller** aus Neuss. Der pensionierte Oberstudienrat war NPD-Funktionär und schreibt auch für das *Ostpreußenblatt*/PAZ und die *Junge Freiheit*. Auch **Jürgen Schwab** von der *Deutschen Akademie*, der zeitweise der NPD angehörte, findet man unter den AutorInnen.

VertreterInnen aus den verschiedensten Spektren der extremen Rechten kommen in *Nation & Europa* zu Wort, sowohl aus dem Inland, als auch aus dem Ausland: Der *pro Köln*- und *pro NRW*-Aktivist **Jörg Uckermann** wurde hier ebenso interviewt wie der frühere DVU-Bundesfunktionär **Siegfried Tittmann**, der NPD-Funktionär **Holger Apfel** sowie **Jean Marie Le Pen** (*Front National*) und seine Tochter **Marine**.

Der heutige FPÖ-Europaparlamentsabgeordnete und Chefredakteur der Wochenzeitung *Zur Zeit*, **Andreas Mölzer**, schrieb hier schon in den 80er Jahren und tut es heute wieder. Auch **Koen Dillen**, heute für **Vlaams Belang** im Europaparlament, war hier Autor.

Nach dem Scheitern des Projektes DLVH hat sich das Verhältnis der Herausgeber der Zeitschrift zur NPD wieder entspannt. 2005 kandidierte Neubauer als Parteiloser auf der Liste der NPD für den Bundestag. Dehoust wurde 2006 Vorsitzender des NPD-nahen *Bildungswerk für Heimat und nationale Identität*. Redakteur Richter zog 2008 für die NPD-nahe *Bürgerinitiative Ausländerstopp* in den Münchener Stadtrat ein. So findet man heute auch wieder Werbeanzeigen für NPD-Veranstaltungen in *Nation & Europa*, wobei Anzeigen hier eher eine Seltenheit darstellen.

Seit seiner Gründung erscheint *Nation & Europa*, das sich als "überparteilich", "unabhängig" und "nonkonform" bezeichnet, unverändert im DIN A5-Format und ist nur im Abonnement erhältlich. Dabei wird von einer geschätzten Auflage von 15.000 bis 18.000 Exemplaren pro Monat ausgegangen. Im Vergleich zu den Anfangsjahren leistet sich die Monatszeitschrift heute ein professionelleres – wenn auch altbackenes – Layout.

Im Laufe der Zeit fusionierte man mit weiteren Publikationen: 1990 mit den *Deutschen Monatsheften* von **Gert Sudholt**, die aus dem *Politischen Zeitspiegel* und den *Klüter Blättern* der neofaschistischen Kulturvereinigung *Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes* (DKEG) hervorgegangen waren. 1994 mit der Zeitung *Deutsche Rundschau*, die eine wichtige Rolle bei der Herausbildung der neofaschistischen Sammlungsbewegung DLVH gespielt hatte.

Gliederung

Der inhaltliche Aufbau von *Nation & Europa* ist streng gegliedert. Neben einem Vorwort und einigen Leitartikeln, in denen der Zustand Deutschlands bejammert, der politische Gegner klar benannt und geschichtsrevisionistische Thesen vertreten werden, gibt es eine Reihe fester Rubriken. "Eurorechte im Blickpunkt" thematisiert die Entwicklung der extremen Rechten unterschiedlichster Couleur in den verschiedenen europäischen Ländern. Dabei wird aufmerksam registriert, wo sich neue Bewegungen und Parteien formieren und regelmäßig über den Stand der Entwicklung der *pro*-Bewegungen berichtet.

In "Aktuelles aus Multikultopia" finden sich zahlreiche Kurzbeiträge, die den LeserInnen des Heftes das Gefühl einer "Überfremdung" suggerieren. Von **Herbert Fleissner** über **Alfred Schickel** bis zum Alt-Nazi **Erich Priebke** werden in der Rubrik "Köpfe & Profile" herausragende Persönlichkeiten aus den verschiedenen rechten Spektren vorgestellt. In der Rubrik "Leserwünsche" bieten LeserInnen antiquarische Bücher oder Filme an, bewerben Burschenschaften ihre Wohnheime oder werden Urlaubsmöglichkeiten bei Gleichgesinnten angepriesen. Unter "Termine" finden sich Veranstaltungsankündigungen verschiedenster extrem rechter Gruppierungen und Zirkel, wie der *Gesellschaft für freie Publizistik*, der *Dienstagsgespräche*, des sudetendeutschen *Witiko-Bund* und diverser Burschenschaften.

Breiten Raum nehmen die "Lesermeinungen" ein, die einen guten Einblick in den politischen Bewusstseinsstand der LeserInnenschaft von *Nation & Europa* geben. Diese ist überwiegend männlichen Geschlechts, zumeist gut gebildet und zählt eher zu den älteren Semestern. Wohl drei Viertel der LeserInnenschaft gehören zur AnhängerInnenschaft der verschiedenen neofaschistischen Parteien, darunter nicht wenige Mitglieder und FunktionsträgerInnen. Auch aus den "Vertriebenen"-Verbänden kommen LeserInnen. Nach Umfragen des Verlags bezieht eine Reihe der LeserInnen auch noch andere einschlägig rechte Publikationen. Mit Fragen zu den subkulturellen Bereichen des Neofaschismus, mit RechtsRock und den "Autonomen Nationalisten" etwa, tut man sich in diesem Kreis eher schwer. Dennoch sieht man die Notwendigkeit, auch potenzielle jüngere LeserInnen anzusprechen. So z.B. mit Werbeanzeigen im RechtsRock-Magazin *Rock Nord* oder der Jugendzeitschrift *Objektiv* der *pro*-Bewegung.

Buchgeschäfte

Mehrere Seiten nehmen die regelmäßigen Rezensionen neuer Bücher ein, wobei die unterschiedlichsten Verlage der extremen Rechten berücksichtigt werden. Auch für Bücher aus renommierten bürgerlichen Verlagen wird hier geworben, sofern ihre Inhalte dazu dienen, antiamerikanische, antisemitische oder antiliberale Vorbehalte zu bestärken. Dabei wird immer wieder auf ein wichtiges finanzielles Standbein des Verlages hingewiesen: den Buchdienst, der regelmäßig mit der Zeitschrift auch Werbeflyer anderer extrem rechter Verlage verschickt und deren Produkte auch ausliefern kann.

Nation & Europa ist aufgrund ihres Inhalts und ihres Erscheinungsbildes für jüngere LeserInnen unattraktiv geworden, weshalb sie heute über nur noch wenige LeserInnen bei den unter 30-Jährigen verfügt. Das Blatt verliert somit für die immer stärker jugendkulturell orientierte extreme Rechte an Bedeutung. Trotzdem sollte es als ideologievermittelndes Organ des Neofaschismus traditioneller Ausrichtung nicht unterschätzt werden. ★

[1] "Deutsche Annalen" 1972

Von Rainer Brahms

Neonazis mit neuem Aktionsfeld

Nationalismus & Tierrecht: »Ein Kampf, ein Gefecht!«

Als sich am 1. Mai 2007 der Naziaufmarsch in Dortmund in Gang setzte, staunten manche Betrachter nicht schlecht: "Der Ausbeutung der Tiere ein Ende machen" lautete die Parole eines Transparentes an der Spitze der Demonstration. Ähnlich muss es Polizisten im schwäbischen Laupheim sechs Wochen zuvor ergangen sein: Als sie am 18. März 2007 zu einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Jugendlicher und einer Zirkusfamilie im schwäbischen Laupheim gerufen wurden, stellten sich die Angreifer als sechs bekannte Neonazis heraus. Zuvor hatten sie Flugblätter mit der Internetadresse einer Gruppe namens "Nationale Sozialisten – AG Tierrecht" verteilt.

"Die AG Tierrecht setzt sich innerhalb des Nationalen Widerstands für die Rechte der Tiere und einen veganen Lebensweg ein", heißt es in einer Selbstdarstellung. Da Natur- und Tierschutz schon immer im Interesse des Nationalsozialismus gelegen hätten, sei es an der Zeit, "Stimme und Fäuste gegen die grausame Ausbeutung der Tierwelt durch den Menschen und für dessen egoistische Luxusbedürfnisse [zu] erheben". Die AG wolle Menschen "In- und Außerhalb der Bewegung für dieses Thema sensibilisieren" und trete "für den veganen Lebensweg" und die "gesetzliche Gleichstellung von Mensch und Tier" ein. Diese solle die Grundlage für eine Entwicklung hin zu einer "gerechten Lebensorganisation bilden, indem kein Tier mehr durch uns Menschen leiden und/oder sterben muss".

Die Forderungen der extrem rechten Tierrechtler unterscheiden sich damit kaum von denen der Tierrechtsszene nach einem Tötungsverbot für Tiere sowie dem Verbot von Tierversuchen, von Pelzen, Leder und Schurwolle. Allerdings fällt die in einem Interview geäußerte Forderung, es sollten "Kinderschänder statt Tiere für Versuche benutzt werden", aus dem Rahmen. Zudem verweisen die Rufe nach dem Verbot des von Juden und Muslimen praktizierten Schächtens und nach einem Importverbot für koscheres Fleisch auf die grundsätzliche politische Ausrichtung. Sie hat für die beteiligten Neonazis jedoch nach wie vor zentrale Bedeutung: "Muss ich mich für andere Rassen und deren Interessen einsetzen, wenn ich mich für die Belange der Tiere und unserer Umwelt einsetzen will? Die Antwort ist eindeutig: Nein!" Es dürfe schließlich "niemals vergessen werden, dass Grundlage unseres Kampfes – auch unseres Kampfes für die Rechte der Tiere – nichts anderes sein kann, als die Weltanschauung des nationalen Sozialismus".

Aktivisten in NRW

Bei der *AG Tierrecht* handelt es sich weniger um eine feste Gruppe, als vielmehr um ein Label, unter dem sich verschiedene Kleingruppen und Einzelpersonen zusammenfinden. Eine gemeinsame Website und einheitliche Aufkleber dienen Gruppen und einzelnen Neonazis als Struktur, um thematisch eingegrenzte Propaganda zu betreiben. Man begreift sich selbst als "loser Zusammenschluss".

Wenngleich der erste spektakuläre Auftritt nicht in Nordrhein-Westfalen erfolgte, so scheinen hier dennoch die Hauptaktivisten ansässig zu sein. Ob in Dortmund, Arnheim oder Lüneburg – immer sind es dieselben Neonazis, die mit Transparenten der "Arbeitsgruppe" aufmarschieren. Offensichtlich sind personelle Überschneidungen mit neonazistischen Gruppen aus dem Spektrum der "Autonomen Nationalisten" (AN). Propagandamaterial ist über den Dortmunder *Resistore -Versand* von **Dennis Giemsch** erhältlich. Das ist kaum verwunderlich, ist einer der Hauptaktivisten der *AG Tierrecht* doch Giemsch-Intimus **Alexander Deptolla** aus Dortmund. So überrascht auch nicht, dass der erste Anschlag von "anonymen sympathisanten der ag tierrecht", den die Webseite der "Arbeitsgruppe" Oktober 2007 stolz vermeldete, auf ein Pelzgeschäft in der Dortmunder Innenstadt verübt wurde.

Auch die *Autonomen Nationalisten Ahlen* machten zuletzt durch Tierrechtsaktionen von sich reden. Am 19. April dieses Jahres protestierten sie mit einem "Stop – Pelz ist Mord"-Transparent gegen die "Pelzindustrie".

Neonazis für Tierrechte?

Ganz neu ist das Engagement für Tierrechte nicht. Bereits im Mai 2006 beteiligten sich sächsische Neonazis in Dresden an einem bundesweiten Aktionstag der Tierrechtsszene. Nur mit Boxershorts bekleidet, protestierten sie mit einem Transparent "Lieber nackt als im Pelz" vor einem Bekleidungsgeschäft gegen den Verkauf von Pelzartikeln. Lediglich ein kleiner Verweis auf den verteilten Flugblättern

"AG Tierrecht" am 27. Oktober 2007 in Arnheim (NL)

zur Website des *Fallen Rain*-Magazins zeigte die politische Heimat auf. Das von einem niedersächsischen Neonazi herausgegebene Heft im Fanzine-Stil behandelt die gesamte Bandbreite umweltpolitischer Themen, fragt "Wie künstlich ist unser Essen?", berichtet über die Gefahren von genmanipuliertem Mais, das Atommüll-Endlager "Schacht Konrad", den Klimawandel, Vegetarismus, beschreibt Versuchsanordnungen bei Tierversuchen, ohne jedoch einen Hehl aus der offen neonazistischen Gesinnung zu machen. "Die Aktion ist ein hervorragendes Beispiel dafür, dass der Phantasie kaum Grenzen gesetzt sind. Natürlich ist diese Form des Protest nichts Neues! Doch es gilt gerade für die Zukunft, ein immer breiteres Spektrum an Themenfeldern aktiv in den Kampf einzubeziehen", hieß es 2006 begeistert in der zweiten Ausgabe des Magazins.

»Ein Teil der Tierrechtsbewegung«

Sowohl in der Tierrechtsszene als auch von AntifaschistInnen wird häufig vermutet, die Neonazis hätten vor allem das Ziel, mittels jugendkompatibler Themen neue MitstreiterInnen zu gewinnen. Sicher trifft dies zum Teil zu. Doch darüber hinaus sind es nicht ohne Grund "Autonome Nationalisten", die jetzt als Tierrechtler auftreten. Ist doch gerade bei ihnen der NS-Hardcore (NSHC) weit verbreitet, in dem mit Kritik an Alkohol- und Tabakkonsum sowie mit Statements pro Umweltschutz und Tierrechte weitere Elemente aus der eher linken Hardcore-Subkultur zunehmend Verbreitung finden.

Tierrechte sind ein unter Jugendlichen durchaus populäres Thema, und die Tierrechtsszene bietet durchaus ideologische Anknüpfungspunkte wie die Ablehnung des Schächtens oder den Vergleich der Fleischproduktion mit der industriellen Vernichtung der europäischen Juden. Nicht von ungefähr beziehen sich die Rechten gerne auf die Tierschutzorganisation *Peta* und insbesondere deren Kampagne "Der Holocaust auf deinem Teller". Auf der anderen Seite ist man bemüht, der radikalen Linken sowohl Themenfelder als auch potenzielle Aktivisten streitig zu machen. Die *Autonomen Nationalisten Erfurt* riefen beispielsweise zur Beteiligung an einer nichtrechten Tierrechtsdemo am 15. März 2008 in Erfurt auf.

Bewusst versucht man, die häufig links orientierte Tierrechtsszene zu irritieren: "Natürlich entsprechen wir nicht dem plumpen Erscheinungsbild eines ‚Fascho-Schlägers', wie es die ‚vegane Anifa' gerne hätte. Das wollen wir auch gar nicht, denn so sind wir nicht. Wir sind die nächste Generation. Wir sind ein Teil der Tierrechtsbewegung und werden es weiterhin sein, ohne dass ihr es wisst. Uns geht es um jedes einzelne Tierleben und nicht um politische Weltanschauungen. [...] Uns geht es um die Tiere, und euch?", so die *AG Tierrecht* in einem Kommentar. Ein Großteil der Tierrechtsbewegung habe sich "durch die Antifa instrumentalisieren lassen", so in Dresden beteiligte Neonazis. Tierschutz werde zu einem politischen Thema gemacht, obwohl es mehr mit Ethik und Moral als mit politischen Ansichten zu tun habe, so die wenig geistreichen Ausführungen.

"Von Seiten der politischen Linken wird uns vorgeworfen, dass wir die Tierrechtsbewegung nur instrumentalisieren und für unsere Zwecke missbrauchen wollen. Dabei wird verschwiegen, dass wir alle das gleiche Ziel – das Ende der Unterdrückung und Ausbeutung von Tieren – haben. Wie denkst Du über den Vorwurf? Mehr Nationalisten in die Tierrechtsbewegung oder mehr Tierrechte in die nat. Bewegung?", werden die rechten Tierrechtler im *Fallen Rain* gefragt. Bewusst habe man sich bei der Aktion nicht direkt als Neonazis zu erkennen gegeben, da es nicht primär darum gehe, zu zeigen, "dass der nationalen und sozialistischen Bewegung der Tier- und Naturschutz wichtig ist", sondern darum, "einen Impuls in den ‚eigenen Reihen' zu setzen".

Die Behauptung, es herrsche in der Szene eine "regelrechte Aufbruchstimmung in Bezug auf Umweltschutz, Vegetarismus/Veganismus und Tierschutz", wie es im *Fallen Rain* vollmundig heißt, scheint weit übertrieben: "Ich halte nicht soviel von solchen Organisationen, egal ob Tierschutz oder Naturschutz. Ich sehe nur das einzig wahre Naturgesetz – der Starke nimmt, der Schwache stirbt", so ein Neonazi in einem Internetforum. ★

Von Tanja Herrmann

»Anti-Islamisierungskongress«

Eine Zusammenstellung der Fakten

Die *Bürgerbewegung pro Köln* sowie deren landesweites Pendant, die *Bürgerbewegung pro NRW*, planen für den 19. und 20. September 2008 einen "Anti-Islamisierungskongress" in Köln. Erwartet werden mehrere hundert Besucher und Besucherinnen aus ganz Europa, die angekündigten Redner stammen aus dem Rechtsaußen-Spektrum Deutschlands und Europas. Allein der Untertitel des Kongresses "Nein zu Moscheebau, Nein zu Minaretten, Nein zu Muezzinruf" zeigt, dass es nicht um Islamismus, sondern um die Mobilisierung von Ressentiments gegenüber dem Islam geht. Mit dem Kongress soll ein medienträchtiger Auftakt des Wahlkampfes für die Kommunalwahl 2009 gesetzt und auch die internationale Kooperation im Hinblick auf eine "patriotischen Liste" für die zeitgleich zu den Kommunalwahlen stattfindenden Europawahlen im Juni 2009 unter Beweis gestellt werden.

Als Redner angekündigt sind:

Henry Nitzsche
Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland

Das ehemalige CDU-Mitglied **Henry Nitzsche** ist Vorsitzender der im Februar 2008 ins Leben gerufenen Wählervereinigung *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland*. Mit der Parole "Arbeit, Familie, Vaterland", die auch schon von der NPD verwendet worden war, hatte Nitzsche für die Bundestagswahl 2005 mit Plakaten geworben. Der Slogan war als "Travail, Famille, Patrie" Wahlspruch des französischen Vichy-Regimes unter Marschall **Pétain** während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg gewesen und diente als expliziter Gegenentwurf zu republikanischen Traditionen.

Im Dezember 2006 trat Nitzsche aus der CDU aus und ist nun fraktionsloses Mitglied des Bundestages. Das *Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland* erreichte bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2008 teilweise zweistellige Ergebnisse. Der aus der CDU wegen seiner antisemitischen Äußerungen ausgeschlossene Martin Hohmann ist Ehrenmitglied der Vereinigung.

Filip Dewinter, Vlaams Belang

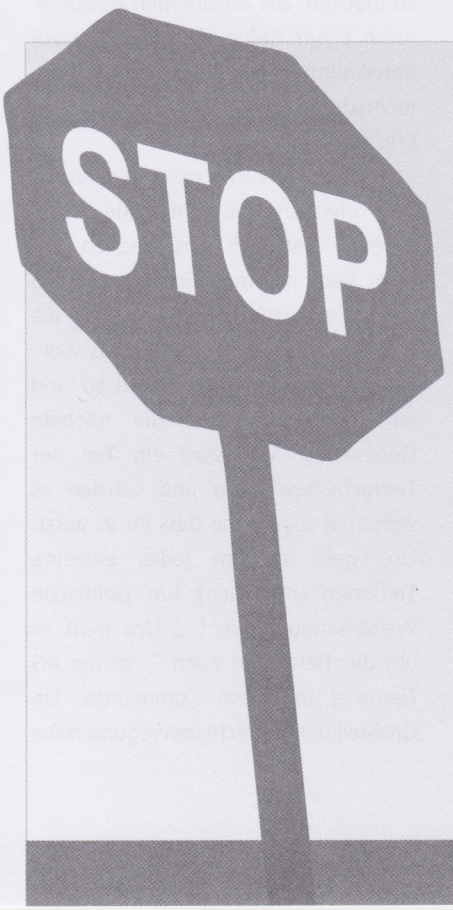
Filip Dewinter ist Fraktionsvorsitzender des separatistischen belgischen *Vlaams Belang* zu dem *pro Köln* ebenfalls enge Kontakte unterhält und der den "Anti-Islamisierungskongress" logistisch unterstützen soll. Der *Vlaams Belang*, der als "Rechtsextremismus in populistischer Gestalt" eingestuft wird, ging aus dem *Vlaams Blok* hervor, der 1978 gegründet und 2004 verboten wurde.

Mario Borghezio, Lega Nord

Die *Lega Nord* macht immer wieder mit "provokativen" rassistischen Aktionen auf sich aufmerksam. Der Europaabgeordnete **Mario Borghezio** wurde im Oktober 2005 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in Turin Zelte von Immigranten angezündet hatte.

Jean Marie Le Pen, Front National

Jean Marie Le Pen ist Vorsitzender des 1972 gegründeten *Front National* (FN). Kennzeichnend für den FN sind dessen anti-liberale Ausrichtung und die Agitation gegen Migranten, vor allem aus den Maghreb-Staaten. Le Pen wurde etliche Male rechtskräftig verurteilt, unter anderem wegen der Aussage "Ich glaube an die Ungleichheit der Rassen" und der Behauptung "Wenn wir nicht mehr 5 Millionen, sondern 25 Millionen Muslime in Frankreich haben, werden sie herrschen", die als Aufstachelung zum Rassenhass gewertet wurde.



Gegenaktivitäten

Blockade

Unter dem Motto "Internationalen RassistInnenkongress verhindern!" ruft ein großes Bündnis zur Massenblockade der Veranstaltung am 20. September auf. Unterstützt wird der Aufruf nicht nur von antifaschistischen Gruppen, sondern auch von KünstlerInnen, Kabarettisten, WissenschaftlerInnen und zahlreichen Kölner Kneipen, Clubs, Bands und DJs. Erwartet werden mehrere Tausend TeilnehmerInnen aus ganz Europa. Schon im Vorfeld gibt es verschiedene Blockade-Trainings und Veranstaltungen.

Weitere Informationen:
www.hingesetzt.mobi

1991 wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt auf Grund der Aussage: "Ich behaupte nicht, es habe die Gaskammern nie gegeben. [...] Aber ich glaube, dass es nur ein Detail in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ist."

Heinz-Christian Strache, FPÖ

Die FPÖ verbindet mit *pro Köln* eine langjährige Zusammenarbeit. Gegen den derzeitigen Vorsitzenden, **Heinz-Christian Strache**, wurden wegen Aussagen wie "Dank Schüssel und Co ist Österreich ein Magnet für Asylanten. Viel zu viele davon sind kriminell" Anzeigen wegen "Verhetzung" erstattet, es kam allerdings nicht zur Anklage. Am 23. August 2007 gab Strache im Rahmen einer Gerichtsverhandlung zu, zur neonazistischen und 1994 verbotenen *Wiking-Jugend* Kontakte gehabt zu haben.

Im Wahlkampf zur Nationalratswahl 2006 startete die FPÖ eine Kampagne mit Anzeigen und Plakaten, unter anderem mit Aussagen wie "Deutsch statt nix versteh'n", "Daham statt Islam" und "Pummerin statt Muezzin".

Andreas Mölzer, FPÖ

Andreas Mölzer ist Abgeordneter im Europaparlament und war dort Mitbegründer der rechtsgerichteten Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* (ITS). Er wurde auf Grund ständiger Angriffe auf die Parteispitze 2005 aus der FPÖ ausgeschlossen, was nach der Abspaltung der BZÖ wieder rückgängig gemacht wurde. Mölzer gilt als "Deutschnationaler", dessen Anliegen es nach Ansicht der Zeitschrift *Das Parlament* ist, "die völkische Weltanschauung und rechtsextremes Gedankengut salonfähig zu machen".

Harald Vilimsky, FPÖ

Harald Vilimsky, Generalsekretär der FPÖ, gilt als enger Vertrauter Straches. Er war u.a. beim Gründungsparteitag von *pro NRW* anwesend, um "die enge Partnerschaft zwischen den erfolgreichen rechtspopulistischen Formationen in Europa" zu vertiefen.

Harald Neubauer, Nation & Europa

Harald Neubauer war Mitglied der NPD und Generalsekretär und bayerischer Landesvorsitzender der Partei *Die Republikaner*. Nachdem er sich mit dem damaligen Vorsitzenden **Franz Schönhuber** überworfen hatte, gründete er zusammen mit anderen 1991 die *Deutsche Liga für Volk und Heimat*, der auch die jetzigen *pro*-Funktionäre **Manfred Rouhs** und **Markus Beisicht** beitraten. Er ist Vorstandsmitglied der *Gesellschaft für freie Publizistik*, die unter der Leitung des NPD-Kaders **Andreas Molau** als die "größte rechtsextremistische Kulturvereinigung" gilt.

Darüber hinaus sind Beiträge der *pro Köln*- bzw. *pro NRW*-Funktionäre Markus Beisicht, **Judith Wolter** und **Jörg Uckermann** angekündigt, deren Geschichte und Aktivitäten aus Veröffentlichungen der *LOTTA* hinreichend bekannt sind. Ursprünglich vorgesehen war der *British National Party*-Vorsitzende **Nick Griffin**, der jedoch stillschweigend von der Rednerliste verschwand. Offenbar ahnte die *pro*-Bewegung Ungemach: Der Rat der Stadt Köln und sogar die Bundesregierung sprachen sich, nicht zuletzt aufgrund der den Holocaust leugnenden Aussagen Griffins in der Vergangenheit, explizit gegen den Kongress aus. ★

Dieser Beitrag ist eine gekürzte und leicht modifizierte Fassung einer Zusammenstellung von Fakten über den rechtspopulistischen Anti-Islamisierungskongress von Alexander Häusler und Hans-Peter Killguss, der uns von den Autoren freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde.

Die Langfassung ist online verfügbar unter www.nsdok.de/ibs und *www.arbeitsstelle-neonazismus.de*

Kundgebung

Der Kölner DGB hat eine Unterschriftenaktion gestartet, die Polizei und Stadt auffordert, den Kongress zu verhindern. Für den 20. September selbst ruft der Gewerkschaftsbund zu einer Kundgebung auf, die sich nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Blockade verstehen soll.

Weitere Informationen:
www.region-koeln.dgb.de

Tagung

Am 13. September veranstalten die *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* im *NS-Dokumentationszentrum Köln* und die *Arbeitsstelle Neonazismus* der FH Düsseldorf mit Unterstützung der VHS Köln eine Tagung zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser Form von antiislamischem Rechtspopulismus.

Weitere Informationen:
www.nsdok.de/ibs

Antifa-Konferenz

Vom 5. bis zum 7. September organisiert der *Antifa-AK an der Uni Köln* eine Debatten-Konferenz "Feel the Difference". Am 19. September soll unter dem Motto "Fight the Game! – Rassismus, Nationalismus, Islamismus und Kapitalismus bekämpfen!" eine Demonstration stattfinden.

Weitere Informationen:
http://akantifa.servmax.de

Tag gegen Rechts

Die *Schüler gegen Rechts*, die ebenfalls zu Blockaden aufrufen, veranstalten am 6. September einen "Tag gegen Rechts" mit zahlreichen Workshops für SchülerInnen.

Weitere Informationen:
www.sgr-kongress.de

Von Christian Grünert

»Ästhetisierung von Gewalt, Militanz und Männlichkeit«

Eine Replik von LOTTA-Autor Christian Grünert

Der Artikel "Von gestern.." von **August Lindler** im Schwerpunkt "Autonome Nationalisten" in *LOTTA* #31 (S. 12) kritisiert die habituelle Praxis der "Autonomen Nationalisten" schlüssig, sein Autor verfehlt jedoch das Thema hinter dem Phänomen "Autonome Nationalisten". Dies sind die rechtsextremen "Entwendungen aus der Kommune", wie **Ernst Bloch** seine Beobachtungen der Selbstinszenierung der NS-Bewegung in ihrer Aufstiegsphase nannte.

Am Beispiel der AN muss also erneut diskutiert werden, aus welchem Grund zuvor als eindeutig links konnotierte habituelle Formen durch die extreme Rechte zu enteignen sind.

Bereits am Ende der Weimarer Republik war zu beobachten, wie die NS-Bewegung in der Inszenierung von Radikalität Bezug auf Traditionsbestände der Arbeiterbewegung und ihres linksradikalen Flügels nahm. So enteignete die NS-Bewegung Formen der Massenveranstaltungen, der politischen Agitation sowie der Lieder und die politisierende Durchdringung der Alltagskultur aus der politischen Linken. Es waren nur wenige im Umfeld der Arbeiterbewegung wie **Karl Korsch**, **Magnus Hirschfeld** und **Walter Benjamin**, die die Militarisierung der eigenen linken politischen Kultur als Antwort auf diese Formen faschistischer Vergemeinschaftung (**Reichardt**) kritisierten. Im Exil fragten sich Sozialdemokraten und Kommunisten gleichermaßen, welche Formen politischer Sozialisationsangebote an die "Massen" zu deren Faschisierung beigetragen hatten. Nun lasen sich die Prophezeiungen **Siegfried Krakauer**s und **T.W. Adorno**s zur Verfasstheit der politischen Kultur der Endzeit der Weimarer Republik wie brennende Zeichen an der Wand.

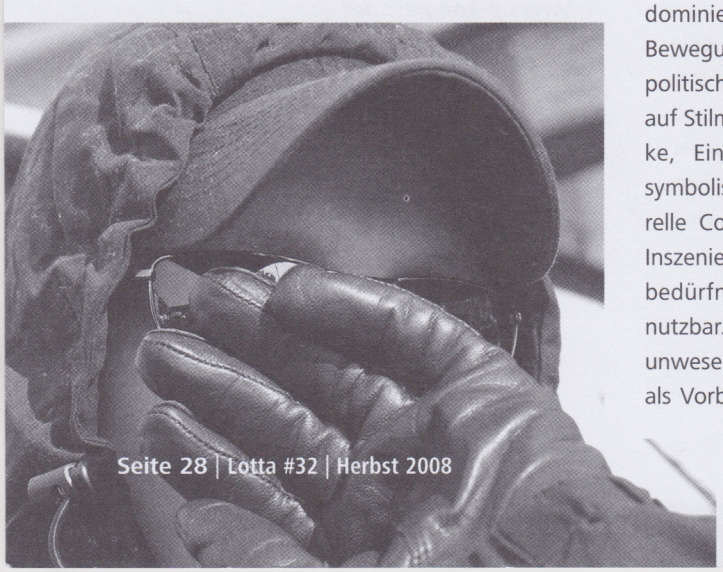
Ein ähnlicher Prozess der Aneignung und Enteignung ist seit Jahren im Bereich extrem rechter Jugendkultur zu beobachten. Die enteigneten jugendkulturellen Akteure wehren sich zwar mit einem verstärkten Binnenidentitätsdiskurs gegen die Nutzung von rechts. Ein Mittel dagegen ist jedoch bisher nicht gefunden.

Uniformen und Differenz der Emanzipation

Dass Emanzipation der Differenz und nicht der Uniformität bedarf, ist zwar schon bei **Marx** zu lesen, ging aber in der autoritären Rezeption eines Begriffs von Kollektivität durch die dominierende Strömung der linken Bewegungen unter. Diese griff in ihrer politischen Bilderwelt immer wieder auf Stilmittel zurück, deren Form Stärke, Einigkeit und Entschlossenheit symbolisierte. Offenbar ist der kulturelle Code der Autonomen in seiner Inszenierung für die Modernisierungsbedürfnisse der extremen Rechten nutzbar. Das hat seine Ursache nicht unwesentlich darin, dass die den AN als Vorbild geltenden Autonomen der 1980er und 1990er Jahre selbst auf die Ästhetisierung von Gewalt, Militanz und Männlichkeit setzten, was trotz vieler kritischer Reflexionen in der Szene bis heute das Erscheinungsbild antifaschistischer Demonstrationen prägt. Diese vermitteln eben in erster Linie die Inszenierungsform einer politischen Bewegung, wohingegen die Inhalte auf der Strecke bleiben.

Die *LOTTA*-Autoren legen zu Recht Wert darauf, dass sich hinter den ANs keine der linken Tradition vergleichbare soziale Praxis verbirgt. Dies übersieht jedoch den Kern des Problems. Die AN *werden* in Medien und Politik als Autonome wahrgenommen. Angesichts dessen darauf zu beharren, man habe die Lizenzrechte dafür, was wirklich autonom sei, ist nur eine hilflose Geste.

Maßgeblich für die gesellschaftlichen Wahrnehmung ist eben nicht nur, wofür man gehalten werden möchte, sondern wofür man im Zweifel gehalten wird. In dem Moment, in dem Flüchtlinge und Migranten, andere alternative Jugendliche und potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt schwarz gekleidete politische Aktivist/innen für eine potenzielle Bedrohung halten, da sie nicht sicher sein können, dass es sich bei ihnen nicht um Neonazis handelt, sollten linke (Post-)Autonome überdenken, ob ihr Habitus (Form) nicht mit ihren politischen Zielen und ihrer Praxis kollidiert. Dies bedeutet, mit der Fetischisierung der Ambivalenz des Images des "Black Block" als Zeichen von Radikalität zu brechen und nach anderen Formen der politischen Selbstinszenierung zu suchen, die gegen Enteignungen resistenter sind. ★



Von Jan Spreuk und August Lindler

Risiken und Nebenwirkungen

Henryk Dykiers Träume von der goetheanistischen Revolution

Mit beiden Beinen auf dem Boden der Verfassung stehend, Vertreter des gesunden Menschenverstandes in der Politik, durch und durch seriös: So sieht sich die "Bürgerbewegung pro NRW". LOTTA-Leser wissen, dass es damit nicht weit her ist. In den Reihen von "pro NRW" tummeln sich Funktionäre, die mindestens ein Bein noch fest in der extremen Rechten haben – aber auch einige Irrlichter. Der Essener Apotheker Henryk Dykier gehört zu letzterer Kategorie.

Irgendwann – der Zeitpunkt lässt sich nicht genau festlegen -, ist es **Henryk Dykier** zu uninteressant geworden, hinterm Ladentresen stehend nur Sälbchen gegen Fußpilz und Zäpfchen gegen Hämorrhoiden zu verkaufen. Der – bei Apothekern ja auch ganz praktisch – naheliegenden Versuchung, zu stimulierenden oder dämpfenden Substanzen zu greifen, hat er allem Anschein nach erfolgreich widerstanden. Immun gegen Langeweile und berufsbedingte Gefährdungen macht ihn sein Glaube an den "Goetheanismus", eine, wie es in einem Glossar auf der Dykier'schen Internetseite heißt, "ganzheitliche, vorurteilslose, lebendige Weltanschauung", die zugleich gar "Endpunkt der religiösen Entwicklung" sei, "die Quintessenz aller Religionen".

Ein "Evolutionscafe" hat der Apotheker ins Leben gerufen. Da werden wesentliche Fragen erörtert: "Wie werde ich ein wahrer Mensch? Wie bleibe ich seelig-geistig gesund?" Nichts Geringeres als "Erkenntniskunst" will Dykier dort vermitteln und zwar als "Entwicklungsbegleiter SUE". SUE, das muss man wissen, ist die Abkürzung von "Sonne und Erde". So nennt der anthroposophisch orientierte "Entwicklungsbegleiter" sein "Evolutionscafe", das in seiner Vorstellungswelt zugleich als "direkt – demokratisch wirksames Institut" zur Rettung der Menschheit dienen soll. "Ich bin der sprechende Urgrund", so der selbst ernannte Prophet. "Pigmaei gigantum humeris impositi plusquam ipsi gigantes vident" (Auf die Schultern von Riesen gestellte Pygmäen sehen mehr als die Riesen selbst) – so hieß der berühmte Ausspruch in einer Schrift des Theologen und Mystikers Diego de Estella über den Evangelisten Lukas, den sich der Apotheker aus Essen zum Leitsatz erkoren haben könnte. So muss der Todestag des deutschen Vorzeigedichters herhalten für das Startsignal zum Dykier'schen Aufbruch: "Zum 176. Todestag von Goethe am 22. März erhebt der erkenntniskünstlerische Impuls ‚Sonne und Erde' den Anspruch für alle bekennenden Deutschen im Sinne Goethes zu sprechen."

War der alte Goethe noch skeptisch gegenüber dem bürgerlichen Revolutionsgebaren im französischen Nachbarland, so gibt der selbst ernannte geistige Erbe aus dem "Evolutionscafe" der Essener Adler-Apotheke das Signal zum nationalen Aufstand: "Weiterhin ruft das goetheanistische Institut dazu auf, im BRD-Herrschaftsbereich eine neue ethnische Religiösität zu entwickeln und die antideutsche politische Klasse mit prodeutschen geistigen Begegnungsstätten anzugreifen." Eine pro-deut-

sche Bewegung, die eine nationale Erhebung plant – da scheint der Schritt nicht weit bis zum "Aufruf zur goetheanistischen Revolution!", erlassen von Dykier höchstselbst am 6. April 2008 und gerichtet an die "Volksdeutschen". Keine Revolution ohne große Säuberung, dachte sich wohl ihr Anführer und schob knapp eine Woche später die Ankündigung nach, die "hochverräterische Machtelite" werde sich einem "goetheanistischen Revolutionstribunal" zu stellen haben. "Selbstverständlich hat dieser berechtigte Aufstand ohne Gewaltanwendung zu erfolgen", betont der Revolutionär aus Essen-Burgaltendorf. Mit welchem Strafenkatalog sein Tribunal aber auf Hochverrat reagieren wird, ob man es in minderschweren Fällen beim wiederholten Rezitieren des "Faust" belassen kann, verrät er uns leider nicht.

Klar ist aber, gegen wen sich der Dykier'sche "Sturm auf die Bastille" richten wird. Mit allen nimmt er es auf: vor allem mit der "antideutschen Viererbande, bestehend aus der CDU – CSU, SPD – Die Linken, den Grünen und der FDP", die "in jeder Hinsicht die Grundlagen für die Vernichtung des autochthonen deutschen Volkes geschaffen" habe.

Ein Neonazi ist der Essener Apotheker beileibe nicht. Er sieht sich vielmehr als Vertreter einer "staatstragenden Mitte" und das von der "Entdeutschung" bedrohte Volk quasi als Opfer einer nazi-ähnlichen Macht. Da ist eine "rot-grüne Gestapo" am Werk. Da wird konstatiert: "Auch wenn die staatliche Gewalt noch nicht direkt, wie im Dritten Reich, staatsterroristisch vorgeht, deuten aber alle Zeichen in diese Richtung." Da erkennt Dykier in der politischen Praxis "die Methoden aus der Nazi-Zeit" und "die Wesensverwandtschaft des BRD-Regimes mit dem Hitlerregime".

Dagegen gilt es, Widerstand zu leisten: "Das deutsche Volk will nun hier und jetzt sich selbst regieren, wie jedes andere Volk auch." Mitbestimmungsrechte und Wahlrecht für Ausländer, multikulturelle Integrationspolitik – all das rückt das "BRD-Regime" für den goetheanischen Revolutionär in die Nähe des NS-Regimes. Der Feind ist klar erkannt: "Eine eigene Kultur mit einer Verfassung im eigenen Herrschaftsbereich soll es für Deutsche nicht geben, aber für Nichtdeutsche", so Dykier, der sich scheinbar in einem religiös-völkischen Armageddon wähnt: "Was kann das autochthone Urvolk gegen die kommende linksreaktionäre, totalitäre Apartheidpolitik in der Mitte Europas tun?"

Was manch Eine/r schlicht als völkischen Rassismus interpretieren könnte, ist für Dykier ein Ringen um eine "anstehende Kulturrevolution in Deutschland". Der goetheanistische Revolutionär sieht noch Licht am Ende des Tunnels: "Um noch mehr Menschen für einen evolutionären Systemwechsel in Deutschland zu gewinnen, habe ich mich entschlossen, alle 2 Wochen (...) einen Gemeinschaftstag in Essen-Burgaltendorf einzurichten."

Man muss das Raunen aus Burgaltendorf nicht unbedingt verstehen, man muss nicht wirklich genau wissen, was der "Erkenntniskünstler" meint, wenn er schreibt: "Das BRD-Regime ist illegal und muß durch einen Verlebendigungsvorgang in die organische Ganzheit wieder eingefügt werden." Es reicht bereits zu wissen, warum aus seiner Sicht das deutsche Volk das Recht zum Widerstand in Anspruch nehmen kann und muss: Zum Katalog der "staatsterroristischen" Tatsachen rechnet der Essener Revolutionsführer die "Einführung einer multikulturellen Staatskirche", "Gesinnungszwang", "Verstaatlichung der Rechtsschreibung und damit Schaffung einer Systemschreibe", "Abschaffung der Deutschen Mark", "Abtreibungspraxis, Männerdiskriminierung, Unterdrückung der ethnisch-deutschen Minderheit, bürokratische Fremdbestimmung", usw. usw.

Die Anhänger des "antideutschen Propheten Ilja Ehrenburg" befänden sich "an den Schaltstellen der Macht und warten nur darauf seine Ideologie bis zur Endlösung der deutschen Frage im Sinne ihrer Losung ‚Deutschland verrecke' umzusetzen", brabbelt es aus dem Apotheken-Hinterzimmer. Doch es gibt noch Hoffnung, da ja auch "der wahre Kern des Deutschtums" noch besteht: "Wenn in Deutschland die Politik der herrschenden Klasse die staatstragende, grundgesetztreue Mittelschicht zur politischen Minderheit macht, die erkenntniskünstlerische Untersuchung bestimmter Themen mit größter Tragweite tabuisiert und das Grundgesetz in vielen Fällen außer Kraft setzt, dann hat die basisdemokratische *Bürgerbewegung ‚Pro-NRW'* nicht nur ihre Daseinsberechtigung, sie ist sogar von der Evolution gewollt."

Denkformen, die "prodeutsch, vielleicht sogar totalketzerisch sind", seien "nicht rechtsradikal, sondern ganzheitliche, erkenntniskünstlerische Darbietungen eines völlig freien Menschengeistes jenseits von gut und böse", notierte der Goethianer im Editorial seiner Homepage. In Köln pflegt man zu sagen: "Jeder Jeck es anders", wenn man die eigene Toleranz betonen möchte. Die in der Domstadt residierenden Oberen der *pro* -Bewegung waren jedenfalls so tolerant – oder auf wirklich jeden Unterstützer angewiesen -, dass sie Dykier im September 2007 in ihren Landesvorstand wählen ließen. Seit Februar ist er zudem Mitglied des Bezirksvorstands Ruhrgebiet, seit Juni stellvertretender Kreisvorsitzender in Essen.

Inwieweit sich allerdings der in der Domstadt neu gegründete *Arbeitskreis Christen pro Köln* mit dem Goetheanismus des Essener Apothekers und dessen "angedachten anthroposophischen Wächterrat" verträgt, kann noch nicht beantwortet werden. *LOTTA* empfiehlt den Aufbau eines "Arbeitskreis interreligiöser Dialog pro NRW" – mit Henryk Dykier als Dialogbeauftragtem! ★

Aufmarsch-Splitter

31. Mai 2008, Emmerich und 14. Juni, Kleve

Zu einer "Mahnwache" mobilisierte der NPD-Kreisverband Krefeld/Kleve am 14. Juni nach Kleve. "Der neu gegründete Ortsverband der NPD in Kleve" habe bereits zuvor am 31. Mai eine "sehr gut besucht[e] ... Mahnwache mit Musikunterstützung in Emmerich" durchgeführt. Ein Infostand in Kleve am 6. Juni aber sei "von der Klever Polizei mutwillig und auch rechtswidrig Behindert" worden, weswegen "noch vor Ort eine Mahnwache gegen Behördenwillkür am 14.06 anmeldet" worden sei. Nur zirka 20 "Kameraden" waren am angekündigten "guten Rednerprogramm" (**Patrick Flach** und **Benedikt Hummel**, beide NPD Kleve, und der Kreisverbandsvorsitzende **Lars Spönlein**) und "der musikalischen Unterstützung" interessiert. Doch es reichte, um mehrere Stunden ungestört in einer gut gefüllten Fußgängerzone weit hörbar Reden zu halten, die "Schulhof"-CD hoch und runter zu spielen, Flugblätter an Passanten zu verteilen und ein Transparent mit der Forderung "Todesstrafe für Kinderschänder" zu präsentieren.

28. Juni 2008, Hamm

Nur 23 Neonazis nahmen aus Anlass einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Fans nach dem EM-Spiel Deutschland-Türkei an einer kurzfristig angemeldeten Kundgebung der *Kameradschaft Hamm* "Gegen Inländerfeindlichkeit und türkischen Chauvinismus – Für einen deutschen Nationalstolz, nicht nur zur Fußball-EM!" auf dem Hammer Bahnhofsvorplatz teil. Neben zwei hessischen "Ersthelfern" reiste auch **Christian Worch** aus Hamburg an und brachte seine Lautsprecheranlage mit. Neben Worch redete nur **Sascha Krolzig**. Der NPD-Kreisverband Unna/Hamm wurde durch **Hans Jochen Voß** vertreten. Der lokale *Sturm Werries* konnte nicht teilnehmen, seine Mitglieder waren auf eine "geile feucht fröhliche Tour" gegangen.

5. Juli 2008, Gladbeck und Recklinghausen

Am 5. Juli versammelten sich zirka 160 Neonazis zu einer Kundgebung in Gladbeck. Diese Kundgebung sollte der Endpunkt der rassistischen Kampagne "Wir sagen nein" gegen den Bau einer Moschee in Gladbeck sowie das Ausländerwahlrecht sein. Organisiert wurde sie aus den Reihen der *AG Ruhr-Mitte*. Als Versammlungsleiter fungierte der Dortmunder **Dennis Giemsch**. Insgesamt traten acht Redner an das Mikrofon: Giemsch selbst, **Dieter Riefling**, **Julian Engels** aus Essen sowie Vertreter neonazistischer Gruppierungen aus Marl, Gladbeck, Gelsenkirchen und Schaumburg. Nach Abschluss der Kundgebung machten sich die Neonazis auf zum Essener Hauptbahnhof, wo sie Flugblätter verteilten. Anschließend bestiegen etwa 50 von ihnen einen Zug Richtung Recklinghausen. In Recklinghausen angekommen, führten sie eine spontane Demonstration durch.

12. Juli 2008, Bonn

"Freie Kräfte" rund um das *Aktionsbüro Mittelrhein* führten am 12. Juli in Bonn-Duisdorf mit Unterstützung der NPD eine Demonstration "Für Meinungsfreiheit, gegen staatliche Zensur!" gegen die "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien" durch. Zirka 230 Personen nahmen teil. Als Anmelder und Versammlungsleiter betätigte sich der Grevenbroicher **Christian Malcoci**, unterstützt von **Sven Skoda** aus Düsseldorf. Als Redner traten Skoda, der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** sowie **Axel Reitz** auf. Außerdem wurden Grußworte des US-amerikanischen Neonazis **Gary Rex "Gerhard" Lauck** von der NSDAP-AO sowie des *Deutschen Rechtsbüros* verlesen. Nach Beendigung des Aufmarsches durchsuchte die Polizei den Lautsprecherwagen und beschlagnahmte CDs und Computer.

19. Juli 2008, Krefeld

Anders als zuvor angekündigt, führte der NPD-Kreisverband Krefeld / Kleve am 19. Juli nur zwei von vier geplanten Infoständen in der Krefelder Innenstadt durch. Auch eine anschließend vorgesehene "Großkundgebung" auf dem Theaterplatz blieb weit hinter den Vorstellungen des Kreisverbandes zurück. Von den angekündigten 80 Teilnehmern erschienen nur knapp 20. Da die Lautsprecheranlage defekt war, verzichtete der Anmelder **Lars Spönlein** auf die geplanten Redebeiträge.

23. August 2008, Düsseldorf

80 Personen beteiligten sich am 23. August an einer Kundgebung "Gegen die Fälschung der Geschichte der Rußlanddeutschen" vor dem Landtag. Veranstalter war die NPD-nahe *Schutzgemeinschaft 'Deutsche Heimat' der Deutschen aus Rußland e.V.* aus Hürtgenwald (Kreis Düren), deren Vorsitzender **Johann Thießen** und 1. stellvertretender Vorsitzender **Andrej Triller** dem *Arbeitskreis Russlanddeutsche in der NPD* angehören. Auch der NPD-Bundesverband und die *Aktionsfront Meerbusch* hatten für die Kundgebung mobilisiert. Als Redner trat neben NPD-nahen russlandeutschen Vertretern auch der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** auf. Ebenfalls vor Ort war der ehemalige JN-Landesvorsitzende **Thorsten Crämer** aus Schwelm.

RechtsRock-Splitter

Wewelsburg Records aktiv

Das Bielefelder Label *Wewelsburg Records* ist weiterhin aktiv. Ende Mai erschien auf dem von **Hendrik Stiewe** betriebenen Label die neue CD "Revolution" der Bremer Rechts-Rock-Band *Hetzjagd*.

Schwarz-Rot-Geil

Auch diverse RechtsRock-Bands wollten Teil des nationalen EM-Taumels sein. So veröffentlichte das Label *PC-Records* die CD "Schwarz-Rot-Geil – Lieder zur Fußball Europameisterschaft 2008", die gerade einmal drei Lieder im nationalistischen "Hurra wir werden siegen"-Tonfall enthält. Neben der Band *Dritte Halbzeit* aus Mecklenburg-Vorpommern sind die eng miteinander verwobenen Bands *Ruhrfront* und *Sturmwehr* aus Gelsenkirchen mit je einem Lied vertreten.

Kameradschafts-Konzert

Für den 9. August 2008 mobilisierte die *Kameradschaft Höxter* zu einem Konzert im Raum Paderborn. Spielen sollten *Cherusker*, *Hetzjagd*, *Sense of Pride* und die *Angry Bootboys*. Da die Polizei den ersten Konzertort ausfindig machte, waren die Kameraden gezwungen, das Konzert nach Tietelsen zu verlegen. Immerhin zirka 150 Teilnehmer lauschten dort der Musik, die durch den ganzen Ort zu hören war. Die Polizei war zwar vor Ort, brach das Konzert jedoch nicht ab.

Banalität des Blöden

Bereits am 23. Februar 2008 hatten die *Autonomen Nationalisten Ahlen* in Kooperation mit der *Kameradschaft Hamm* in Ahlen eine Veranstaltung unter dem Titel "Gegen die Banalität des Blöden" durchgeführt. Damit den Kameraden nicht bei Rednern wie **Rigolf Hennig** langweilig wurde, spielte im Beiprogramm der Liedermacher **Bernd Breuer** (**"Bernd B."**) aus Datteln. Ob seine Texte dem Motto der Veranstaltung entsprachen, ist nicht bekannt.

Kategorie-C-Nachfolger?

Während die Bremer Hooligan-RechtsRock-Band *Kategorie C* durch ihre Distanzierungen in der Szene an Ansehen verliert (*vgl. LOTTA #31*), wird die Rheinbacher Band *Pro Violence* als möglicher Nachfolger gehandelt. Die Band veröffentlichte dieses Jahr in Eigenregie ihre CD "Fußballkrieg". Inhaltlich geht es vor allem um Fußball und Gewalt. Aber auch ein Lied gegen Kinderschänder und über "Straight Edge" sind auf der CD zu finden.

Ian-Stuart-Gedenkkonzert

Für den 6. September 2008 kündigte *Blood & Honour* ein Gedenkkonzert für ihren Gründer **Ian Stuart** an. Der in der Szene kursierende Flyer ist in deutscher Sprache, mit *Oidoxie, Sturm 18* und *Blitzkrieg* kommen drei der sechs genannten Bands aus der BRD. Vermutlich wird das Konzert jedoch wieder in Belgien stattfinden. Aus der Szene gibt es reichlich Kritik an dem Konzert: "Am 06.09. ist auch der Antikriegstag in Dortmund, komischerweise werden solche Konzerte meistens an so Tagen angemeldet. War schon öfter so...".

Winter ade – Scheiden tut weh

Zur Verabschiedung des Schaumburger "Kameradschaftsführers" **Markus Winter**, der am 14. Juli eine neunmonatige Haftstrafe anzutreten hatte, organisierten seine Kameraden am 12. Juli 2008 ein Konzert in einer Leopoldshöher Tennishalle. Zirka 150 Teilnehmer kamen, die unter den Augen der Polizei dem Debütauftritt der Band *Bitchbangers* lauschten.

Kurz und bündig

Schon seit 2004 besteht die Düsseldorfer Band *Non Plus Ultra*. Zu einer Voll-CD hat es trotzdem bisher nicht gereicht. Jüngst erschien jedoch beim bayrischen *Streetfight-Versand* eine Mini-CD. Musikalisch, stilistisch und inhaltlich präsentiert sich die Band, als sei sie den späten 1980er Jahren entsprungen: rumpelnder Streetpunk, Domestos-Jeans und Bomberjacken zur Glatze sowie Titel wie "Made in Germany" und "Skinhead Girl".

Rotte Charlotte

Was dabei wohl rauskommt, "wenn sich ein paar langjährige Freunde, mit reichlich Musikerfahrung in unterschiedlichen Genres, zusammen tun, um geradaus drauf los zu rokken", fragt das sächsische Label *PC Records*, um gleich darauf die Antwort zu geben: "'Rotte Charlotte'! Die Jungs vom Niederrhein – genauer gesagt aus der Ecke Mönchengladbach." Die "Jungs" der neuen RechtsRock-Band *Rotte Charlotte* hatten gerade ihre erste CD mit dem Titel "Kein Titel – Keine Toleranz!" veröffentlicht. In den Internetforen ist man sich sicher, dass es sich um ein Projekt des *Divison Germania*-Sängers **Andreas Koroschetz** handelt.

Lethargie Absolut

Diesen Titel wählte der Liedermacher **Jan Peter Kerstin** aus Lippstadt für seine beim Chemnitzer Label *PC-Records* erschienene neue CD. Darauf beweint er die Zustände in der BRD und hofft, dass die Kameraden ihre Lethargie überwinden. Laut Angaben des Labels wirkt Kerstin auch bei den Bands *Sleipnir, Projekt Vril* und *Veritas Incvictus* mit. Seine Aktivitäten bei der *Onkelz*-Cover-Band *Falsche Propheten* verschweigt das Label wohlweislich.

NPD-Splitter

» "Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben. Man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken", formulierte einst der österreichische Publizist **Karl Kraus**. Die NPD existierte seinerzeit noch nicht. Aber deren Oberhausener Kreisverband und **Stephan Meise**, Kreistagsmitglied im Rhein-Sieg-Kreis, werden der Kraus'schen Anforderung durchaus gerecht. Meise referierte am 2. Juni bei der NPD Oberhausen über Kommunalpolitik und wusste – zitiert vom NPD-Kreisverband – zu berichten, der "kommunale Alltag" sei "oft von einer dichten Tarnkappe, hinter der getäuscht wird, verdeckt". Sorgen macht er sich wegen einer "Tibetisierung", einem "kulturellen Völkermord", im heimischen Sprengel: "Bedenkt man, dass im Rhein-Sieg-Kreis, so der Referent, bereits in 20 Jahren mehr als die Hälfte der Einwohner einen ‚Migrationshintergrund' hat, ist die Parallele unübersehbar." Die Oberhausener NPD kündigte für das zweite Halbjahr 2008 eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit an, beginnend mit Verteilaktionen in den Ortsteilen Styrum und Altstadt-Mitte.

» **Timo Pradel**, Kreistagsmitglied im Märkischen Kreis und Landesvorstandsmitglied, will 2009 als Bürgermeisterkandidat der NPD in Iserlohn antreten. **Stephan Haase**, Kreisvorsitzender im MK und stellvertretender Landesvorsitzender, soll Bürgermeisterkandidat in Lüdenscheid werden. Auch für beide Stadträte will die NPD antreten, außerdem zur Kreistagswahl im gesamten Märkischen Kreis. Ein Landratskandidat wird noch gesucht. In Iserlohn solle "im Superwahljahr 2009" eine "Großveranstaltung der Partei" stattfinden, "welche es in dieser Größenordnung bisher noch nicht gegeben hat".

» **Nicole Schonhofen** wurde beim Kreisparteitag der NPD Düsseldorf/Mettmann am 27. Juni als neue Vorsitzende gewählt. Ihre Stellvertreter sind **Andre Blöß** und **Manfred Breidbach**. Als Beisitzer fungieren **Liane Berger**, **Andreas Büchner**, **Andreas Hülsmann** und der Solinger Ortsverbandsvorsitzende **Oliver Klas**. Dem Vorstand gehört zudem der stellvertretende Landesvorsitzende **Detlev Hebbel** an.

» Als Beisitzer im Bundesvorstand der *Kommunalpolitischen Vereinigung* der NPD wurde am 21. Juni das Stolberger Ratsmitglied **Willibert Kunkel** gewählt. Zuvor war er stellvertretender Vorsitzender der NPD-Kommunalpolitiker.

» **Olaf Rose**, inzwischen Mitglied des NPD-Bundesvorstands, ist wieder einmal auf Tournee, um seine Theorie vom "Mord" an **Rudolf Heß** an die Kameradinnen und Kameraden zu bringen. Mit ihm diesmal unterwegs: der Krankenpfleger **Abdallah Melaouhi**, der Heß im Kriegsverbrechergefängnis in Spandau betreute. Unter anderem gastierten die beiden am 6. Juni unter dem Motto "Räder müssen rollen ...für die Wahrheit" bei einer Veranstaltung des NPD-Kreisverbandes Düren sowie am Tag darauf bei der NPD Unna – in Unna vor angeblich 200 Zuhörern von NPD, DVU, *Republikanern*, "Freien" und "Autonomen Nationalisten".

» Im Rahmen der Mitte Juli gestarteten "landesweite Kampagne" gegen "die immer weiter voranschreitende Überfremdung" fand am 26. Juli eine erste größere Veranstaltung zum Thema in Dortmund-Eving statt, organisiert vom NPD-Kreisverband und einem *Arbeitskreis für politische Bildung*. Redner waren **Matthias Wächter** von der Dortmunder NPD, das DVU-Stadtratsmitglied **Axel Thieme** sowie **Dirk Chittka**, der als Mitglied des *Arbeitskreises für politische Bildung* vorgestellt wurde.

Vorsitzende der NPD Düsseldorf/Mettmann: Nicole Schonhofen (links hinten)

» Am 18. August teilte der NPD-Landesverband mit, im Kreis Unna habe am 16. August "im Zuge der landesweiten Kampagne ‚Deutsche wehrt Euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität!'" eine Veranstaltung mit 100 Teilnehmern stattgefunden. Als Redner seien der Kreisvorsitzende **Hans Jochen Voß** (Unna), das DVU-Ratsmitglied **Axel Thieme** (Dortmund), sowie "einer der bedeutensten deutschen Bevölkerungswissenschaftler" aufgetreten. Da letzterer "auch für öffentliche Einrichtungen tätig" sei, wolle man seinen Namen nicht nennen. Die Veranstaltung fand in Holzwickede-Opherdicke statt.

» Der "freie" Neonazi **Axel Reitz**, der Dürener NPD-Kreisvorsitzende **Ingo Haller** und sein Stellvertreter **Rene Laube** sprachen bei einer Sonnenwendfeier am 21. Juni in Düren. Laube, so berichtete die NPD, habe den offiziellen Teil der Veranstaltung mit dem "Feuersprung" beendet – es war wohl ein eher kleines Feuer.

» Der NPD-Kreisverband Wesel/Borken hat Ende Juli drei Stadtverbände gegründet. Stadtvorsitzender für Wesel/Hamminkeln wurde **Dennis Bongers** (27), für Dinslaken/Voerde **Daniel Krug** (26) und für Borken/Bocholt **Sascha Meier** (23), der auch als Kreisvorsitzender fungiert. Sowohl in Borken als auch in Borken will die NPD 2009 für die Kreistage kandidieren.

» Kommt in die seit Jahren daniederliegenden *Jungen Nationaldemokraten* in NRW wieder Leben? Ende Juli führten sie in Mülheim einen Infostand durch. Dort verfügen die JN eigenen Angaben zufolge über einen Stützpunkt. In Krefeld gründete sich Anfang August ein neuer JN-Stützpunkt. Erste öffentliche Aktivität war eine "Mahnwache" am 9. August in der Innenstadt, bei der knapp 20 Teilnehmer die "Todesstrafe für Kinderschänder" forderten.

» **Mathias Bachmann** und **Dieter Schulz**, Stadtratsmitglieder der NPD in Witten, sind im ersten Anlauf mit ihrem Versuch gescheitert, eine höhere finanzielle Förderung für ihre Ratsfraktion zu erzwingen. Per einstweiliger Verfügung wollten sie erreichen, dass sie zusätzlich zu den städtischen "Zuwendungen zur Geschäftsführung" in Höhe von 6.000 Euro jährlich weitere 20.000 Euro aus der Stadtkasse erhalten. Damit wollten sie einen Fraktionsmitarbeiter bezahlen. Außerdem beanspruchten sie einen Büroraum für sich. Das Verwaltungsgericht Arnsberg lehnte Ende Juli den Antrag der NPD-Fraktion auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ab, meldete aber zugleich Bedenken an, "ob es mit dem Gleichheitssatz vereinbar sei, der Antragstellerin insgesamt 6.000 Euro, einer anderen dreiköpfigen Fraktion hingegen rund 33.000 Euro zukommen zu lassen".

REP-Splitter

REP-Krüger kann's nicht lassen

Jürgen Krüger (43), Ratsmitglied der *Republikaner* in Düsseldorf, tritt bei der Oberbürgermeisterwahl am 31. August erneut als Kandidat seiner Partei in der Landeshauptstadt an. Die Wahl war nach dem Tod des bisherigen Amtsinhabers **Joachim Erwin** (CDU) erforderlich geworden. Krügers "Sofort-Programm" möchte "den weiteren Moscheebau verhindern", "Fixerstuben schließen", eine stärkere Polizeipräsenz, die Separierung von Schülern mit "mangelhaften Deutschkenntnissen" in getrennten Klassen und eine "Videoüberwachung an allen Düsseldorfer Schulen", ergänzt um eine Absage an Müll-Importe aus Italien und das Nein zum Bau eines geplanten Kohlekraftwerks. Zuletzt waren die Düsseldorfer *Republikaner* durch eine Kampagne gegen den Bau einer "Moschee" im Stadtteil Rath aufgefallen. Die muslimische Gemeinde will im Rather Bahnhof Gebetsräume einrichten. **Karl-Heinz Fischer**, Anfang Juli wiedergewählter Vorsitzender der Düsseldorfer REP, hatte gar vollmundig angekündigt, "bundesweit" zu Demonstrationen gegen das Projekt aufrufen zu wollen.

Die Ratsgruppe *Düsseldorfer Bündnis*, zu der sich Krüger mit dem Vertreter des Seniorenbündnisses, **Martin Reichert**, zusammengetan hatte, hat sich aufgelöst, nachdem Krüger seine OB-Kandidatur angekündigt hatte. Rechtskräftig wurde inzwischen ein Urteil des Landgerichts Düsseldorf vom Mai 2007 gegen Krüger. Er war zu einer Geldstrafe von 6.400 Euro verurteilt worden, weil er vor der Landtagswahl 2005 mindestens 139 Unterstützungsunterschriften für seine Partei durch eine Täuschungsaktion erlangt habe.

Republikanisches Blech

Bernd Blech, *Republikaner*-Vorsitzender in Wanne-Eickel und dort Mitglied des städtischen Bezirksausschusses, soll bei der Oberbürgermeisterwahl 2009 in Herne als Kandidat seiner Partei antreten. **Arnd Schubeus**, Kreisvorsitzender der Herner REPs, träumt von einem "zweistelligen Ergebnis" bei der Ratswahl. 2004 waren die *Republikaner* auf 4,7 Prozent gekommen. **Peter Kussauer** wurde zum "Jugendbeauftragten" der Herner REPs ernannt.

Winkelsett Spitzenkandidatin

Die Kandidatenliste der *Republikaner* für die Europawahl im kommenden Juni wird von **Uschi Winkelsett** (46) aus Senden, NRW-Landesvorsitzende und geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende, angeführt. Bei einem Parteitag der REPs im bayerischen Rosenheim erhielt sie 133 von 146 Stimmen. Ihr Ersatzkandidat wurde **Ralf Goertz** aus Erkelenz. Auf einem hinteren Listenplatz kandidiert **Arnd Schubeus**, der angesichts der knappen Personaldecke der *Republikaner* unter anderem zugleich als Kreisvorsitzender in Herne sowie Kreisbeauftragter in Gelsenkirchen und Recklinghausen fungiert. Auch zwei Siegerländer finden sich auf der Liste: **Frank Thomas Maul** auf Platz 16 und **Franz Herbert Schneider** auf die Platz 20.

Pro-Splitter

» Folgende Kommunalwahlantritte, meldete *pro NRW* am 23. Juni, seien "sicher": "Köln (*pro Köln*), Leverkusen, Rhein-Sieg-Kreis, Siegburg, Troisdorf, Lemgo, Kreis Lippe, Bergheim, Rhein-Erft-Kreis, Dormagen, Rhein-Kreis Neuss, Gelsenkirchen, Radevormwald, Oberbergischer Kreis und Voerde. Daneben sind auch in weiteren Kommunen und Kreisen wie Essen, Bonn, Solingen, Wesel, Bielefeld, Bottrop, Rheinisch-Bergischer-Kreis, Bergisch Gladbach, Burscheid, Nettetal oder Mönchengladbach flächendeckende Kandidaturen möglich." Eventuell kämen auch noch weitere hinzu. Am 3. Juli 2008 bezifferte *pro NRW* seine Mitgliederzahl auf "mehr als 1.000 Mitglieder!". "Über 1.000 Mitglieder verteilen sich nun auf fünf Bezirksverbände und bereits 24 aktive Kreisverbände", hieß es am 16. Juli.

» "Pro-NRW-Kommunalwahlliste für Dormagen steht!" vermeldet *pro NRW* stolz am 18. August. Um "drittstärkste Fraktion" im Dormagener Stadtrat" zu werden, wurde ein hochkreatives Programm entworfen: "SOS Dormagen: Sauberkeit, Ordnung, Sicherheit". "Bürgermeisterkandidat und Spitzenmann der Ratsreserveliste" ist **Daniel Schöppe**, auf Platz 2 folgt **Stephan Hövels**. Man habe eine 22-köpfige Reserveliste für den Stadtrat aufgestellt und deren Plätze drei bis zehn wie folgt besetzt: **Frank Köppen**, **Juliette Göricke**, **Norbert Back**, **Stephanie Paffrath**, **Richard Stamm**, **Uwe Carsten Proßnig**, **Frank Szielinski** und **Jennifer Bolland**.

» Über "Verstärkung für die Aachener Mannschaft" freute sich pro NRW am 18. Juli. "Neben dem ‚Kontaktmann' zum Landesverband, dem Bauingenieur **Bernd Seidel**, wird vor Ort in Zukunft der 55jährige **Gerd Heusch** mit seiner Mannschaft" im Kreisverband Aachen "die Zügel in die Hand nehmen." Geplant sei ein "Bürgerbegehren gegen die Aachener Großmoschee".

» Einen "stetigen" Mitgliederzuwachs will *pro NRW* in Münster und in den Kreisen Warendorf und Coesfeld festgestellt haben. In Kürze werde man einen Bezirksverband Münsterland gründen. Derzeitiger Bezirksbeauftragter sei der "32jährige **Marco Hasse** aus dem Kreis Coesfeld", der offenbar **Timo Humpert** ablöste.

» Die Gründung eines Kreisverbandes Rheinisch-Bergischer Kreis meldete *pro NRW* am 4. Juni 2008. Beim Kreisverbandsgründungstreffen am 3. Juni "auf dem Gelände des *pro NRW* Kreisbeauftragten **Thorsten Klein** an der Paffrather Strasse" in Bergisch-Gladbach wurde Klein zum Kreisvorsitzenden gewählt, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister darf sich jetzt **Frank Jahn** nennen, Schriftführer ist **Christopher Jahn**, alle aus Bergisch Gladbach. Außerdem wurde die Kölner Ratsfrau **Judith Wolter** zur "*pro NRW*-Kandidatin für die Wahl des Bürgermeisters in der Stadt Bergisch Gladbach nominiert".

» Auch in Gelsenkirchen will pro NRW 2009 antreten, "flächendeckend …, auch mit eigenen OB Kandidaten". Erwartungsgemäß wurde **Kevin Gareth Hauer** nominiert. Außerdem habe man ein "Bürgerbegehren gegen Moscheebauvorhaben" initiiert.

» "Chinesische Verhältnisse" hat *pro NRW* in Bielefeld erkannt. Der Bielefelder **Thomas Borgartz** war Ende Mai – kurz nach seiner Wahl zum *pro NRW*-Bezirksvorsitzenden – von seinem Arbeitgeber, dem *Technologie- und Berufsbildungszentrum (tbz) Paderborn* entlassen bzw. beurlaubt worden. Borgartz klagte vergeblich. Die *Neue Westfälische* berichtete am 2. Juli, das Arbeitsgericht Bielefeld habe "seinem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung" nicht entsprochen. "Da der Vertrag von Borgartz nur bis zum 31. Juli befristet sei, habe es ‚kein dringendes Bedürfnis' mehr gegeben, auch die letzten Wochen noch beim TBZ zu arbeiten."

» Eine Teilnahme an den Kommunalwahlen wurde auch in Essen beschlossen. Und gleichzeitig am 11. Juni 2008 ein Kreisverband gegründet. **Bernd Weyrich** wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden der "von der FDP zu pro NRW übergewechselte" Henryk Dykier" (vgl. S. 29 f.) sowie **Ulrike Brankmann**, Schatzmeister **Siegfried Swiontek**. **Jürgen Ehren-**

traut und **André Bronheim** würden als Beisitzer den neuen Kreisvorstand vervollständigen.

» Noch einen "Durchbruch" soll es im Rhein-Erft-Kreis gegeben haben, wo *pro NRW* einen Kreisverband gründete. Auf der über 40-köpfigen Gründungsversammlung sei wie folgt gewählt worden: Vorsitzender: **Jürgen Hintz** aus Bergheim, stellvertretender Vorsitzender: **Hans-Joachim Over** aus Bergheim, Schatzmeisterin: **Vera Hintz** aus Bergheim, Schriftführer: **Thorsten Getzke** aus Bergheim, Beisitzer: **Günter Dietz** aus Pulheim sowie **Detlef Getzke** aus Bergheim.

» "Am 27. Mai will ‚*Pro NRW*' den Kreisverband Solingen gründen", meldete die *Rheinische Post* am 17. Mai. *Pro NRW* selber berichtete am 28. Mai von einer "Aktivistentagung in Solingen-Burg" am Vortag, die im Anschluss an eine "große Verteilaktion im Solinger Stadtteil Wald, wo eine neue Mega-Moschee entstehen soll", stattgefunden habe. "Im nächsten Monat" werde ein Kreisverband in Solingen gegründet, der eine "Teilnahme an der Stadtratswahl 2009" anstrebe. Namen würden "aufgrund der aktuellen ‚medialen Treibjagd'...erst zu einem späteren Zeitpunkt genannt". Bis Mitte August gab es keine Meldung über eine vollzogene Gründung...

» Die Gründung so genannter Arbeitskreise hat Konjunktur bei der *pro*-Bewegung. Neben den Arbeitskreisen "Mittelstand", "Jugend" und "Frauen" wurde am 27. Juni in Köln der "Arbeitskreis Christen pro Köln" gegründet. Den Vorsitz hat *pro Köln*-Ratsmitglied **Hans Martin Breninek**, die *pro Köln*-Ratsfrau **Regina Wilden** fungiert als Sprecherin. Versucht wird, einen propagandistischen Keil in die katholische Gemeinde zu treiben. Personeller Anknüpfungspunkt in Köln-Ehrenfeld ist **Ellen Sänger**, Mitglied des Pfarrgemeinderates der Kirchengemeinde St. Peter. Der Neuehrenfelder Pfarrverband distanzierte sich von diesen Indoktrinierungsbestrebungen: "Die Mitgliedschaft im Pfarrgemeinderat und bei *Pro Köln* ist nicht vereinbar", sagte die Vorsitzende des Kölner Katholikenausschusses, **Hannelore Bartscherer**.

» **Christoph Heger**, Mitglied des Kirchenvorstandes im Overather Ortsteil Immekeppel, bekannte sich bei der Wahl zum Kirchenvorstand als Mitglied von *pro NRW*. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen im Kirchenkreis und zum Rücktritt Hegers vom Amt des Vorsitzenden im Kirchenbauverein. In einer Stellungnahme erklärten der Landtagsabgeordnete der CDU, **Rainer Deppe**, ebenso wie der örtliche Bürgermeister **Andreas Heiden**, dass sie die kirchlichen Funktionen von Heger für unvereinbar mit den Aktivitäten von *pro NRW* halten.

» Zur Kommunalwahl in Leverkusen stellte *pro NRW* am 18. August "Kandidaten für alle 29 Wahlbezirke, eine 15köpfige Ratsreserveliste, Listen für alle drei Bezirksvertretungen und **Jörg Uckermann** als OB-Kandidaten" auf und wählte einen neuen Kreisvorstand. Spitzenkandidat ist der *pro NRW*-Vorsitzende **Markus Beisicht**. Die Plätze zwei bis zehn der Ratsreserveliste belegen **Susanne Kutzner**, **Jürgen Clouth**, **Torsten Matthes**, **Thomas Lind**, **Monika Schröder**, **Sylvia Frost**, **Klaus Sieben**, **Bernd-Rüdiger Kern** und **Willy "Buba" Müller**. "Die Listen für die drei Leverkusener Bezirksvertretungen" würden "Susanne Kutzner und **Achim Zschiedrich** (BV 1), Markus Beisicht und Jürgen Clouth (BV 2) sowie Thomas Lind und Torsten Matthes (BV 3)" anführen.
Den Kreisverband sollen künftig "Susanne Kutzner und Monika Schröder ... als ‚weibliche Doppelspitze'" führen, "unterstützt von Jürgen Clouth als Schatzmeister und Thomas Lind als Schriftführer. Als Beisitzer wurden Klaus Sieben, Bernd-Rüdiger Kern und Torsten Matthes in den Vorstand gewählt".

» In Wuppertal wird als Kreisbeauftragter von *pro NRW* **Ralph Markstein** geführt. "Bei meiner Tätigkeit in der Gesamtschule Langerfeld ... fiel mir auf, dass gerade muslimische Jugendliche die gesamte Schule teilweise terrorisierten und hauptsächlich deutsche Kinder erpressten", so Markstein.

» Für das Sauerland verkündete *pro NRW* die "Einbindung eines neuen Kreisbeauftragten für den Raum Meschede", "**Klaus Rudolf**" (gemeint sein dürfte **Klaus Rudolph**), der für "Aufbruchstimmung" sorgen soll. Die Bezirksverbandsgründung stünde kurz bevor, so der Bezirksbeauftragte für das Sauerland, **Uwe Berger** aus Heiligenhaus (Kreis Mettmann).

» In einer "Erklärung des Kreisbeauftragten" schrieb **Uwe Berger** am 27. Juli, dass "mit dem heutigen Tag .... der Kreis Mettmann mit Düsseldorf [...] zum Kreisverband Mettmann / Düsseldorf fusioniert" habe. Mit Blick auf Düsseldorf heißt es, „das Signal" stehe glasklar für die Landtagswahl 2010. Demnach wird es wohl in der Landeshauptstadt keinen Antritt zu den Kommunalwahlen 2009 geben. Eine erste "Informationsveranstaltung" der "pro NRW Gemeinschaft im Kreis Mettmann / Düsseldorf" am 31. Juli scheiterte, da ihr nach Intervention von AntifaschistInnen die Räumlichkeiten abhanden kamen. Nun möchte Berger Düsseldorf, "eine Stadt, gefangen im Netzwerk des linksextremen Mobs!", vom "linksextremistischen Chaos" befreien.

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Krolzig verurteilt

Der Hammer Kameradschaftsführer **Sascha Krolzig** ist zu einer Jugendstrafe von acht Monaten verurteilt worden. Ob er sie allerdings absitzen muss, wird erst in einem halben Jahr entschieden, da Krolzig in den Genuss einer so genannten Vorbewährung kommt. Diese Milde begründete das Gericht mit Krolzigs guten Schulnoten (vor allem Kopfnoten) und seinen Willen, im nächsten Jahr das Abitur zu machen und BWL zu studieren. Seine letzte Haftstrafe hatte Krolzig offenbar nicht sonderlich beeindruckt. Wenige Stunden nach seiner Entlassung im Dezember 2006 zog er mit "Kameraden" über den Hammer Weihnachtsmarkt, brüllte "Sieg Heil" und machte sich damit der "Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen" schuldig. Die Tat war Anlass für den genannten Prozess.

Seemann plaudert

Sebastian Seemann (28), Neonazi aus Lünen, ist nicht nur gegenüber Verfassungsschützern äußerst auskunftsfreudig. In einer Verhandlung wegen des Handels mit Kokain gegen seinen Dortmunder (Ex-)Kumpel **Robin Sch.** (22) vor dem Bielefelder Landgericht Ende Juli habe der (frühere) V-Mann des Verfassungsschutzes diesen in einer mehrstündigen Vernehmung erheblich belastet, berichtete die *Neue Westfälische*. Seemann selbst war im März wegen Drogenhandels und unerlaubten Waffenbesitzes zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt worden. In Dortmund erwartet ihn ein weiteres Verfahren: Er soll Sch. die Pistole gegeben haben, mit der dieser bei einem Überfall auf einen Supermarkt einen Kunden schwer verletzte.

Neonazi-Angriff in Marl

Eine Gruppe von 15 bis 20 Neonazis lauerte am 25. Juli linken Jugendliche unweit des Jugendzentrums *HOT Hagenbusch* auf. Die mit Schlagstöcken, Flaschen und Messern bewaffneten Angreifer verletzten zwei Jugendliche so stark, dass sie mit Prellungen, Schnittwunden und Platzwunden im Krankenhaus behandelt werden mussten. Die Marler Stadtverwaltung interpretiert den Angriff als eine "Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Jugendlichen" und sorgt sich, dass die "rivalisierenden Gruppen" dem Ruf des Jugendzentrums schaden könnten. Am Sonntag, den 27. Juli, demonstrierten 100 AntifaschistInnen gegen die Neonazi-Gewalt.

Angriff auf linkes Wohnprojekt

In der Nacht auf den 11. Juli griffen Neonazis das Wohnprojekt "Hippiehaus" in der Dortmunder Innenstadt mit Buttersäure an. Im "Hippiehaus" wird monatlich das linke *Cafè Move Ya* veranstaltet. Auch frühere Veranstaltungsorte des Cafès, die *Zone 10* und der Buchladen *Taranta Babu* waren mit Steinen und Farbe angegriffen worden.

Heß-Gedenken in NRW

Nach dem erneuten Verbot des **Rudolf- Heß**-Gedenkmarsches in Wunsiedel und etwaiger Ersatzveranstaltungen kam es auch in NRW zu kleineren neonazistischen Aktionen, hauptsächlich propagandistischer Art. Das *Aktionsbüro Westdeutschland* und der *Nationale Widerstand Dortmund* meldeten "Flugblattverteilaktion zum Thema Meinungsfreiheit im Rheinland und Westfalen" am 16. August in folgenden Städten: Ahlen, Dortmund, Essen, Gladbeck, Hattingen, Leverkusen, Pulheim, Soest und Windeck.

In Hilden bei Düsseldorf demonstrierte am Nachmittag des 16. August eine zirka 15- bis 20-köpfige Gruppe Neonazis mit einem "Mord an Hess"-Transparent 15 Minuten durch die Fußgängerzone und löste sich vor dem Auftauchen der Polizei wieder auf. Dennoch konnte die Polizei die Personalien von sieben Teilnehmern feststellen: "Bei den insgesamt sieben Tatverdächtigen handelte es sich allesamt um männliche Personen im Alter zwischen 17 und 28 Jahren mit Wohnort in Windeck, Grevenbroich und Heinsberg."

In der Herdecker Fußgängerzone wollen die *Freien Nationalisten Witten* "etwa 200 Flugblätter ... an Passanten verteilt" haben. "Ein weiterer Teil der Flugblätter (ca. 150 Flugblätter) wurden in umliegende Briefkästen geworfen."

Etwas besonders Kreatives hatten sich die Hammer "Kameraden" ausgedacht: Trotz der Verbote habe man beschlossen, "mit zwei Wagenbesatzungen Richtung Wunsiedel im Fichtelgebirge aufzubrechen und funktionierte das Ganze kurzerhand um zu einer Rudolf-Heß-Gedächtnisfahrt". Da es nicht möglich gewesen sei, "nach Wunsiedel hineinzufahren geschweige denn auf den Friedhof zu kommen", ging es weiter "in das zurzeit noch unter tschechischer Verwaltung stehende deutsche Sudetenland". Dort habe man "den Tag in der urdeutschen Stadt Eger (tschechischer Name: Cheb) am gleichnamigen Fluß" verbracht.

Gründungsfieber

Seit Mai sind die *Autonomen Nationalisten Lennestadt* aktiv, die dem Umfeld der *Autonomen Nationalisten Sauerland/Autonome Nationalisten Schmallenberg*, also der *AG Ruhr-Lippe* zuzuordnen sind. Am 16. Juni durchsuchte die Polizei die Wohnungen von fünf mutmaßlichen Mitgliedern im Alter von 17 bis 28 Jahren aus Lennestadt und Olpe. Auslöser der Hausdurchsuchungen waren großflächige Graffitis mit neonazistischen Inhalten.

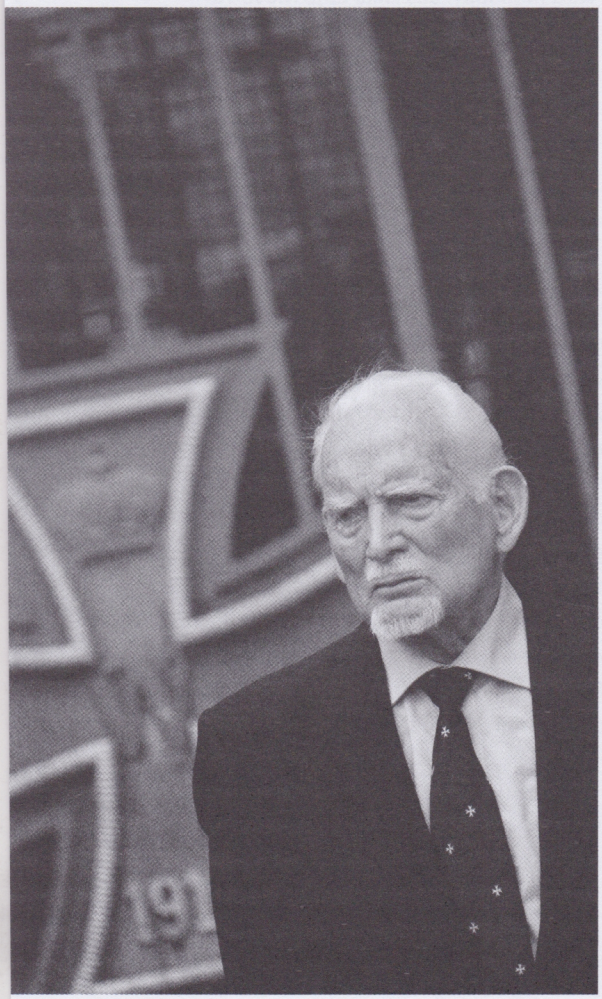
Nur kurze Zeit war die Gruppe *Autonome Nationalisten Kamen* im Internet vertreten. Ihr Weblog bei einem kommerziellen Anbieter wurde gelöscht.

Seit Juni besteht die Internetseite des *Nationalen Widerstand Oberhausen*. Dieser verspricht: "Hab keine Angst Kamerad, die Wende naht." Damit es mit der Wende auch klappt, wurden Flyer und Plakate in Oberhausen verteilt und T-Shirts mit der Aufschrift "Aktion Kieferbruch" gedruckt. "Dieses Projekt dient ausschließlich dazu, dass unsere lieben Mitbürger es endlich kapieren sollen, dass wir unser Mund aufmachen und unser Recht verteidigen. Notfalls mit unseren Leben." Aktuell wird eine neue Homepage aufgebaut: "Wir sind zum 25.9.2008 zurück. ... Wir werden auch unter einen anderen Namen , für den Widerstand arbeiten. heil euch."

Ebenfalls neu ist der *Widerstand Essen*, der sich "die Vermittlung einer völkischen Weltanschauung nach innen wie außen in Form von innerer Schulung und dem Verteilen von Flugblättern" zur Aufgabe machen will.

In Münster trat eine *Deutsche Patriotische Jugend*, nach eigenen Angaben schon im August 2007 gegründet, mit mehreren Flyer-Aktionen an die Öffentlichkeit. BesucherInnen von Public Viewings und des Stadtfests wurden aufgefordert: "Deutsche Jugend komm zu uns!" Ihr Grundsatzprogramm behandelt die Hauptthemen der extremen Rechten: "Ausländerproblematik", Globalisierung, "Kulturverfall" und EU-Kritik. Verantwortlich für die Internetseite ist **Björn Römer** aus Lingen. Eng verbunden ist die Gruppe mit den *Freien Nationalisten aus Dülmen*. Zusammen wurden z.B. Sonnenwendfeiern organisiert.

Nationale Aktivisten Alsdorf (NAA) nennt sich ein neues Grüppchen aus dem Kreis Heinsberg, das sich gegen "Gewaltbereite Immigranten-Kids" und "Dieler" wehren will Zeitgleich tauchten gesprühte Parolen wie "Nationaler Widerstand", "NS – Jetzt!" und "Deutsche wehrt Euch!" auf, u.a. an einem Schulgebäude.



Hajo Herrmann beim "Schlageter-Gedenktag" in Düsseldorf

DVU feiert Herrmann

Die Altnazis **Otto Riehs**, **Friedhelm Busse** und **Wilfried von Oven** haben in den letzten Wochen den Weg nach Walhalla angetreten – **Hajo Herrmann**, "Ritterkreuzträger", Jagd- und Kampfflieger der Nazi-Luftwaffe und Holocaustleugner- Strafverteidiger (*vgl. LOTTA #15*), weilt hingegen immer noch unter uns. Öffentlich trat er zuletzt beim "Schlageter-Gedenktag" in Düsseldorf am 25. Mai 2008 als Redner auf. Seinen 95. Geburtstag feierte er am 1. August. Die DVU, bei der er bis zuletzt immer wieder als Redner zu Gast war und von der er sich als Kriegsheld glorifizieren lassen konnte, feierte den in Düsseldorf lebenden Rechts-Anwalt gebührend: "Kühnheit und Löwenmut" würden den "Eichenlaub- und Schwerterträger" heute noch auszeichnen, so die DVU. Begangen wurde Herrmanns Wiegenfest einem Bericht auf *Altermedia* zufolge im sächsischen Borna, wo der Verein *Gedächtnisstätte* – ein Verein mit personellen Überschneidungen zum verbotenen *Collegium Humanum* (CH) in Vlotho – eine "Gedenkstätte für Opfer von Vertreibung und Bombenkrieg" eingerichtet hat. Mit dem 95-Jährigen feierten dem *Altermedia*-Bericht zufolge unter anderem NPD-Parteichef **Udo Voigt,** NPD-Vorstandsmitglied **Olaf Rose** und der Alt-Nazi **Reinhold Leidenfrost**, außerdem **Wjatscheslaw Daschitschew**, der als Ex-"Berater" **Michail Gorbatschow**s durch die extreme Rechte Deutschlands tingelt, der *Nationalzeitungs*-Kolumnist **Gerard Menuhin** sowie die RevisionistInnen **Ursula Haverbeck**, **Udo Walendy** und **Rigolf Hennig**.

Antisemitische Schläger

Brutal zusammengeschlagen wurde Mitte Juli in Gummersbach ein Jugendlicher. Tatmotiv: Der 17-Jährige ist jüdischer Herkunft. Am Rande einer Geburtstagsfeier an einem Sportplatz in Gummersbach-Rospe waren vier Täter mit den Worten "Du dreckige Judensau" über den 17-Jährigen hergefallen, hatten ihn geschlagen und gegen Kopf und Nacken getreten, ehe sie ihn einen Abhang hinunterstießen. Der Jugendliche musste im Krankenhaus behandelt werden. Sein Vater, Kreistagsmitglied der CDU, reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen beteiligte Polizeibeamte ein: Die Polizei habe trotz mehrerer Anrufe bei der Leitstelle eine Stunde gebraucht, bis eine Streifenwagenbesatzung an dem Sportplatz eingetroffen sei. Schließlich hätten die Beamten zunächst den verprügelten Jugendlichen befragt, ob und wie er denn die Täter möglicherweise provoziert habe. Die Polizei räumte inzwischen ein, die Beamten hätten "zum Teil sehr unsensibel gehandelt". Drei der vier Tatverdächtigen seien bekannt. Gegen sie wird u.a. wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Diskussion um Klaus Petri

In Lippstadt ist eine Diskussion um den Rechtsanwalt **Klaus Petri** entbrannt, der Vorsitzender des größten Lippstädter Sportvereins *FC Teutonia Lippstadt 08* ist. Bürgermeister **Christof Sommer** hatte sich anlässlich des 100. Geburtstag des Vereins mit Petri ablichten lassen. Die Lippstädter *Grünen* forderten den Verein auf, sich von Petri wegen dessen extrem rechten Aktivitäten zu trennen. Der 75-Jährige war lange Jahre Mitglied der CDU, wechselte dann zu den *Republikanern* und kandidierte bei der Bundestagswahl 2005 auf Platz 2 der Liste der NPD Rheinland-Pfalz. Schon 1957 hatte er für Aufsehen gesorgt. *Der Spiegel* zitierte einen Artikel des *Bonner Studentenblatt,* in dem Petri erklärte, "daß die nationalsozialistischen Konzentrationslager ... als politische Maßnahme am Platze waren ... Ich akzeptiere die nationalsozialistischen Maßnahmen, weil sie dem heißen Wunsch der damaligen Führung entsprangen, des deutschen Volkes Einigkeit und Recht und Freiheit zurückzugewinnen. Diesem großen Ziel mußte die persönliche individuelle Freiheit einiger weniger untergeordnet werden..."

»Tag der Freiheit« in Tschechien

Am 16. August 2008 marschierten zirka 250 Neonazis der tschechischen Neonazi-Partei *Delnicka Strana* (DS, *Arbeiterpartei*) und lokale "Freie Kräfte" durch Hradec Kralove. Unter den Rednern des verbotenen Aufmarsches, der von der Polizei aber geduldet wurde, befanden sich neben den NPDlern **Katrin Köhler**, **Carola Holz** und **Per Lennart Aae** offenbar auch "Autonome Nationalisten" aus dem Ruhrgebiet, mindestens aber ein ANler aus Dortmund. Dieser stellte sich in seiner Rede als "Freier Nationalist aus Westdeutschland" vor. "In jedem europäischen und auch außereuropäischen Land" würden "sich nationalistische Bewegungen" bilden. "Wir werden uns immer weiter und stärker unterstützen". Es folgten die gängigen Feindbilder, man kämpfe gegen die "Fremdherrschaft der USA, die wiederum nur dem Lebensinteresse Israels dienen". Nach der Rede von **Steffen Pohl** beim Aufmarsch am 1. Mai 2008 in Prag ist dieser Auftritt ein weiterer Beleg für die guten Verbindungen der "Freien" bzw. "Autonomen Nationalisten" aus dem Ruhrgebiet nach Tschechien.

Winters Abschiedsfeier

Marcus Winter, Kopf der *Nationalen Offensive Schaumburg* (NOS), hat Mitte Juli eine neunmonatige Haftstrafe angetreten. Winter war verurteilt worden, weil auf der Homepage der NOS Überlebende des Holocaust als "Volksschädlinge" und deren Nachkommen als "Mischpoke" bezeichnet worden waren. Überschrift des Textes: "Holocaust-Überlebende fordern NPD-Verbot – Wann endlich verbietet man Holocaust-Überlebende?" Zwei Tage vor seinem Haftantritt lud Winter in einer ehemaligen Tennishalle in Leopoldshöhe zur Abschiedsfeier. "Nen jeiler Abend !!!", hieß es auf der Homepage der *FK Gütersloh*. "Rund 150 Freunde und Bekannte" seien dabei gewesen.

Riehs tot – KDS aufgelöst

Der *Kampfbund Deutscher Sozialisten* (KDS) wurde im Juli von seinen Anführern **Axel Reitz, Thomas Brehl** und **Thomas Gerlach** aufgelöst. "Allen Beteiligten ist die Bilanz nach diesen zehn Jahren zu dürftig und vor allem scheinen die Erfolgsaussichten zu gering, um die weitere Investition von Zeit, Kraft, Arbeit und Geld zu rechtfertigen", heißt es in der Auflösungserklärung. Eine "richtungsweisende Querfrontstrategie" und eine "Sogwirkung" auf Kader der Neonazi-Szene habe man nicht entwickeln können. Die Neonazis kündigten an, in neuen Projekten weitermachen zu wollen: "Wir haben es also am Ende nicht mit einer ‚Kapitulation', ja nicht mal mit einer ‚Frontbegradigung' zu tun, sondern mit einem neuen Angriff, der völlig andere strategische Ansätze haben und neue taktische Wege beschreiten wird", heißt es in dem Papier. Lediglich die Berliner Gruppe wird weiterhin den alten Namen benutzen. Der KDS war auch innerhalb der Szene wegen seiner Marotten wie "Ehrenspangen" für verdiente Mitglieder und Uniformkult als "Trachtenverein" verschrien.

Noch vor der Auflösung verabschiedete sich am 29. Mai das KDS-"Ehrenmitglied" **Otto Riehs** zur "letzten Armee". Der Alt-Nazi wurde von der Szene als "Kriegsheld" und "Ritterkreuzträger" verehrt, da er zehn Panzer in nur zwölf Minuten abgeschossen haben will.

Von Jörg Kronauer

Heim ins Reich

Deutschbewusste Russlanddeutsche

Die NPD hat einen "Arbeitskreis der Russlanddeutschen" gegründet. Die Partei will sich ein neues Wähler- Potenzial erschließen und die Aussiedler großspurig für deutsch-russische Achsenpläne nutzen. Neonazistische "Rasse"-Spezialisten sind empört: Sie attestieren den Russlanddeutschen ein schwaches Germanen-Gen und wollen sie lieber weiter verprügeln als mit ihnen kooperieren. Agitationsobjekte der NPD sind die Mitglieder der "Landsmannschaft der Deutschen aus Russland" aus dem "Bund der Vertriebenen", einer staatsnahen Organisation.

Andrej Triller ist unzufrieden. "Uns wird gesagt", berichtet er, "dass die NPD eine rechtsradikale Partei ist". Triller teilt diese Einschätzung nicht. Ganz im Gegenteil, er hält die Politik der Partei für zu lasch. "Bei der heutigen Lage in Deutschland können wir sagen, dass die NPD die Interessen des Deutschen Volkes anscheinend nicht ausreichend verteidigt", kritisiert er und zieht die Konsequenzen: Um "solche Vorwürfe äußern zu dürfen, müssen wir auch selbst etwas tun, um die Interessen unseres Volkes und unseres Vaterlandes zu schützen". Und was tut man da als Russlanddeutscher? Ganz richtig: Man tritt in die Partei ein und gründet den *Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD*.

Am 23. Februar 2008 hat Triller gemeinsam mit russlanddeutschen Kameraden ebendies getan. Damit ist ein Annäherungsprozess zumindest vorläufig zum Abschluss gekommen, der fast ein Jahr zuvor begonnen hatte. Ende April 2007 hatte NPD-Bundesgeschäftsführer **Frank Schwerdt** mitgeteilt, es seien in der Berliner NPD-Zentrale "verschiedene Deutsche" zusammengetroffen, "die erst in der letzten Zeit aus Rußland ausgesiedelt wurden und die in der Heimat ihrer Vorväter nun seßhaft werden wollen". Sie hätten den "Wunsch" geäußert, "innerhalb der NPD einen Arbeitskreis zu bilden". Sämtlichen Beteiligten war die Brisanz des Vorhabens bewusst. "Es müssen noch viele Vorurteile abgebaut werden, meinten die anwesenden Russlanddeutschen" – so schrieb Frank Schwerdt in der Pressemitteilung, in der er von der Zusammenkunft berichtete. Und als wenige Monate später, im September 2007, ein Russlanddeutscher im niedersächsischen NPD-Wahlkampf auftrat – ein Testballon -, da entbrannte die Szene-Debatte um die Aussiedler in der NPD in vollem Umfang.

"NPD = Kanakenpartei?"

Hintergrund ist die solide Alltagsfeindschaft zwischen der Mehrheit der Neonazis und Aussiedlern aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Viele Russlanddeutsche sprechen mit mehr oder weniger starkem Akzent Deutsch, verwenden die russische Sprache und haben Elemente einer eigenständigen Kultur. Für die extreme Rechte unterscheiden sie sich damit nicht von allen anderen Migrantinnen und Migranten. Die immer wieder vorkommenden Neonazi-Überfälle auf Aussiedler sind nur der brutalste Beleg dafür. Entsprechend wütende Kommentare waren denn auch in einschlägigen Internet-Foren zu lesen, als der erwähnte Russlanddeutsche im NPD-Wahlkampf in Hannover aufgetreten war. "Was bitte als nächstes?", fragte ein Neonazi empört: "Beim nächsten Wahlkampfauftakt spricht wahrscheinlich noch ein Halbjude..." Völlig eingeschnappt reagierte ein zweiter: "NPD = Kanakenpartei?"

Dabei gerät die extreme Rechte in Widerspruch zu ihrem völkischen Axiom. Diesem zufolge zeichnet sich das "deutsche Volk" durch gemeinsame biologische Abstammung aus – eine Ideologie, die auch dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht zugrunde liegt. Weil die Russlanddeutschen von Vorfahren abstammen, die im 18. oder im 19. Jahrhundert aus dem deutschen Sprachgebiet nach Russland ausgewandert sind, gehören sie nach völkischer Logik zum "deutschen Volk" und haben prinzipiell auch das Recht, aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in die Bundesrepublik einzuwandern – als "Aussiedler". Genauso sehen es NS-Ideologen. "Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist", zitierte in der Debatte um die Russlanddeutschen ein Neonazi auf *altermedia.info* aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP und erläuterte: "Es ist ein Frage des Blutes, nicht nach dem Ort wo er geboren wurde. Als Lektüre empfehle ich da Dr. Hans F.K. Günter, Rassenkunde des deutschen Volkes." Unter Rückgriff auf den NS-"Rassepapst" dozierte der Neonazi weiter: "Die Mauer in den Köpfen (...) zwischen BRD-Deutschen und Volksdeutschen aus Russland (...) ist Stimmungsmache gegen das eigene Volk, damit es nie vereint und stark wird."

Wählerpotenzial

Die Fachdebatte unter den Hobby-Genetikern der extremen Rechten ist längst nicht abgeschlossen. "Viele Russlanddeutsche haben nur eine deutsche Großmutter, aber keinen deutschen Großvater", will ein Experte auf *altermedia.info* in Erfahrung

Russlanddeutsche NPDler am 1. Mai 2007 in Dortmund. Rechts am Transparent: Andrej Triller

gebracht haben. Er schlussfolgert: "'Russlanddeutsche' sind 7/8 Russen bzw. sonstige Slawen." "Halbdeutsche" könne man möglicherweise "gemäß der mendelschen Lehre zu einem reinerbigen Vertreter 'zurückzüchten'", "bei 1/8tel" sei das aber "unwahrscheinlich". Während der Streit die völkischen Rassisten in der Szene weiter beschäftigt, hat die NPD sich jetzt für die Kooperation mit den Russlanddeutschen entschieden. Das hat vor allem wahltaktische Gründe: Fast 2,5 Millionen Aussiedler aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben in Deutschland. Die Partei will sie als Wählerpotenzial erschließen. Jüngstes Beispiel ist ein Treffen zwischen der NPD Düren und Russlanddeutschen am 13. Juni. Er habe bei seinen Annäherungsversuchen vor allem die Kommunalwahl 2009 im Blick, bestätigte der Dürener NPD-Kreisvorsitzende **Ingo Haller**, seit kurzem auch Mitglied im NPD-Landesvorstand NRW.

Besonders aktiv bei der Kooperation zwischen Russlanddeutschen und der NPD ist eine Organisation, die ihren eigenen Namen offenbar nicht so richtig kennt. *Die Russlanddeutschen Konservativen* lautet ihre griffigste Bezeichnung, gelegentlich nennt sie sich *Freundeskreis der Russlanddeutschen Konservativen* oder auch Die *National-Konservative Bewegung der Russlanddeutschen*. Sie gibt eine Publikation mit dem Titel *Volksdeutsche Stimme* heraus, für die Andrej Triller vom *Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD* die medienrechtliche Verantwortung trägt. "Es ist bekannt", schreibt Triller, "dass am Ende des Zweiten Weltkrieges in den USA Pläne der vollständigen Vernichtung der deutschen Nation [...] entwickelt wurden. Nach diesen Plänen wurde beabsichtigt 20.000 Ärzte für die Sterilisation deutscher Bevölkerung zu mobilisieren." Die *Volksdeutsche Stimme*, die über ein Postfach im oberbergischen Gummersbach erreicht werden kann, verschafft dem Publikum Einblick in weitere Überraschungen dieser Gewichtsklasse. Sie bedient sich oft bei NPD-Publikationen und hat unter anderem auch das Grußwort veröffentlicht, mit dem **Johann Thießen** den jüngsten NPD-Bundesparteitag beglückte. Thießen gehört ebenfalls den *Russlanddeutschen Konservativen* an, die – das teilt Triller mit – weiterhin "eng" mit dem NPD-Arbeitskreis kooperieren wollen. Eng verbandelt sind sie zudem mit der *Schutzgemeinschaft "Deutsche Heimat" der Deutschen aus Rußland*, einem Verein, der in Düren ansässig ist – und jetzt an die Öffentlichkeit drängt. Für den 23. August hat er eine Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag angekündigt. Auch die NPD ruft zur Teilnahme auf.

Thießen und Triller sind derzeit ein gefragtes Team. Im Februar traten die beiden gemeinsam beim Berliner "Kulturfonds der Russlanddeutschen" auf und diskutierten dort mit **Heinrich Daub**, dem Chefredakteur der russlanddeutschen Zeitschrift *Ost-West Panorama*. "Ist die 'Fremdenfeindlichkeit' nicht die natürlichste Sache der Welt?", fragte das Blatt kürzlich; zuvor hatte es einen Beitrag des *Schutzbundes für das Deutsche Volk* publiziert. Im April nahmen Thießen und Triller an einer Tagung der extrem rechten *Deutschen Akademie* im Kreis Unna teil, Thießen referierte dort über die Russlanddeutschen. Die *Deutsche Akademie*, teilte Mitgründer **Jürgen Schwab** anschließend mit, "wird ihre Zusammenarbeit auf den Gebieten politischer Bildung und Information mit national gesinnten Rußlanddeutschen verstärken". Ziel sei nicht nur "die Förderung der Integration von Rußlanddeutschen und anderen deutschen Aussiedlern im Nationalen Widerstand", sondern besonders auch "ein außenpolitisches Bündnis zwischen den europäischen Staaten und Rußland, das in eine von den USA unabhängige Großraumordnung münden soll".

Achse Berlin-Moskau

So großspurig und aufgeblasen derlei geostrategische Pläne daherkommen – sie knüpfen nicht nur an den antiamerikanischen und antisemitischen Generalkonsens in der extremen Rechten an, sondern auch an ein Kernelement russlanddeutscher Geschichte, das bis heute immer wieder prägende Wirkung entfaltet. Bereits ihre Ursprünge im 18. Jahrhundert verdanken die Russlanddeutschen der deutsch-russischen Kooperation. Am 22. Juli 1763 hatte die Zarin **Katharina II**. ein Manifest erlassen, in dem sie Ausländer zur Einwanderung nach Russland aufforderte; sie sollten die kaum bewohnten Weiten des riesigen Landes besiedeln und damit dessen wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. Auf ein Echo stieß die Einladung ganz besonders in den Ländern des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, dem die Zarin selbst entstammte (ihr Vater war preußischer Generalfeldmarschall). Während die ersten Deutschen an die Wolga auswanderten, begannen Russland und Preußen eine folgenreiche Maßnahme: In drei Schritten annektierten sie (gemeinsam mit Österreich) jeweils neue Gebiete Polens, bis dieses 1795 schließlich von der Landkarte verschwand.

Die preußisch-russische und später dann die deutsch-russische Kooperation ist in den vergangenen 200 Jahren immer wieder zum Tragen gekommen – im Krieg gegen das napoleonische Frankreich ebenso wie in der Zeit der Weimarer Republik, als die Reichswehr in der Sowjetunion geheime Militärprogramme betrieb, und selbst in der NS-Zeit bis zum Hitler-Stalin-Pakt. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hat Russland parallel dazu nicht nur weitere Landesteile durch Deutsche besiedeln lassen, sondern auch wichtige Positionen in Armee und sogar in Ministerien an Deutsche vergeben. 1880 erreichte der Anteil der (Russland-)Deutschen etwa unter den höheren Truppenkommandos oder im russischen Außenministerium über 50 Prozent. Für eine enge deutsch-russische Kooperation gibt es viele Anknüpfungspunkte in der russlanddeutschen Tradition. Dass die Russlanddeutschen Konservativen auf ihrer Website den extrem rechten Verlag *Volk in Bewegung* verlinken, der für eine Achse Berlin-Moskau wirbt ("Deutsche und Russen – Partner und Verbündete im 21. Jahrhundert"), lässt Bestrebungen in diese Richtung erkennen. Ziel ist es, im Bündnis mit Russland den verhassten Rivalen USA niederzuringen – samt der herbeihalluzinierten "Ostküsten-Verschwörung".

Brückenköpfe

Einem solchen antiamerikanisch-antisemitischen Bündnis, das auch in der NPD immer wieder diskutiert wird, stehen bei den Russlanddeutschen jedoch gegenläufige Erfahrungen im Wege. Sie haben viel mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu tun. Die deutschen Kriegspläne sahen vor, die Wohngebiete der Russlanddeutschen als Brückenköpfe für die deutsche Ostexpansion zu benutzen und mit ihrer Hilfe Moskau zu schwächen. Insbesondere die an der Wolga siedelnden Russlanddeutschen, die lange Zeit weit reichende Autonomierechte besessen hatten ("Autonome Wolgarepublik"), waren von NS-Deutschland dafür ausersehen. **Josef Stalin**, der die Techniken der deutschen "Volksgruppen"-Politik spätestens seit der Zerschlagung der Tschechoslowakei mit Hilfe der "Sudetendeutschen" genau kannte, kam den Nazis diesmal zuvor – mit der Umsiedlung und Deportation der Russlanddeutschen nach Zentralasien oder sogar Sibirien. Die dabei erlittene Repression beeinflusst die Haltung gegenüber Moskau bei den Betroffenen bis heute.

Landsmannschaft

Die NPD zielt mit ihrer Agitation auf die Russlanddeutschen insgesamt, speziell aber auch auf deren größte Organisation: auf die *Landsmannschaft der Deutschen aus Russland*. Die 1950 gegründete Vereinigung gehört dem *Bund der Vertriebenen* an und wird wie dieser eher staatsnah gehalten, nicht zuletzt mit Hilfe finanziellen Drucks durch die Bundesregierung. Beim letzten Bundestreffen der Landsmannschaft am 26. Mai 2007 in Wiesbaden trat der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, **Christoph Bergner**, ganz persönlich als Festredner auf; auch dies bringt Anerkennung und Prestige und soll die zu drei Vierteln konservativ wählenden Russlanddeutschen bei der Stange halten. Beim letzten Bundestreffen deutete sich jedoch Ärger an. Während Bergner in den Rhein-Main-Hallen sprach, standen rund zehn russlanddeutsche NPD'ler vor der Tür, verteilten Parteipropaganda und agitierten Mitglieder der Landsmannschaft. "Es waren viele positive Reaktionen zu beobachten", berichtete einer hinterher und stufte die Aktion als "vollends gelungen" ein. Die Spitze der Landsmannschaft musste schließlich die Polizei zu Hilfe rufen. Mit Platzverweisen wurden die Partei-Aktivisten entfernt.

Die NPD macht sich Hoffnung. "Viele deutschbewußte Aussiedler", berichtete Johann Thießen im April bei der *Deutschen Akademie*, seien "von den ans System angepaßten Landsmannschaften der Vertriebenenverbände (...) maßlos enttäuscht". Aus diesem Grunde wendeten sich "seit geraumer Zeit immer mehr deutschbewußte Rußlanddeutsche der NPD zu". Ein Beispiel ist Thießens Kamerad Andrej Triller. Dieser war noch vor nicht allzu langer Zeit für die *Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland* in NRW aktiv. Jetzt agitiert er die ehemaligen Kameraden für die NPD.★

Ergänzung nach Redaktionsschluss:
Die im Artikel erwähnte Kundgebung der "Schutzgemeinschaft" (1. Vorsitzender Johann Thießen, 1. Stellvertreter Andrej Triller) am 23. August 2008 vor dem NRW-Landtag hat zwischenzeitlich mit 80 Teilnehmern stattgefunden (*siehe auch S. 31*).

Von Jens Niebuhr

Rechtsintellektuelle auf Expansionskurs

Institut für Staatspolitik: Zwischen Theoriearbeit und »Provokation«

Seit seiner Gründung im Jahr 2000 ist das "neurechte" "Institut für Staatspolitik" (IfS) zum Kristallisationspunkt für die intellektuelle extreme Rechte in Deutschland geworden. Im Verbund mit der Wochenzeitung Junge Freiheit ist die so genannte Neue Rechte partiell kampagnenfähig.

Mit einer Reihe von Vortragsveranstaltungen zum Thema "Widerstand" versucht das IfS aktuell, sich breiter als bisher zu verankern und in verschiedenen Regionen neue Anhänger zu gewinnen: 81 Zuhörer kamen in Frankfurt, etwa 230 in Berlin, am 4. Oktober soll die Veranstaltung noch in München, am Tag darauf in Düsseldorf stattfinden. Proteste begleiteten die beiden ersten Veranstaltungen. Die geringe Teilnehmerzahl in Frankfurt darf aber nicht dazu führen, das IfS zu unterschätzen.

Am Anfang stand die Idee eines "Reemtsma-Instituts von rechts", wie es der Spiritus Rector der deutschen "Neuen Rechten", **Karlheinz Weißmann**, 2000 in einem Interview mit der *Jungen Freiheit* formulierte. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Tatsache, dass sich die mit der Wiedervereinigung verbundenen Hoffnungen auf eine Vorherrschaft der neuen intellektuellen Rechten in Bezug auf Vergangenheitspolitik und politische Kultur des Landes zerschlagen hatten. Zwar hatte die Debatte um **Botho Strauß**' "Anschwellender Bockgesang" und die Frage nach der "Selbstbewussten Nation" der intellektuellen Rechten Mitte der 90er Jahre erhebliche Publizität verschafft, doch es gelang ihr nicht, eigene Themen zu setzen und die Debatte zu dominieren, obwohl alle politischen und kulturellen Diskurse jener Zeit eine Verschiebung nach rechts aufwiesen.

Dass und wie die Interventionsfähigkeit des Netzwerkes der "Neuen Rechten" an ihre Grenzen geriet, zeigte nicht zuletzt die Debatte um die Ausstellung des *Hamburger Instituts für Sozialforschung* über die "Verbrechen der Wehrmacht". Zwar einte die Diskussion über die Ausstellung das nationalkonservative und das extrem rechte Lager noch einmal zu einem Sturmlauf gegen die politische Kultur des Verfassungspatriotismus der alten Bundesrepublik. Letztlich jedoch setzte sich das Paradigma der Ausstellung durch. Die Gründung des IfS muss als Antwort des Kerns der "Neuen Rechten" auf diese Entwicklung gesehen werden. Mit der Gründung sollte ein Ort geschaffen werden, an dem gezielt mit dem akademischen Nachwuchs gearbeitet und durch Kollegs und Seminare ausgebildet werden kann.

Das IfS erwarb im sachsen-anhaltinischen Schnellroda ein Rittergut, das in den folgenden Jahren zu einem bescheidenen Tagungszentrum mit Bibliothek und Unterkunftsräumen ausgebaut wurde. Als organisatorischer Motor erwies sich dabei der ehemalige Bundeswehr-Oberleutnant und Ex-Redakteur der *Jungen Freiheit*, **Götz Kubitschek**. Er und Weißmann teilen sich die Institutsarbeit. Während Kubitschek den Hausverlag *Edition Antaios* leitet, die organisatorische Verantwortung für die Durchführung der Akademie- und Kollegveranstaltungen trägt und die Institutszeitschrift *Sezession* lektoriert, ist Weißmann für die intellektuelle Ausrichtung des Instituts verantwortlich. Der Historiker und Gymnasiallehrer veröffentlichte im zurückliegenden Jahrzehnt eine Vielzahl von Essays und wissenschaftlichen Monographien, die sich um die Aufarbeitung des ideologischen Erbes der extremen Rechten der 1920er Jahre bemühen.

Theoretische Ertüchtigung und ideologische Netzwerkarbeit

Ziel des IfS ist es, rechte Politik- und Lebensweltkonzepte jenseits der Union so zu aktualisieren, dass eine intellektuelle Rechte daraus handlungs- und interventionsfähig wird. Bezugsgröße ist die Ideenwelt der so genannten Konservativen Revolution, eines Flügels der europäischen Faschismen. Man hält ideologisch Distanz zur Fraktion der NS-Nostalgiker und deklariert extrem rechte Positionen als konservativ, um Akzeptanz auch jenseits der extremen Rechten zu finden. Etwa halbjährlich finden auf dem Rittergut Schnellroda Sommer- und Winterakademien statt, die Aspekte neurechter Theorie vertiefen und aktualisieren sollen. Die Seminare wenden sich vornehmlich an junge Akademiker unter 30, die man politisch zu sozialisieren sucht.

Zur Theoriearbeit ist in den vergangenen Jahren die Netzwerkarbeit im kulturellen Milieu der "Neuen Rechten" getreten. So stieß die Zeitschrift *Sezession* offenbar in die publizistische Lücke, welche die alte *Criticon* und das Periodikum *Gegengift* hinterlassen hatten. Inzwischen erscheint die Zeitschrift im zweimonat-

Leiter des IfS-Hausverlages *Edition Antaios: Götz Kubitschek*

lichen Rhythmus. Zudem bietet das Web 2.0 auch diesem Milieu neue Möglichkeiten der medialen Selbstinszenierung über den Kreis des eigenen Umfeldes hinaus. So unterhält Kubitschek im Internet einen eigenen Blog, in dem er über die eigene Arbeit berichtet und theoretische Reflexionen anstellt.

IfS und Junge Freiheit

Das Verhältnis des IfS zur *Jungen Freiheit* ist vor dem biographischen und politischen Hintergrund seiner Akteure naturgemäß eng, jedoch nicht konfliktfrei. In ihrem Bemühen, mit den eigenen Inhalten in die Mitte des etablierten Konservatismus vorzustoßen, orientiert sich die *Junge Freiheit* in den vergangenen Jahren zunehmend nicht mehr nur ausschließlich an rechtsextremen Identitätsthemen. Dem Ziel des JF-Chefredakteurs **Dieter Stein** folgend, mittelfristig das Lesersegment der Wochenzeitung *Rheinischer Merkur* publizistisch zu übernehmen, versucht die JF, dem rechten Flügel der Union den Rücken zu stärken, und hält zugleich nach vielversprechenden politischen Projekten und Personen im Parteienspektrum Ausschau. Um dies glaubwürdig zu vertreten, ist eine Distanz zum neonazistischen Flügel der extremen Rechten unabdingbar, weshalb sich die JF auch deutlich von der NPD und ihrem Umfeld abgrenzt.

Dies brachte Stein in strategischen Konflikt mit Kubitschek, der zwar ausweislich eines Interviews im NPD-Organ *Deutsche Stimme* die NS-Nostalgie der NPD scharf kritisiert, das von ihr mobilisierte Potenzial jedoch nicht verloren geben möchte. Das Ziel hingegen, auf die Union und ihr politisches Umfeld impulssetzend einzuwirken, hat das IfS anders als die JF als aussichtslose Angelegenheit verworfen. Dort konzentriert man sich lieber auf die Sammlung und geistige Zurüstung von Anhängern, die von den Tretmühlen der Partei- und Verbandspolitik unbelastet sind.

Dennoch bedürfen JF und IfS im Rahmen ihrer politischen Strategie einander. So werden in der JF für ein breiteres konservatives Publikum manche jener Themen aufbereitet, die im *Institut für Staatspolitik* theoretisch fundiert und vorgedacht wurden. Umgekehrt nutzt das IfS die Wochenzeitung als publizistisches Sprachrohr für eigene Themen und Projekte, sei es für programmatische Texte oder Veranstaltungshinweise.

Provokation und Aktion

In der Reihe "Kaplaken" veröffentlichte Kubitschek Ende 2007 einen Essay unter dem Titel "Provokation". Darin postuliert der Verfasser, die Kraft der Schwachen liege in der Provokation des politischen Gegners. Nur so könne man sich gegenüber dessen hegemonialen Akteuren überhaupt Gehör für eigene Inhalt verschaffen. In diesem Sinne plädiert Kubitschek für das Mittel der Provokation als Störung des reibungslosen politischen Betriebs etablierter Parteien und Interessenverbände.

Ein neues Phänomen ist die Tatsache, dass Vertreter des IfS und Teilnehmer der Seminare sich nicht mehr ausschließlich auf dem Feld der Metapolitik bewegen, sondern die direkte Intervention suchen. Unter dem Namen *Konservativ-Subversive Aktion* unternahm es eine Gruppe um **Felix Menzel**, den Kongress der Hochschulorganisation der Partei Die Linke mit einer Flugblattaktion zu stören. *Konservativ-Subversive Aktion* nimmt schon vom Namen her Bezug auf jene subversiven Aktionsformen des historischen SDS der von rechts so geschmähten ´68er. Dies löste unter den Nutzern verschiedener neurechter Blogs eine heftige Debatte um Sinn und Ziel der Aneignung linker Namen und Aktionsformen aus. Während einige Blog-Nutzer diese Aktionsformen für unangemessen erklären, begrüßen junge, aktivistisch ausgerichtete Sympathisanten des IfS solche Aktionen.

Im Spektrum der intellektuellen extremen Rechten ist das IfS eine feste Größe, von der wesentliche Impulse für die theoretische Debatte des rechten Milieus ausgehen. Über die eigene Szenerie hinaus kampagnenfähig ist man jedoch nur an den inhaltlichen Schnittstellen zu den klassischen Themen des etablierten Konservatismus. Doch als Hüterin der Flamme der Konservativen Revolution ist das IfS für die extreme Rechte unersetzlich. ★

Von Jeroen Bosch

Die Nationaal Socialistische Actie

Autonome Nationalisten in den Niederlanden

Der Ursprung der niederländischen "Autonomen Nationalsozialisten" liegt in Deutschland. Die Gründung der "Aktiefront Nationaal Socialisten" ("Aktionsfront Nationaler Sozialisten", ANS) im Jahre 1984 in den Niederlanden geht auf eine Initiative der deutschen "Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" zurück. Die ANS, unter der Führung von Eite Homan, versteht sich selbst als "revolutionär" und propagiert einen "National-Sozialismus im Stile der SA". Sie bezieht sich zwar stark auf ihr deutsches Pendant, dennoch versucht sie, sich in Parteien wie die CP'86 und – seit ihrer Neugründung mit Hilfe von Homan im Jahre 1996 – in die "Nederlandse Volksunie" ("Niederländische Volksunion", NVU) zu integrieren.

NSA und NVU

Die ersten Jahre zählte die ANS nur eine Handvoll Aktivisten. Dies änderte sich vor zwei Jahren drastisch. Unter dem Namen *Nationaal Socialistische Actie* ("National-Sozialistische Aktion", NSA) ist sie seit 2006 bei NVU-Demonstrationen mit einem "Schwarzen Block", ihren eigenen Parolen und Themen vertreten. Mit dem "Schwarzen Block" und einem selbstbewussten Auftreten gegenüber Polizei und politischen Gegnern schaffen sie eine temporäre autonome Zone, durch die sie sich stark und unabhängig fühlen. Verstärkt durch das Skandieren eigener Parolen und Abwandlungen von Hooliganslogans, schaffen sie eine kämpferische Atmosphäre innerhalb des Blocks.

Die NSA wird unabhängig

2007 hat sich die NSA zu einer unabhängigen und eigenständigen Organisation entwickelt. Mittlerweile organisiert sie, unabhängig von der NVU, Demonstrationen, aber auch Treffen, Schulungen und spontane Aktionen. Die Rechts-"Autonomen" nutzen rege das Internet, beteiligen sich intensiv an Diskussionen in Internetforen und veröffentlichen Videos von ihren Demonstrationen und Aktionen auf dem Internetportal *YouTube*.

Die deutsche Beteiligung an Demonstrationen der *Nederlandse Volksunie* hat mit dem Anwachsen des "Schwarzen Blocks" der NSA abgenommen. Zwar sei es laut NVU-Vorsitzendem **Constant Kusters** weiterhin möglich, viele Teilnehmer aus Deutschland zu mobilisieren. Doch selbst der deutsche Parteisekretär der *Volksunie,* **Christian Malcoci**, ist seit 2006 nicht mehr auf ihren Demonstrationen aufgetaucht. Trommeln, Redner und die Lautsprecheranlage werden aber weiterhin von deutschen Neonazis gestellt – von **Christian Worch** bis hin zur *AG Tierrecht* aus NRW. Der niederländische "Schwarze Bock" seinerseits nimmt regelmäßig an deutschen Neonazidemos teil und stellt mancherorts auch Redner.

Hauptthemen und Ideologie der NSA

Besonders interessant ist das Verhältnis der niederländischen NSA zum Islam. So fanden zwei Demonstrationen mit positivem Bezug auf den Iran und dessen Präsident **Mahmud Ahmadinedschad** statt, bei denen Neonazis mit der iranischen und palästinensischen Fahne sowie mit Bannern der Jerusalemer Felsenmoschee auftraten. Eite Homan

trug ein T-Shirt mit dem Bild **Osama Bin Laden**s. Auf einer anderen Demonstration trugen die Anhänger der NSA T-Shirts mit dem Porträt Ahmadinedschads und dem deutschen Text "Mein Freund ist Ausländer". Der deutsche Neonazi **Michael Krick**, in den Niederlanden wohnhaft und in der *Racial Volunteer Force of Blood & Honour* (RVF) aktiv, verfasste sogar einen Artikel über die Notwendigkeit für die NSA/ANS/RVF, den Iran zu unterstützen. Da der Islam uneingeschränkt resistent gegen die Einflüsse des liberalen Kapitalismus sei, müsse er gegen den Imperialismus von USA und Israel verteidigt werden. Parolen des schwarzen NSA-Blocks auf Demonstrationen der NVU waren beispielsweise "Nahost Judenfrei" (auf Deutsch), "Juden raus... aus Palästina", "Nationaler Sozialismus Jetzt!", "Hamas, Jihad, Hisbollah" sowie die englische Parole "Fuck ZOG".

Als der Rechtspopulist **Geert Wilders** von der *Partij voor de Vrijheid* ("Partei für die Freiheit", PVV) seinen anti-islamischen Film "Fitna" im Internet veröffentlichte, kam es neben Protesten in islamischen Ländern auch zu spontanen Aktionen der "Autonomen Nationalisten" gegen den Film des "Zionisten" Wilders. Der Film setzt Stellen des Korans mit Bildern des Terrors in Verbindung und beschreibt eine stark antisemitische Ausrichtung des Islam, die von Wilders kritisiert wird. Das ist wohl auch der Grund, warum die ANS sich an "Fitna" störte und einige Tage später einen Film über die Thora drehte und auf *YouTube* veröffentlichte. Auch dieser Film benutzt Zitate, die mit Bildern untermalt werden. Herausgekommen ist ein antisemitischer Film, der mit dem Lied "ZOG II" der deutschen Band *Stahlgewitter* unterlegt *i*st. Außerdem reagierte die NSA mit einer Demonstration im Parlamentsviertel von Den Haag.

Gleichwohl vergessen die NSA-Aktivisten im "Schwarzen Block" niemals ihre NS-Ideologie: Sie führen deutschsprachige Transparente "14/88 Hier marschiert der Nationale Widerstand" mit sich, skandieren "Deutschland erwache", "Ruhm und Ehre für die Deutsche Wehrmacht", "Schutzstaffelsoldaten, Heldentaten" und singen das **Horst-Wessel**-Lied.

Selbst für eine Demonstration gegen eine Party des US-amerikanischen Musiksenders MTV in Den Haag waren sich die AN nicht zu schade und kritisierten diese als perverse westlich-kapitalistische Veranstaltung, die Frauen erniedrige und "schwarze Gewalt" fördere.

Bis heute gibt es jedoch nur wenige theoretische Beiträge von den niederländischen "Autonomen Nationalisten" selbst. Sie bedienen sich vor allem aus Artikeln der RVF oder übersetzen deutsche Theorietexte. In der "Anleitung zum Aufbau der Bewegung" kann gelesen werden, dass "Provokation um jeden Preis", auch "wenn dies zu Verhaftungen und Prozessen führt" zu ihren Hauptgrundsätzen zählt. Und sie begrenzen den Gebrauch des "bewaffneten Kampfes": "Nicht aus Angst, nicht weil der bewaffnete Kampf gegen das System nicht gerechtfertigt wäre, sondern weil die Kosten in dieser Phase des Kampfes noch zu hoch sind und der Nutzen zu gering ist."

Für Diskussionen sorgten Aufkleber der NSA, die die Freiheit für den RAF-Aktivisten **Christian Klar** forderten. Michael Krick und der NSA-Führer **Alwin Walther** verteidigten die RAF, deren Mitglieder "gegen die Zionisten und ihre Verbündeten zu den Waffen griffen". Kusters hingegen sieht in der RAF nur einen Haufen von Linksradikalen. Ein Bruch zwischen beiden Gruppen blieb nur aus, weil sich die Beteiligten im Klaren sind, dass sie alleine zu unbedeutend sind, um getrennt zu bestehen.

Für Diskussion sorgte auch eine von der NSA organisierte Demonstration in ihrer "Heimatstadt" Zoetermeer am 5. Juli, einer Großstadt nahe Den Haag. Das Fronttransparent lautete "Anti-Fascist Action" und zeigte das Antifaschistische-Aktion-Logo. Der Anführer der NSA, Alwin Walther, erläuterte, warum sie sich als "Antifaschisten" bezeichnen: "**Benito Mussolini** war ein Freund der Bourgeoisie und stach ein Messer in den Rücken der Arbeiter. Faschismus braucht einen starken Staat, der sein Volk unterdrückt und die Bürger als Sklaven des Staates ansieht. Nationaler Sozialismus hingegen sieht die Macht beim Volk." Teilnehmer des "schwarzen Blocks" kritisierten ihn dafür im *Stormfront*-Forum: "Warum sollen wir den Schwerpunkt auf den Faschismus als Feind setzen, wenn wir doch schon viele Feinde haben?"

Gewalt der NSA

Das Ausmaß der Gewalt, die von den "Autonomen Nationalisten" ausgeht, ist beunruhigend. Sie greifen Linke, Migranten und sogar andere extrem rechte Gruppen an. Anfang 2007 versuchte etwa eine Reihe von NSA-Anhängern, eine Demonstration der faschistischen *National Alliance* ("Nationale Allianz", NA) anzugreifen. Dabei wurden die "Autonomen Nationalisten" selbst von antirassistischen *Feyenoord*-Aktivisten angegriffen – ihre Aktion endete in Haft und im Krankenhaus.

Einschätzung

Heute dominiert die NSA mit ihren aggressiven Kampagnen und spontanen Aktionen das neonazistische Spektrum in den Niederlanden. Es ist zu erwarten, dass sie auch in Zukunft in der Lage sein werden, Jugendliche an sich binden. Dennoch bleibt abzuwarten, wie die "Autonomen Nationalisten" ihre nur subkulturelle Ausrichtung überwinden werden. Dies ist auch davon abhängig, welche Strategien ihre Gegner ihnen entgegensetzen werden. ★

Zum Autor

Jeroen Bosch ist Redakteur bei der antifaschistischen Zeitschrift "Alert!", *www.alertafa.nl*.

Von Günter Born

Das Kreismuseum Wewelsburg

Gedenkstätten in NRW – Teil 5

Im Jahr 1971 veröffentlichte die Vereinigung Westfälischer Museen einen Reiseführer, der die regionale Museumslandschaft vorstellen sollte. Über das Heimatmuseum des ostwestfälischen Kreises Büren, das in der im 17. Jahrhundert als fürstbischöfliches Residenzschloss errichteten Wewelsburg untergebracht war, wusste das Büchlein folgendes zu berichten: "Nach der Eröffnung des Museums 1925 mussten die Bestände bereits 1934 nach Büren zurückgebracht werden. 1945 brannte die Burg völlig aus. Erst nach deren Wiederherstellung seit 1949 konnte das Museumsgut wieder in der Burg gezeigt werden."

Es folgten keine weiteren Erläuterungen. Weshalb die Bestände des Heimatmuseums 1934 aus der Burg verschwunden waren, blieb ebenso im Dunkeln, wie die Ursache des Brandes, der 1945 die Wewelsburg zerstört hatte. Mit keinem Wort wurde erwähnt, dass das Schloss in der Zeit des Nationalsozialismus zu einem weltanschaulichen Zentrum der SS ausgebaut worden war. Auch auf das in unmittelbarer Nähe der Wewelsburg gelegene KZ Niederhagen, dessen Häftlinge die SS als billige Arbeitskräfte für ihr monströses Bauvorhaben ausgebeutet hatte, fand sich nicht der geringste Hinweis.

Dieses vernehmbare Schweigen kennzeichnete nicht nur den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der ostwestfälischen Provinz, sondern stellte ein Charakteristikum der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik bis zur Mitte der 1970er Jahre dar. Nach wie vor markierten die Jahre zwischen 1933 und 1945 in Ortschroniken, lokalen Erinnerungskulturen und regionalen Reiseführern einen eigentümlichen weißen Fleck.

Die Auseinandersetzungen um einen angemessenen Umgang mit der NS-Vergangenheit um die Burg und das Dorf Wewelsburg entsprachen somit im Wesentlichen den geschichtspolitischen Entwicklungslinien, wie sie auch sonst in NRW zu beobachten waren. Dennoch weisen die Kontroversen um die Wewelsburg und das KZ Niederhagen einige Besonderheiten auf.

Erstens waren die erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen vor allem während der 1970er Jahre von einer besonderen Schärfe geprägt. Zweitens waren die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen seit den 1970er Jahren in den städtischen Ballungsgebieten für eine kritischen Auseinandersetzung mit der Zeit des NS vielfach günstiger als im ländlichen Ostwestfalen. Während in Essen ("Alte Synagoge"), Köln ("EL-DE-Haus") oder Münster ("Villa ten Hompel") Geschichtsinitiativen mit breiter gesellschaftlicher Verankerung die Einrichtung von NS-Gedenkstätten erstritten, waren es in und um Wewelsburg vor allem "Einzelkämpfer der Erinnerung" (**Alfons Kenkmann**), die das kollektive Beschweigen der NS-Vergangenheit aufzubrechen versuchten. Drittens ergibt sich die besondere Stellung der Wewelsburg aus der ihr zugeschriebenen historischen Bedeutung in der Zeit des "Dritten Reichs". Als "Kultstätte der SS" war und ist sie Projektionsfläche für mystifizierende, esoterische und offen apologetisch-rechtsextremistische Interpretationen des NS.

Die Wewelsburg – eine »Erlebniswelt« für die SS?

Im September 1934 überließ der Kreis Büren die Wewelsburg der NSDAP. Am Rande des Teutoburger Waldes, unweit von Hermannsdenkmal und den mythenumwobenen Externsteinen, im vermeintlichen Kernland Germaniens gelegen, sollte die Wewelsburg **Heinrich Himmler**s Vorstellungen zufolge eine Akademie zur weltanschaulichen Schulung höherer SS-Führer beherbergen.

Seit 1936 setzte dieser in seinen Planungen jedoch andere Akzente. Die Wewelsburg sollte nunmehr zu einer repräsentativen Zentrale des SS-Gruppenführerkorps ausgebaut werden. Die im Jahr 1938 begonnenen Baumaßnahmen zielten gemäß der Selbststilisierung der SS als Ritterorden darauf ab, dem Residenzschloss den Charakter einer mittelalterlichen Burg zu verleihen. Als "kultisches" Zentrum der Wewelsburg war der Nordturm vorgesehen. Während im Kellergewölbe eine "Gruft" entstand, gestaltete der Architekt **Hermann Bartels** das Erdgeschoss zu einem "Obergruppenführersaal" aus, in dessen Marmorboden ein aus zwölf Sigrunen bestehendes Sonnenrad eingelassen wurde. In den folgenden Jahren nahmen die Planungen größenwahnsinnige Züge an. Die Wewelsburg sollte nach dem "Endsieg" des Nationalsozialisten den SS-zentrierten "Mittelpunkt der Welt" bilden. Das verhinderte jedoch die militärische Niederlage. Im März 1945 sprengte ein SS-Kommando die Burg.

Da die Anlage in der NS-Zeit kaum genutzt wurde, ist bis heute umstritten, welche Funktion der Wewelsburg im polykratischen System des NS zukommen sollte. Die Konfliktlinien verlaufen entlang der Frage, ob Himmler die Burg perspektivisch als Ort der "Selbstvergewisserung für politische Entscheidungen" betrachtete oder ob die Nutzungspläne der SS nicht doch viel banaler gewesen seien. Die Wewelsburg sollte demnach, wie der Politikwissenschaftler **Markus Moors** argumentiert, den obersten SS-Führern als "neofeudales Erholungs- und Konferenzheim" mit "integrierter weltanschaulicher Erlebniswelt" dienen.

Kaum beachtete Tatsache ist hingegen, dass tausende von KZ-Häftlingen zu den Bauarbeiten in und um die Wewelsburg herangezogen wurden. Im Jahr 1939 entstand in Niederhagen ein Außenlager des KZ Sachsenhausen, um der SS einen schnellen Zugriff auf billige Arbeitskräfte zu ermöglichen. Zwischen 1941 und 1943 firmierte das Lager als eigenständiges KZ, das jedoch mit der Einstellung der Baumaßnahmen auf ein kleines "Restkommando" reduziert wurde. Die Arbeits- und Lebensbedingungen in Niederhagen waren katastrophal. Von insgesamt 3.900 Häftlingen überlebten 1.285 die Torturen nicht. Zudem nutzten verschiedene Gestapo-Stellen in Westfalen das KZ als Hinrichtungsstätte. Der Schrecken endete am 2. April 1945, als die US-Armee nach Wewelsburg einrückte und das Lager befreite.

Das Verblassen der Erinnerung

Rund einen Monat später zwang die US-Militärverwaltung alle Dorfbewohner im Alter zwischen 9 und 70 Jahren zur Teilnahme an einem "Sühnebegräbnis" für 15 ermordete "polnisch-russische Staatsangehörige". Die Absicht der Amerikaner, innerhalb der Bevölkerung Betroffenheit über das in ihrer Nachbarschaft Geschehene auszulösen, endete indessen in einem "Fiasko" (**Eugen Kogon**). Exemplarisch ist hier das Verhalten des Wewelsburger Pfarrers **Franz-Josef Tusch** zu nennen, der nach dem Willen der Militärverwaltung anlässlich des Sühnebegräbnisses über die NS-Verbrechen sprechen sollte, sich dem Ansinnen aber verweigerte und stattdessen über den "Fluch des Hasses und den Segen der Liebe" predigte. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt zeichneten sich erste Konturen jener langlebigen Abwehrhaltungen ab, mittels derer man sich selbst zu Opfern stilisierte und die eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit blockierte.

Dennoch gab es am Ende der 1940er Jahre einige beachtliche Initiativen. Besonders der ehemalige Landrat im Kreis Büren, **Aloys Vogels**, plädierte dafür, in der Wewelsburg ein zentrales "Nazimahnmal" für NRW einzurichten. Tatsächlich entstand in der "Gruft" im Nordturm Ende Juni 1950 eine Gedenkstätte für die Opfer des SS-Terrors, deren Kern ein zwölfteiliger Bilderzyklus des Malers **Josef Glahe** bildete. Die Motive der expressionistisch-kubistischen Gemälde thematisierten unterschiedliche Aspekte nationalsozialistischer Gewalt- und Vernichtungspolitik, wie zum Beispiel die Konzentrationslager, die Patientenmorde und die Pogromnacht. In einer Zeit, in der in der Bundesrepublik nur äußerst abstrakt über die Verbrechen des NS-Regimes gesprochen und geschrieben wurde, stellte der von Glahe geschaffene Bilderzyklus eine bemerkenswerte Ausnahme dar.

Allerdings stieß die Gedenkstätte kaum auf Resonanz. Seit Beginn der 1950er Jahre wurde explizit davon abgeraten, Schulklassen den Bilderzyklus zuzumuten. Dem restaurativen Zeitgeist entsprechend galten die Gemälde als "zu modern", die Darstellung nackter KZ-Häftlinge würde das Schamgefühl der Jugendlichen ver-

letzen. Im Jahr 1973 landeten die Gemälde in einer Abstellkammer. Aber auch die anderen Erinnerungszeichen verschwanden allmählich. Der von den Amerikanern im Mai 1945 gesetzte Gedenkstein wurde 1961 auf den Ehrenfriedhof nach Stukenbrock verlegt. Bereits während der 1950er Jahre war ein Holzkreuz, das in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor dem ehemaligen KZ Niederhagen gestanden hatte, zusammengebrochen und nicht wieder errichtet worden. Das Lagergelände wurde damals nahezu vollständig bebaut. Immerhin konnte der Kreisverband Büren des *Bundes der Verfolgten des Naziregimes* im Jahr 1965 die Anbringung einer Gedenktafel mit der Aufschrift: "Den 1283 Opfern der Hitler-Diktatur im K.Z. Lager Wewelsburg – zur Mahnung" im Innenhof der Wewelsburg durchsetzen. Jedoch wurde auch dieser schlichte Hinweis im August 1973 wieder entfernt.

Risse in der Mauer des Schweigens

Obgleich die Entscheidung der Kreisverwaltung zunächst kaum Reaktionen in der Öffentlichkeit hervorgerufen hatte, entbrannten in den folgenden Jahren heftige Konflikte, ob und in welcher Form in der Wewelsburg der Opfer des NS gedacht werden solle. Die als "Paderborner Mahnmalsstreit" in die regionale Erinnerungskultur eingegangene Kontroverse führte langfristig zu einer intensiveren Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit vor Ort. Am Beginn der Auseinandersetzungen stand eine demonstrative Aktion der DKP, die im Juli 1975 während der alljährlich auf der Wewelsburg stattfindenden Jugendfestwoche eine provisorische Gedenktafel für die Opfer des KZ Niederhagen enthüllte und die Schaffung eines Mahnmals forderte. Zwar wurde die Tafel umgehend entfernt, im Herbst 1976 griff allerdings die Kreistagsfraktion der SPD das Thema auf und stellte den Antrag, im Innenhof der Wewelsburg eine Gedenkstätte zu errichten. Nachdem die CDU-Mehrheit diesen Vorstoß mit dem Argument abgelehnt hatte, man dürfe "im Interesse der jungen Menschen" einen "Neuanfang unseres Volkes nicht unnötig belasten", verschärfte sich der Tonfall der Auseinandersetzung.

Am 9. November 1977 wurde die Wewelsburg erneut zum Schauplatz einer spektakulären Aktion, als der SPD-Bundestagsabgeordnete **Klaus Thüsing** in Gegenwart von Medienvertretern und zwei ehemaligen KZ-Häftlingen im Innenhof unangemeldet eine den "Opfern der Nazi-Diktatur im KZ Wewelsburg-Niederhagen" gewidmete Gedenktafel anbrachte. Die Reaktionen fielen heftig aus. Vor allem der stellvertretende Landrat des Kreises Paderborn, **Felix Klingenthal**, holte zu einer beispiellosen Tirade aus: "Was sich [...] Klaus Thüsing am 9.11.1977 erlaubte, ist schlicht und einfach die Wiedereinführung der von ihm angeblich so verhassten Diktatur. [...] Solange es in Deutschland (DDR) noch KZ-ähnliche Einrichtungen für politische Häftlinge gibt [...] betrachte ich die Anbringung von Gedenktafeln, die an die Vergangenheit erinnern sollen für schizophren." Es dauerte nur wenige Tage, bis die Gedenktafel demontiert wurde.

Somit blieb die Wewelsburg vorläufig ohne Mahnmal. Im März 1982 wurde jedoch die Dokumentation "Wewelsburg 1933 bis 1945 – Kult- und Terrorstätte der SS" eröffnet. Mit der Ausstellung und den zahlreichen daran geknüpften museums- und gedenkstättenpädagogischen Angeboten hat die kritische Auseinandersetzung mit dem NS in Wewelsburg eine wesentlich breitere Verankerung erfahren. Die Risse in der bis in die 1970er Jahre nahezu omnipräsenten Mauer des Schweigens vergrößerten sich deutlich. Gänzlich zum Einsturz gekommen ist sie jedoch bis in die unmittelbare Gegenwart nicht, wie der Blick auf den Umgang mit dem ehemaligen KZ Niederhagen zeigt. So konstituierte sich etwa im September 1989 in Wewelsburg eine Bürgerinitiative, die eine "Unterbindung der ‚Belästigung' der Bürger in Niederhagen durch die zahlreichen Besucher" ebenso forderte, wie die "Verhinderung der Aufstellung von Hinweis- und Gedenktafeln im gesamten Ortsgebiet Wewelsburg". Der Dorfrat und die Stadt Büren vertraten bis ins Jahr 1998 eine ähnliche Auffassung, indem sie regelmäßig auf eine im Jahr 1990 getroffene Vereinbarung verwiesen, der zufolge auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Niederhagen kein dauerhaftes Erinnerungszeichen gesetzt werden durfte. Erst als die Arbeitsgruppe "Gedenktag 2. April" zusammen mit überlebenden Häftlingen des Lagers im April 1998 eine Gedenkveranstaltung auf dem Appellplatz durchführte, bei der sie ein provisorisches Mahnmal errichteten, geriet auch dieser Schweigekonsens ins Wanken. Am 2. April 2000, 55 Jahre nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reichs", wurde in Niederhagen das erste Mahnmal eingeweiht, das an die Toten des KZs erinnert.

Ausblick

Indessen steht das Kreismuseum Wewelsburg vor neuen Herausforderungen. Am 2. April 2010 soll eine stark erweiterte, vollkommen neu gestaltete Dauerausstellung eröffnet werden. Deren Kuratoren haben sich das ambitionierte Ziel gesetzt, nicht nur die Geschichte der Wewelsburg im NS darstellen zu wollen, sondern auch "die allgemeine Geschichte der SS sowie die Nachkriegsgeschichte zu dokumentieren". Wesentlich ausführlicher als in der jetzigen Ausstellung sollen in der Neukonzeption das KZ Niederhagen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge sowie "das Verhältnis des Dorfes zum Konzentrationslager" beleuchtet werden. Von besonderem Interesse dürften aber auch die Ansätze sein, mit denen die Ausstellungsmacher den in zahlreichen einschlägigen Publikationen entfalteten esoterischen und rechtsextremen Projektionen auf die Wewelsburg begegnen werden. ★

Von Bernd Kasparek

Abschottung eines Kontinents

Die europäische Grenzschutzagentur »Frontex«

Manch eine mag sich noch an die neunziger Jahre erinnern, als die europäische Außengrenze noch zwischen Polen und Deutschland verlief, jährlich Grenzcamps an dieser Grenze stattfanden und der Bundesgrenzschutz das beliebteste Feindbild aller AntirassistInnen war. Seit der letzten Runde der Schengenerweiterungen am 21. Dezember 2007 hat Deutschland jedoch keine Außengrenze mehr, denn diese hat sich längst nach Süden und Osten verlagert: Die EU und der Schengenraum wachsen. Gleichzeitig wird die Asyl- und Migrationspolitik europäisiert, mehr und mehr Kompetenzen sollen auf die EU-Ebene verlagert werden. Dies ist ein zäher Prozess, wie jüngst die Diskussion um **Nicolas Sarkozy**s "Europäischen Vertrag über Einwanderung und Migration" zeigte. Denn die verschiedenen Mitgliedsstaaten sind sich alles andere als einig, welche EU-weiten Grundsätze gültig sein sollen. Nur in einem scheinen sich die Staaten einig zu sein: Das Feindbild der "illegalen Migration" muss weiter beschworen und bekämpft werden. Zu diesem Zweck wurde 2004 die *Frontex* (*Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen*) ins Leben gerufen. Ihr Name leitet sich aus dem Französischen ab (*frontières extérieures*, Außengrenzen) ab. Die Mutmaßung, dass der Name bewusst martialisch klingen soll, ist wohl nicht falsch, ist doch das verfolgte Ziel Abschottung und Abschreckung.

Gründungsprozess

Direkt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 fand als Reaktion ein außerordentliches EU-Ministerratstreffen statt. Auf diesem Treffen wurde zum ersten Mal über die Möglichkeit der Schaffung einer europäischen Agentur à la *Frontex* gesprochen. Am 26. Oktober 2004 verabschiedete der Rat der Europäischen Union die Verordnung (EG) 2007/2004 zur Schaffung von *Frontex*. 2005 nahm *Frontex* seine Arbeit auf, die Agentur verfügt mittlerweile über rund 200 MitarbeiterInnen im Hauptquartier in Warschau und über ein Budget von 70 Millionen Euro pro Jahr. *Frontex* hat den Rechtsstatus einer europäischen Agentur. Damit ist *Frontex* einer effektiven Kontrolle weitestgehend entzogen. Das europäische Parlament kann nur das Budget beschließen, die Richtlinien für die Arbeit der Agentur werden im Verwaltungsrat sowie von der EU-Kommission festgelegt. Im Verwaltungsrat wiederum sitzen lediglich VertreterInnen der Grenzschutzpolizeien der Mitgliedsstaaten, im Falle Deutschlands also der Bundespolizei.

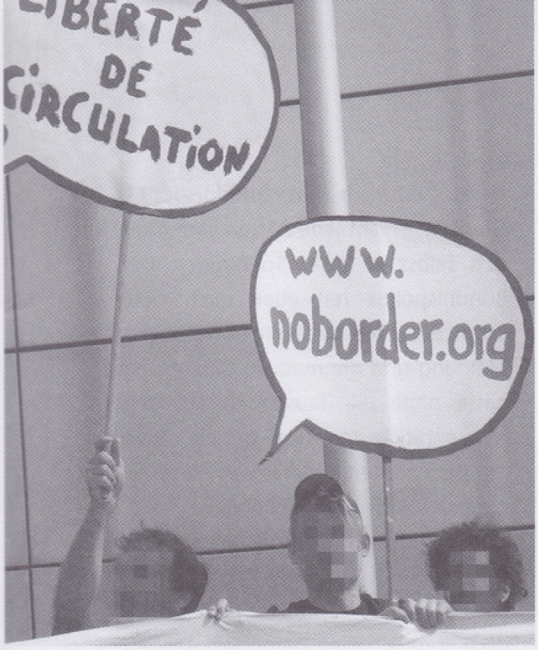
Koordination des Grenzschutzes

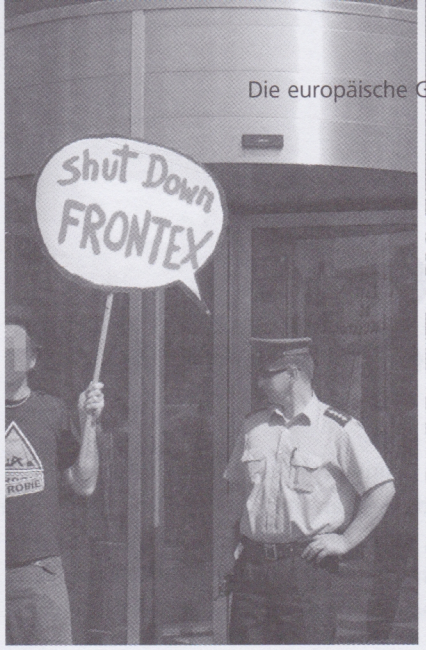
Frontex selbst verfügt über keine eigenen Einheiten, Schiffe oder Hubschrauber. Denn die Aufgabe von *Frontex* ist es nicht, die nationalen Grenzschutzeinheiten zu ersetzen, sondern sie lediglich bei der Koordination der gemeinsamen Arbeit an der gemeinsamen Außengrenze der EU zu unterstützen.

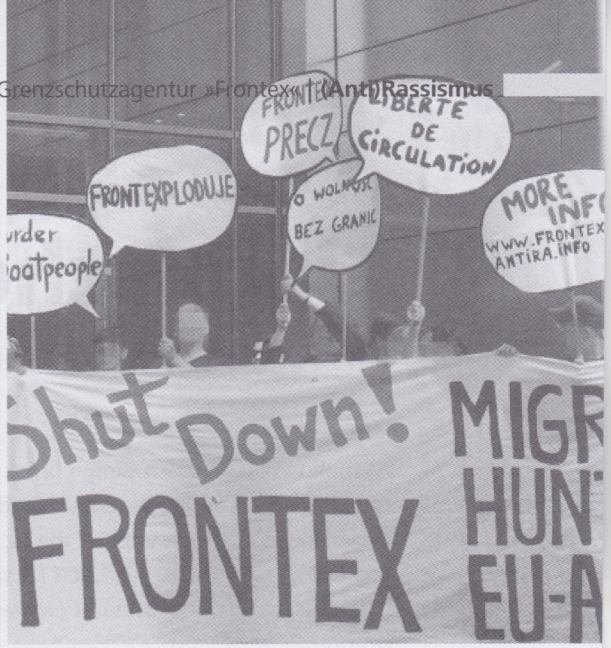
Zu diesem Zweck erstellt *Frontex* ein so genanntes gemeinsames integriertes Risikoanalysemodell (CIRAM). Dieses Modell soll die aktuelle Lage an den Grenzen der Europäischen Union abbilden, sprich erkunden, welche Routen der irregulären Migration vorhanden sind und wo ein scheinbarer Handlungsbedarf besteht. Auf Grundlage dieser Daten plant Frontex "gemeinsame Operationen", die von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten dauern können. In diesen Operationen kooperieren Grenzschutzeinheiten der verschiedenen Mitgliedsstaaten, die auch ihr Material (Schiffe, Hubschrauber, Nachtsichtgeräte, CO2-Detektoren etc.) einbringen.

Diese Operationen fungieren quasi als ein Laboratorium, in dem eine europäische Grenzschutzpraxis erprobt wird. Denn es gibt noch viele Probleme bei der Zusammenarbeit: Sprachbarrieren, nicht-kompatible Ausrüstung (z.B. digitaler vs. analoger Funk) und vor allem unterschiedliche gesetzliche Grundlagen der einzelnen Staaten.

Größeren Bekanntheitsgrad erlangte *Frontex* im Zusammenhang mit den Operationen "Hera" und "Nautilus" seit dem Jahr 2006. Ziel war es, die Ankunft von Flüchtlingen auf den Kanarischen Inseln ("Hera") und Malta ("Nautilus") zu verhindern. Im Falle von Malta zeigte sich dieser Versuchscharakter besonders klar. In den Internetforen maltesischer Zeitungen herrscht die einschlägige Meinung, dass *Frontex* entweder ein Placebo oder total inkompetent ist. Aussagen von an Nautilus beteiligten Offizieren deuten auf ein relatives Chaos, fehlendes Material und vor allem auf eine fehlende gesetzliche Grundlage hin. Doch sicherlich sind diese Erfahrungen durchaus nützlich für *Frontex*. Denn erst auf Grundlage dieser Erfahrungen lässt sich ein europäisierter Grenz-







Fotos: noborder network, cc-Lizenz: *http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/*

schutz denken und realisieren. Erfahrungen von rechtlichen Problemen werden sicher in die entsprechende europäische Gesetzgebung einfließen.

Im Falle von "Hera" operierten Grenzschutzschiffe nicht mehr nur vor den Kanarischen Inseln, sondern patrouillierten in westafrikanischem Küstengewässern, um Boote schon an der Abfahrt zu hindern. *Frontex* operiert damit rund 2.000 Kilometer von europäischem Territorium entfernt, die Grenzen werden so vorverlegt. Im Falle von "Nautilus" war diese Exterritorialisierung der Grenzsicherung jedoch nicht möglich, weil Libyen nicht kooperieren wollte.

Frontex führt noch mehr Operationen durch, vor allem an internationalen Flughäfen und an der neuen ost- und südosteuropäischen Schengengrenze. Auch während der EM in Österreich und der Schweiz – das Schengen-Abkommen war zeitweise aufgehoben worden – war *Frontex* an den Grenzkontrollen beteiligt.

Weiterhin bemüht sich *Frontex*, den Mitgliedsstaaten technisches Equipment untereinander zu vermitteln (was nicht funktioniert) und koordiniert eine Schnelleingreiftruppe, genannt RABIT (*Rapid Border Intervention Team*) für "Krisen"-Situationen an der Grenze. Besonders perfide ist die Koordinierung gemeinsamer Abschiebeflüge. *Frontex* plant, eine Art Reiseagentur für Abschiebungen zu unterhalten, an die sich die EU-Staaten wenden können. Ein gemeinsamer Abschiebungsflug findet statt, sobald genug Menschen aus einem Herkunftsland gemeldet wurden.

Außerdem betreibt *Frontex* Forschungen zu Grenzschutztechnologien, vor allem zur biometrischen Kontrolle an den Grenzen. Die Grenzschutzagentur ist auch an der Entwicklung mobiler Überwachungstechnologien wie Radarfahrzeugen oder Drohnen beteiligt. Ein weiteres Tätigkeitsfeld von *Frontex* ist die Organisation von Schulungen für GrenzschutzbeamtInnen, welche eine Grundlage für eine europäisierte Praxis des Grenzschutzes entstehen soll.

Menschenrechtsverletzungen

Frontex beteuert, dass bei allen Operationen Menschenrechte und Asylrecht oberste Priorität hätten, eine Kooperation mit dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bestehe. Berichte von an Operationen Beteiligten lassen dies jedoch als Lippenbekenntnisse erscheinen. So sagte ein italienischer Offizier, er sei sehr überrascht gewesen, als er von der Praxis erfuhr, Flüchtlingsbooten Treibstoff und Lebensmittel zu entnehmen, um die Insassen an der Weiterfahrt zu hindern. Auch Berichte aus Malta weisen daraufhin, dass nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten wird, der Minimalkonsens des Flüchtlingsschutzes.

Fazit und Ausblick

Frontex soll die Abschottung der europäischen Grenzen gegenüber all jenen, die als unerwünscht wahrgenommen werden, weiter perfektionieren. Dabei hat *Frontex* einen sehr weiten Begriff von Grenze, wie die Seeoperationen weit vor den EU-Grenzen zeigen. Nach informellen Plänen einiger Innenminister soll *Frontex* auch mitwirken, in Drittstaaten ein zur EU kompatibles Grenzregime aufzubauen. Das nächste Ziel sollen nun die "visa overstayers" werden, also jene Menschen, die mit einem befristeten Visum legal in die EU eingereist sind, nach Ablauf aber nicht wieder ausgereist sind. Zu diesem Zweck soll eine biometrische Visadatenbank aufgebaut werden, die an das europäische Fahndungssystem SIS angeschlossen werden soll. *Frontex* steht also für die Entwicklung eines immer aggressiveren europäischen Abschottungssystems nach Innen wie auch Außen. Angesichts der Tatsache, dass sich die EU jedoch nicht als Nationalstaat konstituiert, ist es wesentlich schwieriger, einen geeigneten Adressaten für Kritik zu finden. Doch auch wenn *Frontex* wesentlich anders konzipiert ist als der BGS der 1990er Jahre, lohnt es sich, dieses Symbol der europäischen Abschottungspolitik zu kritisieren, solange diese Kritik Teil einer umfassenderen Kritik am europäischen Grenz- und Migrationsregime ist. ★

Mehr Infos auf Frontexwatch:
http://frontex.antira.info

Das Interview führte Tanja Herrmann

Einmischen!

Interview zur Interventionistischen Linken

Aktuell versuchen sich einige linke Gruppierungen mit der Interventionistischen Linken (IL) an einer bundesweiten und spektrenübergreifender Organisierung. Doch was ist die IL, was will und kann sie? Und was hat das mit der Antifa zu tun? LOTTA sprach mit VertreterInnen des Antifa-KOK Düsseldorf und Umland (www.antifa-kok.de), einer IL-Mitgliedsgruppe.

Ihr seid Mitglied in der Interventionistischen Linken (IL). Wo und wie wollt Ihr denn intervenieren?

Jens: Für uns heißt interventionistische Politik, dass wir uns in gesellschaftlich relevante Auseinandersetzungen einmischen und radikale Kritik und Praxis sichtbar und erfahrbar machen wollen. Wir wollen Politik in einem Rahmen gestalten, der es ermöglicht, linke Positionen wieder ins Zentrum der Debatte zu stellen und den neoliberalen Kräften nicht das Feld überlassen. Das ist der IL während des G8-Gipfels partiell geglückt. Daran gilt es anzuknüpfen.

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel war das erste öffentliche Auftreten der Interventionistischen Linken. Hat die IL in Heiligendamm ihre Ziele erreicht?

Birgit: Mit der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel waren wir sehr zufrieden. Sowohl an der Großdemonstration, als auch an den Massenblockaden, den Aktionstagen und am Camp haben sich Tausende aus den verschiedenen Spektren beteiligt und zusammengearbeitet. Es ist gelungen, in einem breiten Bündnis die generelle Ablehnung der Politik der G8 als gemeinsame Aussage zu verankern. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ansätze, Positionen und Praxen der verschiedenen Spektren und beteiligten Organisationen und trotz des hohen Repressionsdrucks und der medialen Stimmungsmache nach der Großdemonstration hat sich dieses Bündnis nicht spalten lassen. Stattdessen haben wir zusammen die Gesamtchoreografie der verschiedenen Aktionen und vor allem die Massenblockaden zum Erfolg geführt. Und dies öffentlich und medial vermittelt. Dafür stand gerade auch die IL.

Zeigen die vorschnellen Distanzierungen nach der Demonstration am 2. Juni in Rostock von Leuten wie Peter Wahl (attac) oder Monty Schädel (DFG/VK) nicht die Grenzen von Bündnispolitik auf?

Jens: Natürlich hat Bündnispolitik Grenzen – nicht jede Aktion vermittelt sich selbst in unser Spektrum. Aber Bündnispolitik hat eben auch viele Chancen: Die gesamte öffentliche Meinung und die mediale Darstellung hätte ohne die Tausenden auf den Massenblockaden und gerade auch mit dem breiten Bündnis von *Block G8* niemals wieder kippen können.
Und vor allem haben wir mit der erfolgreichen Bündnisaktion dem Law&Order- Staat und seinen militärisch abgesicherten Demoverboten ein Schnippchen schlagen können.

Birgit: Für uns und viele andere Antifa-Gruppen sind Auseinandersetzungen in breiten Bündnissen keine neue Erfahrung, sondern Teil der Kämpfe gegen Nazistrukturen. Bündnisse sind eben nicht mit gemeinsamer Organisierung zu verwechseln. Wir haben aber ein Interesse, unsere Positionen auch in anderen gesellschaftlichen Spektren zu verankern und natürlich auch an einer Zusammenarbeit – auch in Antinazi-Bündnissen beispielsweise kann die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Gruppen von großem Vorteil sein.

Nach dem G8 wurde es erstmal recht still um das Projekt Interventionistische Linke...

Jens: ...und es wird auch wieder lauter werden. In den Protesten gegen den G8-Gipfel hat die IL mehr ver-

körpert, als sie eigentlich war. Die IL hat in dieser Form jedoch eigentlich erste Gehversuche gemacht. Danach war erstmal eine Phase der Reflektion und Selbstdefinierung notwendig. Auf der Offenen Arbeitskonferenz ist die IL wieder einen Schritt vorangekommen. Es gibt einige Projekte, in denen sich die IL engagiert. Für uns kann das aber nur der Anfang sein.

Der Antifa-KOK ist die einzige Antifa-Strukur aus NRW, die bei der IL mitmacht. Was versprecht Ihr euch von eurem Engagement?

Birgit: Wir wollen eine bundesweit handlungs- und sprechfähige radikale Linke – es gibt so viele politische Themen und gesellschaftliche Felder, an denen eine (radikal)linke Intervention geboten wäre –, was häufig fehlt, ist die Struktur und die Kompetenz. Da kann eine Organisierung wie die IL hoffentlich einiges bieten.

Jens: Für die Antifa versprechen wir uns eine Reflexion der eigenen Politik mit vielen der älteren und erfahrenen Antifa-Strukturen und eine zwingend notwendige Debatte über die strategische Ausrichtung und Ansätze der eigenen Politik. Wie sehr das geboten scheint, zeigt die Debatte um die bundesweite Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen!" oder die Frage, ob und wie sinnvoll gegen den Neonazi-Großaufmarsch in Dresden interveniert werden könnte.

Birgit: Am Beispiel der Mobilisierung nach Köln ist der Nutzen doch schon offensichtlich. Uns kann eine bundesweite Mobilisierung gelingen, die über das traditionelle Antifa-Spektrum hinaus weist.

Ist das ein Versuch, aus der Teilbereichspolitik der Antifa auszubrechen?

Birgit: Nun ja, für uns als Antifa-KOK war eine Ausdifferenzierung der eigenen Politik schon länger Praxis, beispielsweise gab es eine antirassistische Initiative bei uns oder eine Gruppe, die sich mit Innerer Sicherheit sowie der Umstrukturierung der Innenstädte und die Vertreibung sogenannter Randgruppen beschäftigt hat. Alles lokalpolitisch relevante politische Felder, die direkt oder indirekt mit unserer Antifa-Politik zu tun hatten. Insofern ist dies eigentlich nichts Neues.

Jens: Spannend bei der IL ist jedoch, dass hier so viele verschiedene Gruppen und Historien zusammentreffen. Da kann viel voneinander gelernt werden und der eigene Horizont oder Tellerrand ein wenig überschritten werden.

Welche Rolle spielt der Bereich "Antifaschismus" in der Interventionistischen Linken?

Jens: Es sind erstaunlich viele Antifa-Gruppen in der IL – dafür beginnt die Debatte gerade erst so richtig. Wir haben auf der Arbeitskonferenz eine Podiumsdiskussion mit Vertretern verschiedener Ansätze innerhalb der Antifa-Bewegung organisiert, und die Debatte läuft gerade weiter.

Was unterscheidet die Interventionistische Linke denn von anderen Versuchen von bundesweiter Organisierung wie der 2001 aufgelösten Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Aktion (AA/BO) oder dem Bundesweiten Antifa-Treffen (BAT)?

Birgit: Sowohl der Ansatz der politischen Organisierung – wir wollen von vornherein keine Beschränkung auf Teilbereiche – als auch die Frage des Anspruches der eigenen Organisierung: Keine vernünftige linke Gruppe kann heute von sich behaupten, die Weisheit mit Löffeln gegessen zu haben und damit einen Alleinvertretungsanspruch ableiten. Wir wollen in Kommunikation und Austausch mit anderen gesellschaftlichen linken Kräften treten und strategische Bündnisse schließen – und keine rein taktischen. Und damit die Spielräume linker bzw. linksradikaler Politik wieder erhöhen.

Vor Heiligendamm hat sich aus dem Antifa-Spektrum ja auch das "Umsganze"-Bündnis gegründet. Was unterscheidet die beiden bundesweiten Organisationsversuche? Am Bekenntnis zu einem konsequenten Antifaschismus scheint es ja nicht zu liegen, "Umsganze" und IL mobilisieren beide gegen den "pro Köln"-Kongress in Köln?

Jens: Sicherlich treffen wir die Genossinnen und Genossen von "Umsganze" vor Ort in Köln, wie auch bei anderen Antinazi-Events. Uns ist jedoch der Tenor bei vielem, was man von "Umsganze" liest oder hört, fremd: Die wahre Kritik zu besitzen, ist nicht Teil unseres Ansatzes und zu viel der Abgrenzung. Wir wollen uns nicht in unserem Elfenbeinturm verschanzen.

Birgit: Häufig genügt sich diese vermeintlich radikale Kritik selbst. Das ist uns zu verkürzt und geht uns nicht weit genug – es geht darum, radikale Kritik auch in Bündnisse zu vermitteln und einer Öffentlichkeit über gemeinsame Aktionen zu vermitteln. Darin sehen wir einen der wesentlichen Unterschiede.

Was steht in den nächsten Monaten an?

Birgit: Wie erwähnt, engagiert sich die IL im Rahmen der Blockaden gegen den RassistInnenkongress in Köln im September. Ganz oben auf der Agenda steht auch das NATO -Jubiläum im nächsten Jahr – ein Anlass für uns, antimilitaristische Positionen wieder sichtbar zu machen und zu verbreitern.

Vielen Dank für das Interview.

Mehr Informationen:
www.interventionistische-linke.de

Von Jan-Henning Schmitt

Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung"

Im November 2007 veröffentlichte **Alexander Häusler**, unter Mitarbeit von **Jürgen Peters,** die erste Studie zu *Pro NRW*, einer Gruppierung, die sich als "Bürgerbewegung" inszeniert, deren ideologischen Grundlagen und die organisatorische Herkunft ihrer Führungspersonen aber beweisen, dass sie fester Bestandteil der extremen Rechten ist. Nun legt Häusler einen Sammelband vor, der die Bestandsaufnahme des *pro*-Netzwerkes fortschreibt und um weitere Facetten ergänzt. So werden zum Beispiel die Jugendarbeit von *Pro NRW* und die Aktivitäten von *pro*-Gruppen in München und Berlin untersucht. Lesenswert ist auch die einleitende Populismus-Definition der Soziologin **Karin Priester**. Sie fasst Populismus als einen rechten Politikstil, der den vermeintlichen Volkes-Willen in den Vordergrund stellt und sich sowohl gegen "die da oben" ("Macht-Kartell der Altparteien"), als auch gegen "Sozialschmarotzer" und "Fremde" richtet. Die nationale Identität hat Vorrang vor sozialen Fragen und bildet die Grundlage für das Bündnis einer aufstrebenden Außenseiter-Elite und sich von sozialen Abstieg bedroht fühlenden Mittelschichten, welches die populistischen Parteien ausmacht.

Die zweite Hälfte des Bandes befasst sich mit dem Agitations-Schwerpunkt von *pro NRW*: Überall dort, wo über den Bau von Moscheen diskutiert wird, agitiert die selbst ernannte "Anti-Islam-Partei" gegen "Islamisierung" und "Überfremdung". Das Thema bietet Anknüpfungspunkte bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Mit ihrer erfolgreichsten Kampagne in Köln-Ehrenfeld beschäftigen sich deshalb auch drei Artikel. Auch die zweifelhafte Rolle von **Ralph Giordano** in der Debatte um den Ehrenfelder Moscheebau wird nachgezeichnet. Der Frankfurter Erziehungswissenschaftler **Micha Brumlik** skizziert in seinem Essay den Weg Giordanos vom "Aufklärer zum Stammtischpolitiker", dessen undifferenzierte Islam-Schelte *pro Köln* in die Hände spielte.

Abgeschlossen wird der Band durch Vorschläge und Erfahrungsberichte zum Umgang mit Rechtspopulismus und Anti-Islam-Kampagnen in Kommunen, Parlamenten und Jugendarbeit.

Fazit: Ein gelungener Sammelband, der auch LOTTA-LeserInnen neue Informationen bietet.

Alexander Häusler (Hrsg.):
Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien
Verlag für Sozialwissenschaften 2008, 292 S., 24,90 Euro

Von Johannes Lohmann

Schwarze Geister, Neue Nazis?

Den Veröffentlichungen **Rainer Fromm**s haftet oftmals etwas Oberflächlich-Sensationalistisches an. Das ist auch beim vorliegenden Band der Fall. Denn dass der Autor so unterschiedliche Phänomene wie Dark-Wave, Black Metal, Satanismus, Vampire und Rechtsextremismus mit jeweils einem Kapitel zusammenführt, wird vor allem mit ähnlichen Straftatbeständen begründet. Seitenlang werden in Form einer Reportage diverse Gewalttaten von vermeintlichen oder tatsächlichen Gothic-Anhängern und Satanisten beschrieben. Zwar führt Fromm durchaus auch inhaltliche Gemeinsamkeiten wie Sozialdarwinismus, Elitedenken, antiegalitäre Positionen und Freund-Feind-Schemata an, doch vermag er diese nicht aus bestimmten Szeneprozessen heraus zu analysieren, sondern bleibt in einer bloßen Beschreibung verhaftet, in der *die* "schwarze Szene" als Rekrutierungsfeld für Satanisten und Rechtsextremisten fungiert und "zum Instrument für politischen Ideologietransfer" wird (S. 53).

Die Ausführungen zum Vampirismus wären nicht uninteressant, würde nicht auch hier der Versuch unternommen, diese Erscheinung in kompakten Eckpunkten zusammenzufassen und fragliche Verbindungen zum Death-Metal zu konstruieren, die an der Provo-Band *Cannibal Corpse* fest-

LOTTA empfiehlt

Wer steckt hinter der selbsternannten *Bürgerbewegung pro Köln*? In welchen Vereinigungen hat sich die extreme Rechte in Köln organisiert,und welche Trends prägen rechte Jugendkulturen? Was sind "Autonome Nationalisten"?

Auf solche und andere Fragen gibt diese Broschüre Antwort. Sie lenkt den Blick dabei nicht nur auf bekannte Organisationen wie die NPD,sondern auch auf die oft übersehene "Braunzone"zwischen der extremen Rechten und bürgerlich-etablierten Milieus.

Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden:
Jugendclub Courage Köln e.V.
Steinbergerstr. 40, 50733 Köln
www.jc-courage.de

gemacht werden. Dem folgt ein Parforce-Ritt durch den jugendkulturellen Rechtsextremismus, bei dem in aller Kürze NPD, Kameradschaften, Skinheads, rechter Hardcore, Marken und Symbole der extremen Rechten abgehandelt werden. Das Buch schließt mit zwei Gastbeiträgen von **Manuela Ruda**, beteiligt am so genannten Satansmord von Witten, und dem Aussteiger **Gabriel Landgraf.** Beide Beiträge hätten besser in einen Gesamtkontext eingebunden werden können. Fromm zitiert häufig Originalmaterialien aus antifaschistischer Literatur. Am Thema Interessierte sollten diese Fromms Buch vorziehen.

Rainer Fromm
Schwarze Geister, Neue Nazis. Jugendliche im Visier totalitärer Bewegungen
Olzog 2008, 352 Seiten, 24,90 Euro

Von Rainer Brahms
Die Junge Freiheit in der Kritik

Im Mai 2005 feierte das publizistische Flaggschiff der "Neuen Rechten", die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) seinen bislang größten Erfolg: Das Bundesverfassungsgericht gewichtete die Pressefreiheit stärker und erhöhte die Hürden für eine Nennung von Zeitungen in den Verfassungsschutzberichten. Insbesondere der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hatte die *Junge Freiheit* in der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt. Nachdem sie jahrelang juristisch gegen die Nennung gekämpft hatte, wird die JF seit 2006 nicht mehr aufgeführt.

Ist daraus zu folgern, dass nun keine extrem rechten Inhalte mehr in der JF zu finden sind? Mitnichten, wie der Sammelband "Die Wochenzeitung 'Junge Freiheit'" am Geschichts- und Nationsverständnis der Zeitung, an ihren Positionen zur Außen- und Militärpolitik oder an den Autoren und Anzeigenkunden aufzeigt. Klar wird außerdem, wie zentral die Rolle der JF für die Vernetzung von extremer und demokratischer Rechter ist. Besonders interessant ist ein Beitrag zur "Interviewfalle", schafft es die JF doch immer wieder durch Gespräche mit prominenten, demokratischen PolitikerInnen, sich selbst ins Gespräch zu bringen.

Stephan Braun / Ute Vogt (Hg.):
Die Wochenzeitung "Junge Freiheit". Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden
Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 362 Seiten, 39,90 Euro

Von Torben Heine
Tragödien im Mittelmeer

Gabriele de Grande, ein junger Journalist aus Italien, begibt sich auf die Spuren der vielen Menschen, die jedes Jahr auf der Suche nach einem besseren Leben versuchen, in die "Festung Europa" zu gelangen. Er folgte ihren Routen in der Türkei, Griechenland, Tunesien, Marokko, Westsahara, Mauretanien, Mali und dem Senegal. In den letzten Jahren wurden die EU-Außengrenzen immer weiter gegen irreguläre Migration abgeschottet. Die MigrantInnen begeben sich aber trotz der erhöhten Gefahren auf die schwierige Reise, die Tausende mit ihrem Leben bezahlen. Sie ertrinken im Mittelmeer, weil sie von Bord fallen oder ihre überfüllten Boote kentern. Sie leiden unter den Misshandlungen und der Willkür von Polizei und Militär. Von 1988 bis 2008, schreibt de Grande, sind 8.109 Migranten im Mittelmeer sowie im Atlantischen Ozean auf dem Weg nach Spanien ertrunken. Mehr als ein Drittel aller Leichname sei nie geborgen worden. Mindestens 11.750 Menschen sind bis Januar 2008 an den Grenzen Europas zu Tode gekommen.

De Grande gibt den Menschen, deren Tragödien den europäischen Medien oft nur eine Randnotiz wert sind, ein Gesicht und eine Stimme. Er fragt nach ihren Geschichten, ihren Motiven und Hoffnungen. Er begibt sich an die Orte, von denen sie in Richtung Europa aufbrechen und besucht die Lager, in denen die leben müssen, die es nach Europa geschafft haben oder schon auf See von den EU-Grenzschützern festgehalten wurden. Seine Reportagen sind ein erschütterndes Zeugnis über ein Europa, das den "unerwünschten" MigrantInnen den Krieg erklärt hat und das Tote dabei billigend in Kauf nimmt.

Gabriele de Grande
Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer
von Loeper Literaturverlag 2008, 221 Seiten, 14,90 Euro

Von Jan Raabe, Jürgen Peters und Marie Kaska

»Nur die Sterne waren wie gestern«

Ein Nachruf auf Henryk Mandelbaum

Foto: Bildungswerk Stanislaw Hantz

"Meine lieben Leute...": Menschen, die die Gelegenheit hatten, **Henryk Mandelbaum** kennen zu lernen – unter ihnen auch mehrere AutorInnen der LOTTA –, werden bei diesem Zitat lächeln und sich an den freundlichen alten Herrn erinnern, dem auf den ersten Blick nicht anzusehen war, welches Grauen er in seinem Leben erleiden musste.

Am 15. Dezember 1922 in der polnischen Stadt Olkusz geboren, wurde Henryk Mandelbaum Ende April 1944 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau interniert. Nach einer kurzen Verweildauer im so genannten Quarantänelager wurde er von der SS für das "Sonderkommando" ausgewählt. Die Mitglieder des "Sonderkommandos" hatten die grauenhafte Aufgabe, an den Gaskammern und Krematorien des Lagers zu arbeiten. Sie mussten den Häftlingen erklären, welche Befehle der SS sie zu befolgen hätten, holten später ihre Leichen aus den Kammern, hatten diese auf Goldzähne und andere Wertsachen zu durchsuchen und mussten danach die Leichen vergraben, später in Gruben und in den Krematorien verbrennen und ihre Asche entsorgen. Eine nicht vorstellbare psychische und physische Höllenqual.

Henryk Mandelbaum später über seine Zeit im Sonderkommando: "Nach meinem ersten Arbeitstag wollte ich nicht mehr leben. ... Für das, was ich in dieser Nacht erlebt habe, gibt es keine Worte. Nach dieser Nacht war die Welt nicht mehr die vom Tag davor, mein Leben war nicht mehr das alte. Ich war nicht mehr der von gestern. Nur die Sterne waren von gestern. Sie waren mein einziger Trost."

Häftlinge des "Sonderkommandos" lebten als unfreiwillige Geheimnisträger abgeschirmt von den anderen Häftlingen des Vernichtungslagers. In der Geschichte des KZ Auschwitz gehörten zirka 2.100 männliche Juden dem "Sonderkommando" an. Niemand von ihnen arbeitete längere Zeit an den Krematorien, die SS wollte kein Risiko eingehen, dass ihre Verbrechen

ans Tageslicht kommen und ermordete die meisten von ihnen. Einige begingen auch Selbstmord. Historiker gehen davon aus, dass im Mai 1944, als der Großteil der ungarischen Juden getötet wurde, zirka 870 jüdische Häftlinge dem "Sonderkommando" angehörten. Die Zahl nahm bis zum Winter 1944 stark ab.

Mandelbaum: "Es gab Millionen Menschen in Europa, die nicht in so einer Zwangslage waren wie wir. Die konnten etwas dagegen unternehmen. Das hat kaum jemand getan." Trotz ihrer aussichtslosen Lage leisteten die Häftlinge des "Sonderkommandos" Widerstand. Am 7. Oktober 1944 wagten sie einen Aufstand. Dieser misslang. Als Strafe wurde jedes dritte Mitglied des zum Zeitpunkt des Aufstandes eingesetzten "Sonderkommandos" von der SS ermordet. Henryk Mandelbaum kam mit dem Leben davon: "Ich war kein Dritter.". Seinem Schulfreund **Ryszard Kordek** konnte er dann zur erfolgreichen Flucht verhelfen. Die Häftlinge des "Sonderkommandos" machten auch Fotos von den Massenmorden und versteckten diese für die Nachwelt.

Im Januar 1945 marschierte Mandelbaum am Ende seiner Kräfte mit vielen anderen Gefangenen auf einem der "Todesmärsche" in Richtung Westen. Unter seiner Häftlingskleidung trug er Zivilbekleidung. In einen günstigen Augenblick konnte er sich die Häftlingskleidung abstreifen. "Ich roch die Freiheit, das Leben." Ihm gelang die Flucht.

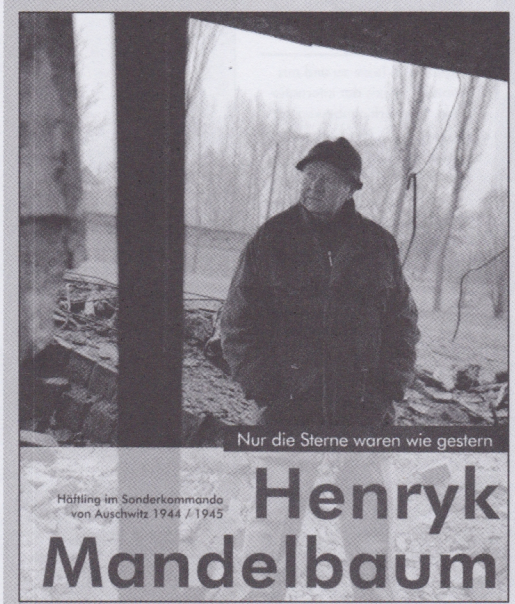
Von den Mitgliedern des "Sonderkommandos", das ausschließlich aus jüdischen KZ-Häftlingen bestand, überlebten etwa 100. Kaum einer von ihnen sprach später über das Erlebte. Viele Überlebende empfanden es als ‚Unrecht', dass sie überlebt hatten, andere jedoch, vor allem eigene Familienmitglieder, ermordet wurden. "Ich bin kein Held weil ich überlebt habe. Ich bin ein ganz normaler Mensch", so Mandelbaum später.

Einige Zeit nach seiner Flucht begann Mandelbaum zu erzählen. Ihm war es stets von großer Wichtigkeit, "die Wahrheit zu vermitteln". Er bot sich als Augenzeuge und Zeitzeuge an, berichtete der Wahrheitsfindungskommission und später insbesondere Schulklassen, Kursgruppen und Studierenden in Polen und Deutschland von seinen Erlebnissen. In den zahlreichen Begegnungen mit interessierten Jugendlichen und Erwachsenen schilderte er immer wieder den Prozess der Entmenschlichung und Vernichtung in dem Lager. Nimmermüde führte er Besuchergruppen über das Gelände des Vernichtungslagers, hin zu den Öfen im Krematorium V, dort, wo sein Leben seinen furchtbaren Tiefpunkt erreicht hatte. Und immer mit dem Ziel, dass die Verbrechen der Nazis und das Leiden ihrer Opfer niemals vergessen werden.

1969 heiratete Mandelbaum seine Frau Lydia. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich u.a. als Inhaber eines kleinen Taxiunternehmens, als Züchter von Schäferhunden und als Imker.

Eine weitere, bereits geplante, Begegnung mit Henryk Mandelbaum blieb uns leider nicht vergönnt. Henryk Mandelbaum verstarb am 17. Juni 2008 im Alter von 85 Jahren nach einer Herzoperation. Am 19. Juni 2008 wurde er auf dem Zentralfriedhof in Gliwice beerdigt. Wir werden ihn nicht vergessen, ebensowenig wie das, was er uns zu berichten hatte! ★

LOTTA empfiehlt



Bildungswerk Stanislaw Hantz e.V. Kassel u.a.
Nur die Sterne waren wie gestern. Henryk Mandelbaum. Häftling im Sonderkommando von Auschwitz 1944/1945
Ausstellungskatalog, Kassel 2006, *www.bildungswerk-ks.de*
Diesem Katalog wurden auch die meisten der o.g. Zitate entnommen.

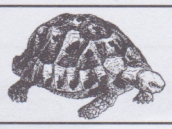
Literatur zum jüdischen "Sonderkommando" in Auschwitz

Eric Friedler, Barbara Siebert, Andreas Kilian
Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando in Auschwitz
München 2005, dtv, EUR 14,50.

Gideon Greif
"Wir weinten tränenlos..." -Augenzeugenberichte des jüdischen "Sonderkommandos" in Auschwitz
Frankfurt am Main 2005, Fischer Taschenbuch, EUR 10,95.

Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau
Inmitten des Grauens. Handschriften von Mitgliedern des Sonderkommandos
Oswiecim/Polen 1996, zuletzt bekannter Preis: PLN 28,00 (aktuell zirka EUR 8,80), siehe auch *http://www.auschwitz.org.pl* unter "Buchhandlung"

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



- Abgetreten? Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Absurd? Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Alternativlos? Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Anachronistisch? Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Antizyklisch? Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

Lunapark21 GmbH, Hubertusallee 42/44, 14193 Berlin

Bestellungen:
Tel.: AVZ Berlin, 030/42804040)
Mail: abo@lunapark21.net,
Einzelheft 5,50 Euro, Jahresabo
(4 Ausgaben) 22,00 Euro

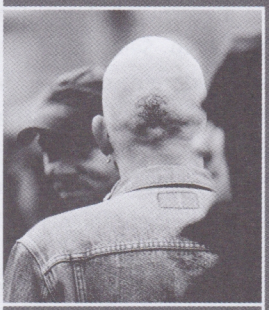
lunapark21
zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

Heft 03 - 08 mit einem Spezial zum Thema **„Öl basierter Kapitalismus"**. Ausserdem, **Lucas Zeise:** US-Hypothekendarlehen; **Winfried Wolf:** Bahnprivatisierung/Russland-Siemens-Connection; **Mohssen Massarat:** Beispiel Iran – Ölreichtum zwischen Segen und Fluch; **Wolfgang Pomrehn:** AKW-Hype; **Thomas Kuczynski:** Demokratie und Wirtschaft; **Dr. Seltsam:** Was wollen Künstler? und **Georg Fülberth:** Seziertisch 142

www.lunapark21.net

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

DER RECHTE RAND



6 AUSGABEN PRO JAHR
15 EURO INLAND

ABOVERWALTUNG DERRECHTERAND
POSTFACH 304180, 20324 HAMBURG

POSTGIRO HANNOVER BLZ 25010030
KONTO 445586-301

WWW.DER-RECHTE-RAND.DE

Seit 1972 von unten durch Beton:

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Die Graswurzelrevolution ist nach wie vor höchst lebendig - sowohl auf Papier gedruckt als auch im Internet präsent."
(taz, 17.03.07)

„... langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure."
(Wikipedia)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich

GWR-Vertrieb
Birkenhecker Str. 11
D-53947 Nettersheim
Tel.: 02440/959-250; Fax: -351; abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

antifaschistischer kalender 2009

im buchhandel erhältlich
isbn-13: 978-3897717091
unrast verlag

LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches Blatt

info

Nr.79 | Sommer 2008

Erinnerungsarbeit
Literatur nach Auschwitz

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
http://projekte.free.de/lotta

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben	ab Ausgabe ___
O Jahresabo, Inland	13 Euro
O Jahresabo, Ausland	17 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	20 Euro
O Jahresabo, Förderabo II	___ Euro

Archiv- Packs	
O Archiv-Pack II (Ausgaben #11 bis #15)	10 Euro
O Archiv-Pack III (Ausgaben #16 bis #19)	9 Euro
O Archiv-Pack IV (Ausgaben #21 bis #25)	12 Euro
O Archiv-Pack V (Ausgaben #26 bis #30)	12 Euro

Einzelexemplare *(Vorrätig sind: #4 bis #7, #9, #11 bis #19 und ab #21)*	
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #7)	2 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #13)	3 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #28)	3,50 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe #29)	4,00 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag auf das o.g. Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und (außer bei WeiterverkäuferInnen) nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren 20 Prozent Ermäßigung (2,40 Inland / 3,40 Ausland), ab 15 Exemplaren 25 Prozent Ermäßigung (2,25 Inland / 3,25 Ausland).

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name / Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail

....
Ort, Datum Unterschrift

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr, Eintritt frei

INPUT

Linkes Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Programm September bis November 2008

24. September 2008, 19.30 Uhr

»Ferien im Führerbunker«
Die neonazistische Kindererziehung der »Heimattreuen Deutschen Jugend«
Referent: *Michael Weiss*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

29. Oktober 2008, 19.30 Uhr

Geliebter Feind
Die Rezeption der 68er durch die extreme Rechte
Referent: *Volkmar Wölk*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

26. November, 19.30 Uhr

»Anti-Antifa«
Von der Delegitimierung antifaschistischen Engagements bis zu militanten Angriffen
Referent: *Jörg Kronauer*
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

Weitere Informationen: *www.linkes-zentrum.de*